



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags:

Städte leben von Mobilität

„Kommunalpolitiker sind keine Anhänger von Fahrverboten, denn Städte brauchen freie Zufahrt. Diesel-Fahrverbote wären ein letztes Mittel, um gefährliche Schadstoffemissionen zu reduzieren, falls andere Maßnahmen nicht greifen“, erklärte der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, bei einer Pressekonferenz in München.

Die Bemühungen um eine verbesserte Luftqualität müssen nach Gribls Ansicht bei den Verursachern ansetzen. Die Städte hätten nicht die aktuellen Probleme mit der Luftreinhaltung, wenn die

munen und ihrer Bürger gehen. Der Ansatz der Staatsregierung, für eine zügige Verbesserung der Flottenwerte zu sorgen, ist Gribl zufolge vernünftig: „Vor allem muss das bewährte Rückgrat der Mobilität, der öffentliche Personennahverkehr, gestärkt werden.“ Der ÖPNV müsse attraktiver werden. Dazu gehörten auch bessere Angebote für Park-and-Ride und Ride-and-Bike. Schließlich spiele das Fahrrad in den Städten eine große Rolle.

Erneuerung von Nutzfahrzeugflotten

Darüber hinaus sei zu klären, wie die Erneuerung von Nutzfahrzeugflotten gefördert werden kann: „Die Industrie muss emissionsarme Nutzfahrzeuge anbieten. Die Städte können ihre Fahrzeugflotten mit Bussen, Bauhof-Fahrzeugen, Müllautos und Kehrmaschinen nur elektrifizieren oder auf schadstoffarmen Gasantrieb umstellen, wenn funktionierende und bezahlbare Technologien angeboten werden.“ Auch die Taxibranche und die Paketdienste seien gefragt, ihre Fahrzeuge umzurüsten. Bund und Land müssten die Anschaffungskosten besser fördern.

Für Großstädte wie Nürnberg, Augsburg, Regensburg, Würzburg und Ingolstadt könnten die von der Bayerischen Staatsregierung angedachten Maßnahmen nach Gribls Einschätzung genügen, um die EU-Grenzwerte einzuhalten. In München dagegen werde der Grenzwert auf 25 Prozent der Hauptverkehrsstraßen überschritten. Zum Vergleich: In Augsburg liegt dieser Wert bei nur rund drei Prozent.

Bund muss Rechtsgrundlagen schaffen

Falls sich die bisherige Rechtsprechung zur Luftreinhaltung bestätigen sollte, wären stark betroffene Städte darauf angewiesen, mit einer blauen Umweltplakette ein Handlungsinstrument zur Differenzierung von Zufahrtverboten für luftverschmutzende Fahrzeuge zu erhalten, erläuterte der Verbandschef. Nur wenn emissionsarme Fahrzeuge klar gekennzeichnet sind, ließen sich Emissionen über Fahrverbote stadtvertraglich, rechtssicher und kontrollierbar reduzieren. Hierfür müsste der Bund eine Rechtsgrundlage schaffen.

Gribl zufolge bieten die angestrebten Maßnahmenbündel der Staatsregierung gute Ansätze, die auf Bundesebene fortgeführt werden müssen. „Dies muss im De- (Fortsetzung auf Seite 4)



Der Drache lebt!

Festspielsommer im Freistaat. Landauf, landab animieren die bayerischen Städte und Gemeinden ihre Bürgerinnen und Bürger sowie die angereisten Gäste zum Mitfeiern bei unterschiedlichsten Freilandandfesten. Egal, ob ambitioniert, edel und teuer oder aber lustig, spaßig, verjazzt oder ganz im Stil gelebten Brauchtums: Spannend solls sein und Vergnügen bereiten. Unsere Aufnahme zeigt den Drachen des Further Drachenstichs. Dieses aktionsreiche Volksschauspiel unweit der böhmischen Grenze geht auf eine über 500-jährige Geschichte zurück. Hauptdarsteller ist traditionell ein Feuer speiender Drache, der in seiner neuesten Version mit fast fünf Metern Höhe und über 15 Metern Länge beeindruckende Dimensionen erreicht und in diesem Jahr noch bis zum 20. August zum Leben erweckt wird. Das High-Tech-Ungeheuer ist der größte Lauf-Roboter der Welt, mit hochmodernem und hochkompliziertem elektronischem Innenleben und vielen eingebauten Spezialeffekten. Er hat es sogar ins „Guinness-Buch der Rekorde“ geschafft. Mehr Informationen: www.drachenstich.de.

Text/Bild: obx

Bayerischer Gemeindetag:

Zeit zum Handeln

Die von verschiedenen Parteien vorgetragene Absicht, einen Rechtsanspruch auf einen schulischen Ganztagsplatz zu verankern, stößt beim Bayerischen Gemeindetag angesichts fehlender Grundstücke, Schulräume und insbesondere fehlender Fachkräfte auf Unverständnis.

„Ein solcher Rechtsanspruch, der schlicht und einfach wegen fehlender Räumlichkeiten und fehlender Fachkräfte von der überwältigenden Mehrheit der Kommunen nicht umgesetzt werden kann, würde eine Klagewelle auslösen, die auch zu Schadenersatzansprüchen gegenüber den Gemeinden führen könnte“, erläuterte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl. Die Politik sollte den Eltern schulpflichtiger Kinder nichts versprechen, was die Kommunen nicht einhalten können. Unredliche Ankündigungen führten nur zu Politikverdrossenheit und trügen nicht gerade zur Glaubwürdigkeit von Politikern bei.

Der Bayerische Gemeindetag fordert zunächst die Erstellung eines Maßnahmenkatalogs, aus dem hervorgeht, wie sich Bund und Länder die Lösung der beschriebenen Probleme vorstellen. Zudem plädiert der Verband für ein Finanzierungskonzept, in dem geklärt wird, wie Städte und Gemeinden mit Finanzmitteln ausgestattet werden, um einen solchen möglichen Rechtsanspruch auf einen schulischen Ganztagsplatz umzusetzen. „Wer die Musik bestellt, hat sie auch zu bezahlen – das gilt auch im Schulbereich“, betonte Brandl.

Was die Flüchtlingsproblematik anbelangt, appellierte der Verbandschef eindringlich an Bundeskanzlerin Angela Merkel, den sich bereits abzeichnenden, wieder ansteigenden Zustrom an Flüchtlingen nach Deutschland zu verhindern. „Italien ist mit der Aufnahme von täglich mehreren tausend Flüchtlingen, die über das Mittelmeer kommen, überfordert. Es ist jetzt schon absehbar, dass letztlich den Flüchtlingen die Weiterreise nach Deutschland ermöglicht werden wird, beispielsweise durch die Ausstellung von sogenannten Schengen-Visa.“

Deshalb Brandls Bitte an die Kanzlerin: „Setzen Sie sich intensiver als bisher dafür ein, dass die Überfahrt nach Italien aufhört. Den Schleppern aus Libyen muss endlich das Handwerk gelegt werden. Flüchtlingsboote müssen zurück nach Libyen gebracht werden, damit der Anreiz, in solche zu steigen, ein Ende findet. Ihr Wort hat in Europa Gewicht. Drängen Sie auf entsprechende Beschlüsse in Brüssel.“

Der Gemeindetagschef wies darauf hin, dass die Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung erschöpft ist. Einen erneuten massenhaften Zustrom wie im Jahr 2015 werden die Gemeinden und Städte aus seiner Sicht nicht mehr verkraften. „Der Fehler vom Herbst 2015 darf sich nicht mehr wiederholen. Jetzt ist der Zeitpunkt zum Handeln. Ein Verdrängen des Problems wegen des laufenden Wahlkampfs ist unverantwortlich und wird sich möglicherweise später rächen“, unterstrich Brandl.

DK

Deutscher Landkreistag:

Jobcenter und Breitband

Kommunale Jobcenter verfolgen aufgrund umfassender Organisationsstrukturen eine nachhaltige und vernetzte Arbeitsmarktpolitik. Dies verdeutlichte der Deutsche Landkreistag im Zusammenhang mit einer jüngst erfolgten Veröffentlichung zur Arbeit und den Daten der 104 kommunalen Jobcenter. Außerdem hat sich der Verband vor der Presse für eine weitere Intensivierung des Breitbandausbaus ausgesprochen, wobei der Glasfasertechnologie eine entscheidende Rolle zukomme.

Durch die starke kommunale Verankerung, die größeren organisatorischen Freiheitsgrade sowie die Verbindung mit anderen kommunalen Aufgaben wie etwa der Kinder- und Jugendhilfe, der Bildungspolitik, dem Ausländerrecht oder der Wirtschaftsförderung ist es den Jobcentern laut Landkreistag möglich, langfristige Strategien und Konzepte – beispielsweise in Bezug auf die Senkung der Zahl der Geringqualifizierten oder der Schul- und Ausbildungsabbrecher – umzusetzen.

Demokratische Kontrolle der Verwaltung

Generell könne die Organisation der kommunalen Jobcenter den örtlichen Gegebenheiten angepasst werden. Dabei bestehe eine unmittelbare demokratische Kontrolle der Verwaltung: Vor allem der Kreistag und der gewählte Landrat seien unmittelbar und vor Ort verantwortlich für die Arbeit des Jobcenters.

Eine besondere Stärke der kommunalen Jobcenter liegt nach Auffassung des Landkreistags in der sozialpolitischen Perspektive, die sie mit Blick auf die Arbeitsmarkintegration jedes einzelnen Leistungsberechtigten einnehmen. Dies habe auch mit den organisatorischen Strukturen zu tun.

Der Landkreis Meißen etwa habe den Weg eines kommunalen Jobcenters vor allem deshalb eingeschlagen, weil so Leistungen aus einer Hand möglich geworden seien. Dies bedeute vor allem eine intensive(re) persönliche Betreuung und bessere arbeitsmarktpolitische Steuerungsmöglichkeiten. Ämterübergreifende Abstimmungen z. B. mit dem Jugendamt, dem Sozialamt, dem Kreisentwicklungsamt, dem Gesundheitsamt, der Schulverwaltung oder aber der örtlichen Agentur für Arbeit seien auf kurzem Wege

möglich. Bürgerfreundliche Öffnungszeiten und eine Servicehotline rundeten das Angebot ab.

Kommunale Organisationsverantwortung

Die kommunalen Jobcenter sind nicht an Weisungen und Konzepte der Bundesagentur für Arbeit gebunden und können deshalb ihre besonderen Integrationsbemühungen auf bestimmte Personengruppen konzentrieren, bei denen die Arbeitsmarktintegration oder die Annäherung an den Arbeitsmarkt sozialpolitisch vor Ort besonders wichtig ist. Durch die relativ großen Freiheitsgrade und die kommunale Organisationsverantwortung für die Verwaltungsstrukturen sei es möglich, angepasste Lösungen in Anbetracht der regionalen Gegebenheiten zu schaffen und die eigene Organisation ständig zu verbessern.

Dass die Optimierung der eigenen Organisationsstrukturen als (Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabina

Ob die Käsematsche für den Biergarten „Obazda“ oder „Obatzter“ heißen darf, spielt für den Bürgermeister und seine Vorzimmerperle keine große Rolle. Aber sie verrät uns ihr sensationelles Rezept. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Mit aller Macht des Rechtsstaats	2
Innovative Lösungen für Wasser und Abwasser	2
GZ-Kolumne Alois Rainer: Keine übertriebenen Versprechungen zu Lasten der Kommunen ..	3
Die Beihilfe - Garant für eine umfassende Versorgung	3
Initiative kulturelle Integration	4
Erdgasautos sind eine echte Alternative	4
GZ-Fachthemen: Kommunale Bauthemen	5 - 12
Freizeit und Erholung	9
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16

Verfassungsschutzinformationen für das erste Halbjahr 2017 :

Mit aller Macht des Rechtsstaats

In allen extremistischen Phänomenbereichen nimmt die Konfrontationsbereitschaft zu. Das ist das Fazit, das Bayerns Innenminister Joachim Herrmann bei der Vorstellung der Verfassungsschutzinformationen für das erste Halbjahr 2017 gezogen hat.

Herrmann konstatiert in seinem Bericht, dass die Bedrohungslagen durch gewalttätigen Extremismus und Terrorismus jeglicher Art auch in diesem Zeitraum nicht geringer geworden seien. „Im Gegenteil: Deutschland und Europa sind weiterhin im Fokus von Demokratiefeinden religiöser oder weltanschaulicher Ausrichtung.“ Sie alle würde das Ziel einen, mit allen Mitteln ihre verachtenswerten Ideologien durchzusetzen. „Dabei schrecken sie auch vor größtmöglichen Schäden für Bürger, Gesellschaft und Staat bis hin zu Massenmorden an Unschuldigen nicht zurück.“

Linksextremistische Szene: Neue Eskalationsstufe

Beim G20-Gipfel zu Beginn dieses Monats „haben massive, an roher und sinnloser Gewalt kaum zu übertreffende Ausschreitungen der linksextremistischen Szene Deutschland und die Welt erschüttert“, so Herrmann. Mehrere hundert durch Fremdeinwirkung verletzte Polizeibeamte, darunter allein 75 aus Bayern sowie Sachschäden in Millionenhöhe seien die schreckliche Hinterlassenschaft der blindwütig agierenden Chaoten. Herrmann verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass die linksextremistische Szene monatelang mit großer Intensität zu Gewaltprotesten aufgerufen und umfangreiche Aktionspläne geschmiedet habe. „Wer in gewohnter Manier jetzt die Schuld für die Eskalation bei den eingesetzten Polizeikräften sucht, verleugnet die problematischen Entwicklungen im Linksextremismus, insbesondere seine extreme Gewaltbereitschaft.“

In Bayern bestimmten insbesondere die postautonomen Gruppierungen Interventionistische

Linke Nürnberg und Antifa-NT München die Aktivitäten der linksextremistischen Szene. Bundesweit kam es bis Anfang Juni 2017 zu 239 Straftaten mit Bezug zum G20-Gipfel, davon 152 in Hamburg und 87 im übrigen Bundesgebiet. Die Staatsanwaltschaft Hamburg habe gegen zwei bayerische Linksextremisten wegen des Verdachts des schweren Landfriedensbruchs und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte ein Strafverfahren eingeleitet. Im Nachgang zum Gipfel versammelten sich Anhänger der organisierten Autonomie vor der Nürnberger Jakobswache unter dem Motto ‘Gegen Polizeigewalt und Staatsterrorismus’ zu einer Solidaritätskundgebung mit den Chaoten in Hamburg. Herrmann



Staatsminister Joachim Herrmann.

dazu: „Dies ist eine Verhöhnung der Opfer des Gewaltexzesses – unter ihnen Kleingewerbetreibende und Rentner.“

Eine neue Eskalationsstufe sieht Herrmann im Brandanschlag auf ein Polizeidienstgebäude in Weilheim im Juni. Die Täter, die mit Brandbeschleuni-

ger gefüllte PET-Flaschen an einem geschlossenen Fenster im Erdgeschoss platzierten, nahmen planvoll und zielgerichtet schwere Personenschäden in Kauf. „Dies werden wir in Bayern nicht dulden, sondern mit aller Macht des Rechtsstaats bekämpfen.“ Das gelte auch für rechtsfreie Räume wie in Hamburg: „Wir gehen konsequent gegen Hausbesetzer vor.“

Hohe Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus

Auch die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus ist nach den Erkenntnissen der Verfassungsschützer unverändert hoch. Für Europa und Deutschland könne noch lange keine Entwarnung gegeben werden. Der IS ruft seine Anhänger verstärkt dazu auf, Anschläge in ihren Herkunftsländern zu begehen. Neben der Gefahr durch kampfprobierte islamistische Rückkehrer aus Syrien oder dem Irak dürfen wir auch die Augen nicht davor verschließen, dass der Zustrom an Schutzsuchenden auch gezielt dazu ausgenutzt werden kann, Terroristen nach Deutschland zu schleusen. „Deshalb ist eine Verbesserung des internationalen Datenaustausches und die zweifelsfreie Feststellung der Identität von Flüchtlingen unverzichtbar. Zudem ist nicht auszuschließen, dass sich Flüchtlinge, die am Jihad teilgenommen haben, zum Sicherheitsrisiko entwickeln können, wenn sich ihre Hoffnungen auf ein neues Leben in Deutschland nicht erfüllen.“

Rechtsextremismus: Jeder Übergriff ist einer zu viel

Bei den Übergriffen auf Asylbewerber und ihre Unterkünfte setzt sich der seit März 2016 zu beobachtende rückläufige Trend fort. In den ersten Monaten dieses Jahres wurden insgesamt 14 rechtsextremistisch motivierte Übergriffe auf Asylbewerberunterkünfte und acht rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten gegen Asylbewerber registriert. Im Vorzeitraum wurden mehr als 60 solcher Übergriffe auf Unterkünfte und mehr als 20 auf Asylbewerber gemeldet. Herrmann: „So erfreulich dieser Rückgang auch ist: Jeder Übergriff ist einer zu viel.“

Mit großer Besorgnis stellt der Minister fest, dass sich die Strukturen der Identitären Bewegung Deutschland (IBD) in Bayern im ersten Halbjahr verfestigt haben. „Die starke Präsenz und Resonanz der IBD in Medien und Öffentlichkeit bringt klassisch rechtsextremistische Strukturen in Zugzwang: So ist einerseits der Dritte Weg zwar bemüht, sich die Taktiken und Strategien der IBD anzueignen. Andererseits findet aber auch eine ideologische Abgrenzung gegenüber der IBD statt, in dem dieser unter anderem ein Mangel an Patriotismus vorgeworfen wird.“

Kein Anklang bei Jugendlichen

Die Zahl der sceneangehörigen Reichsbürger und Selbstverwalter in Bayern beläuft sich derzeit auf 3.000 Personen. Nach den Angaben des Ministers kommen jedoch rund 1.900 Personen, bei denen die Prüfung noch nicht abgeschlossen ist hinzu. Herrmann: „Mehr als die Hälfte des Personenpotenzials ist 50 Jahre und älter. Die Szene findet offensichtlich kaum Anklang bei Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen.“ Die bayerischen Sicherheitsbehörden gehen konsequent gegen die Reichsbürgerszene vor: So stand die Gruppierung ‘Bundesstaat Bayern’ nach zwei

Durchsuchungen im Februar und März am 18. Juli erneut im Focus der Ermittlungen. „Besonders intensiv widmen wir uns den Reichsbürgern, die – noch! – Waffen besitzen.“ 235 Waffenbesitzer seien bislang eindeutig der Reichsbürgerszene zugeordnet, bei bisher 209 Fällen Entzugsverfahren eingeleitet worden. In 138 Fällen wurden bereits die Widerrufsbescheide erlassen.

Neue Dimension weltweiter Cyberangriffe

In den letzten Monaten hat Deutschland eine neue Dimension weltweiter Cyberangriffe miterleben müssen. Der Erpressungsstrojaner ‘Wanna Cry’ hat im Mai mindestens 90.000 Systeme in 150 Ländern lahm gelegt. Der Bayerische Innenminister prognostizierte, dass die Gefahr von derart verheerenden Cyberangriffen weiter zunehmen werde. „Die Cyberangriffe im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen in den USA

Führungskräftetagung der Wasserwirtschaft:

Innovative Lösungen für Wasser und Abwasser

Kommunalwerkstatt des Bayerischen Gemeindetags zu Gast in Rothenburg o. d. Tauber

Veränderte Rahmenbedingungen stellen die Wasserversorger vor große Herausforderungen, denen sie mit innovativen und passgenauen Lösungen vor Ort begegnen. Bereits zum 47. Mal versammelte der Bayerische Gemeindetag die Führungskräfte der bayerischen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, um über zentrale bayerische Wasserthemen, aber auch übergeordnete Aspekte zu informieren.

Aktuelle Entwicklungen im Vollzug des Trinkwasserrechts präsentierte Dr. Martin Hicke, Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege. Die Trinkwasserverordnung müsse dabei ständig angepasst werden. Hicke kündigte an, die Gesundheitsverwaltung werde sich nunmehr sowohl ein Bild über die bauliche Ausrüstung der Wasserwerke als auch über die personelle Qualifikation des technischen Personals machen.

Sinnvolle Regelungen im W1000

Für die Gesundheitsverwaltung machte Hicke deutlich, dass rechtlich das derzeit in aller Munde befindliche Regelwerk W 1000 in Bayern nicht allgemein anerkannt sei und deshalb nicht als Selbstzweck durchgesetzt werden könne. Gleichwohl enthalte das W 1000 inhaltlich sinnvolle Regelungen, zu deren Akzeptanz sein Ministerium gerne beitragen will. Werden Schwächen bei Technik oder Personal festgestellt, so gelte der Besorgnisgrund nach dem Infektionsschutzgesetz und die Wasserversorger seien gehalten, ihren Betrieb nach dem technischen Regelwerk des W 1000 auszurichten. Auskünfte zum W 1000 erteile die Gesundheitsverwaltung.

Multisensorenzähler mit Fernablesung

Mit Blick auf die elektronischen Wasserzähler regte Hicke die Bezeichnung „Multisensorenzähler mit Fernablesung“ an. Seinen Ausführungen zufolge ist die Strahlung des Funkmoduls um den Faktor 400 geringer als jene von Handys.

Die Haltung des Landesbeauftragten für Datenschutz, Prof. Dr. Thomas Petri, führt in Bayern derzeit dazu, dass die von Hicke als zukunftsweisend beschriebene Technik der funkauslesbaren elektronischen Wasserzähler mit Rechtsunsicherheiten behaftet ist. Petri zufolge gewährleistet der Grundrechtsschutz den für eine Demokratie völlig unverzichtbaren Minderheitenschutz. Diesen im Datenschutz zu gewährleisten, ist die Aufgabe, die Petri und sei-

Impulse für die Energiewende vor Ort:

„Bürger meister(n) Energie“

Renergie Allgäu inspiriert Kommunalvertreter zu nachhaltiger Strom- und Wärmeversorgung

In die inspirierende Atmosphäre des Klosters Roggenburg lädt der Verein renergie Allgäu zur zweiten Veranstaltung aus der Reihe „Bürger meister(n) Energie“ ein: Am 25. Oktober bekommen hier Kommunalvertreter aus ganz Bayern anregende Impulse und wichtige Informationen für eine nachhaltige und effiziente Strom- und Wärmeversorgung vor Ort.

Weitere Informationen und Anmeldung zur Veranstaltung im Kloster Roggenburg (Zentrum für Familie, Umwelt und Kultur, Klosterstraße 3 in 89297 Roggenburg) bei renergie Allgäu, www.renergie-allgaeu.de. Teilnahmegebühr (inklusive Tagungsunterlagen und Verpflegung): 130 Euro. □

und in Frankreich zeigen, dass wir vor allem mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl sehr wachsam sein müssen.“ Um der Desinformation durch Fake News entgegenzuwirken, hat das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz im Juli einen Film vorgestellt, der Tipps gibt, wie

man derartige Versuche der Meinungsmanipulation enttarnen kann.

Herrmann abschließend: „Es gilt deswegen, der steigenden Enthemmung und der Akzeptanz von Gewalt und Eskalation unterschiedslos entschieden entgegen zu treten.“ □

politische Dimension erhalten habe. Ziel sei es, die Versorger von 80 Prozent des hierzulande fehlenden an die Verbraucher gelieferten Trinkwassers für eine Teilnahme zu gewinnen. Dabei gehe es auch um Transparenz, was immer auch einen Prozess voraussetzt, Daten über Kennzahlen vergleichbar zu machen. Mit Blick auf die Düngeverordnung und Stoffstrombilanz forderte Abel eine neue Landwirtschaftspolitik, die bereit ist, dem Verursacherprinzip zum Durchbruch zu verhelfen. Wer Kosten etwa durch Nitratreintrag verursache, müsse für diese auch aufkommen.

Das Wasser bleibt in kommunaler Hand

„Bei uns bleibt Wasser in kommunaler Hand!“, machte Bayerns Umweltministerin Ulrike Scharf deutlich. Der Staatsregierung sei die Versorgungssicherheit ein Anliegen, das beispielsweise durch ein sogenanntes zweites Standbein jedes Wasserversorgers, also die Möglichkeit einer Notversorgung in einem Krisenfall, zum Ausdruck kommt. Hier habe die Wasserversorgungsbilanz 2016 des Freistaats ergeben, dass (nur) zwei Drittel der Wasserversorger über zwei unabhängige Versorgungsanlagen verfügen.

Zudem verwies Scharf darauf, dass nicht zuletzt durch überhöhte Nitrat- und Güllegaben das Grundwasser beeinträchtigt werde. Der Gewässerschutz stelle eine gemeinsame Aufgabe von Staat, Versorgern und Landwirtschaft dar. Auch sei die Kraft der öffentlichen Meinung bei diesem Thema nicht zu unterschätzen. Im Bereich der Abwasserentsorgung sei wiederum die Sanierung von öffentlichen Leitungen und privaten Grundstücksentwässerungsanlagen von besonderer Bedeutung.

Den Wert der Abwasserbeseitigung fasste Leitender Ministerialrat Erich Englmann vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz wie folgt zusammen: Sie erhält wenig Aufmerksamkeit, weil sie gut funktioniert und Abwasser für den Nutzer nicht mehr sichtbar ist. Allein durch die Sanitärhygiene leben Menschen im Schnitt 35 Jahre länger. Von diesen Fortschritten nimmt der Bürger laut Englmann oftmals nur den jährlichen Gebührenbescheid wahr. Abwasserbeseitigung könnte somit durchaus etwas mehr Öffentlichkeit vertragen, meinte der Ministerialrat. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Michael Holzinger
86657 Bissingen
am 23.8.

Bürgermeister Franz Birkel
92284 Poppenricht
am 25.8.

Bürgermeister Simon Oberhofer
85459 Berglern
am 25.8.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Schmid
93474 Arrach-Haibühl
am 7.9.

Bürgermeister
Martin Schregelmann
92694 Etzenricht
am 10.9.

Bürgermeister Wilfried Cramer
91802 Meinheim
am 11.9.

Bürgermeister
Franz Schnitzenbaumer
83727 Schliersee
am 12.8.

Bürgermeister Volker Herzog
91247 Vorrach
am 29.8.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Guntram Vogelsgesang
86978 Hohenfurch
am 8.9.

Bürgermeister Jürgen Geier
91601 Dombühl
am 10.8.

Bürgermeister Frank Dreyer
95163 Weißenstadt
am 10.9.

Bürgermeister Jürgen Götz
97209 Veitshöchheim
am 11.8.

Bürgermeister Ulrich Roth
92703 Krummennaab
am 12.8.

Bürgermeister Lothar Zachmann
97497 Dingolshausen
am 12.9.

Bürgermeisterin Uta Wüst
82166 Gräfelfing
am 13.9.

Oberbürgermeister
Thomas Kiechle
87435 Kempten
am 19.8.

Bürgermeister Roland Kempfle
89349 Burtenbach
am 30.8.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Wagner
86564 Brunnau
am 11.9.

Bürgermeister Thomas Wörz
89362 Offingen
am 13.9.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Tobias Eschenbacher
85350 Freising
am 1.9.

Bürgermeisterin
Susanne Schewetzky
86498 Kettlershausen
am 5.9.

ZUM 30. GEBURTSTAG

Bürgermeister Martin Pichler
94513 Schönbach
am 18.8.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Denkmalschutzmedaille 2017:

Auszeichnung für fünf Bürgermeister

Gemeinsam mit Generalkonservator Prof. Mathias Pfeil hat Bayerns Wissenschaftsminister Dr. Ludwig Spaenle in München an 31 Persönlichkeiten und Institutionen, die sich um Bau- oder Bodendenkmäler im Freistaat verdient gemacht haben, die Denkmalschutzmedaille 2017 verliehen. Unter den Ausgezeichneten befinden sich auch fünf Erste Bürgermeister.

„Mit ihrem Einsatz helfen die Preisträgerinnen und Preisträger ganz wesentlich, die sicht- und begreifbare Geschichte Bayerns zu erhalten. Denkmäler sind lebendige Zeugen der Geschichte; sie geben unserer Heimat ihr Gesicht und stiften Identität. Die Trägerinnen und Träger der Denkmalschutzmedaille haben sich mit Kreativität und Ausdauer um die Denkmäler im Freistaat verdient gemacht. Die Denkmalschutzmedaille würdigt ihren beispielgebenden Einsatz“, unterstrich Minister Spaenle.

Gemeinschaftswerk Denkmalpflege

Generalkonservator Prof. Dipl.-Ing. Architekt Mathias Pfeil betonte: „Ich bin jedes Jahr aufs Neue beeindruckt, wie vielfältig das Engagement der Trägerinnen und Träger der Denkmalschutzmedaille ist. Sie zeigen mit ihren Verdiensten die ganze Bandbreite der Denkmalpflege – Einzelpersonen, Familien und Vereine, die Denkmäler erhalten, ehrenamtlich Engagierte in der Bodendenkmalpflege, Denkmalvermittlung in den Medien: Es gibt so viele Möglichkeiten, sich im Bereich der Denkmalpflege einzubringen. Denkmalpflege lebt vom Engagement vieler Begeisterter, sie ist ein Gemeinschaftswerk –

bei der Verleihung der Denkmalschutzmedaille wird das besonders deutlich.“

Instandsetzung einer Synagoge

Für die Instandsetzung der ehemaligen Synagoge Fellheim (Landkreis Unterallgäu) wurden 1. Bürgermeister Alfred Grözinger und 1. Vorsitzender Christian Herrmann für den Förderkreis Synagoge Fellheim e. V. ausgezeichnet. Ursprünglich 1786 erbaut, war aufgrund erheblicher statischer Schäden bereits 1859 ein größerer Umbau der ehemaligen Fellheimer Synagoge unerlässlich. Im Zug dieser Arbeiten erfolgte eine Neugestaltung im romanischen bzw. maurisch-byzantinischen Stil.

Die Gemeinde ging bei der vorbildlichen Instandsetzung sehr sensibel auf die Geschichte des Hauses ein: Zwar orientierte man sich bei der Instandsetzung am Erscheinungsbild von 1859, doch blieben auch Spuren der zwischenzeitlichen Nutzung als Mehrfamilienhaus erhalten. Heute wird die ehemalige Synagoge Fellheim als kulturelles Zentrum, Lern- und Veranstaltungsort genutzt.

1. Bürgermeister Markus Höfling erhielt für die Instandsetzung der Wein- und Kulturgaden

Thüngersheim (Landkreis Würzburg) die Denkmalschutzmedaille. Die ehemaligen Kirchgaden in Thüngersheim sind letzter Bestandteil der früheren Kirchhofummauerung der Pfarrkirche St. Martin. Die sechs Gaden sind als zweigeschossige Satteldachbauten mit unterschiedlicher Firsthöhe überliefert. Sie dienten ursprünglich als wehrhafte Vorratsbauten.

In den letzten Jahren übernahm die Gemeinde Thüngersheim schrittweise die Gaden von ihren früheren Eigentümern und entwickelte ein Konzept zur Nutzung der lange leerstehenden Gebäude. Nach einer substanzschonenden Instandsetzung präsentieren die denkmalgeschützten Gaden heute die Thüngersheimer Geschichte und bieten Raum für kulturelle Veranstaltungen, Ausstellungen und die Touristeninformation. Die ursprünglich kleinteilige Struktur wurde bewahrt und die neue Nutzung daran angepasst.

Positiv für das öffentliche Leben

Die vorbildliche Instandsetzung dieses besonderen Baudenkmals wirkt sich positiv auf das öffentliche Leben in Thüngersheim aus: Das Projekt stärkt die Identität der Gemeinde und hat den Ortskern wiederbelebt.

Für die Instandsetzung der historischen Kellergasse Oberhaid (Landkreis Bamberg) wurde 1. Bürgermeister Carsten Joneitis geehrt. Die Kelleranlage im

bei uns versichert, wir sprechen hier von „in Rückdeckung gegeben“, und werden auf diese Weise mit extremen Schwankungen der Beihilfeleistungen nicht mehr belastet. Denn unerwartet auftretende Krankheiten wie Herzoperationen oder Krebserkrankungen ziehen beispielsweise nicht selten Kosten über 100.000 Euro nach sich – also Größenordnungen, die im Haushalt spürbar sind.

Zusätzlich profitieren die Kommunen von dem gesamten Spezialwissen und den über die Jahre gewonnenen wertvollen Erfahrungen einer privaten Krankenversicherung. Darunter auch den Anspruch, durch gezieltes Gesundheits- und Leistungsmanagement die Kostenschraube im Gesundheitswesen aufzuhalten und damit die Kommunen finanziell weiter zu entlasten.

GZ: Die Beihilfe steht in der Diskussion um eine Einheits- oder Bürgerversicherung unter Druck. Was ist Ihre Meinung?
Kolb: Die Beihilfe als eigenständiges Krankenversicherungssystem für Beamte und Richter hat sich über viele Jahrzehnte in Deutschland bewährt. Beihilfeträger, Beamte und Leistungserbringer profitieren gleichermaßen von einem stabilen, nachhaltigen und verlässlichen Ordnungsrahmen. Eine wie auch immer geartete Integration der Beamten in das GKV-System birgt hingegen für alle Beteiligten zahlreiche Risiken und Nebenwirkungen. So würden beispielsweise in einer Bürgerversicherung ohne PKV und Beamten-Beihilfe 13,4 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung durch Mehrumsätze der Privatpatienten entfallen. Auch sind Beihilfe und der dazu passgenaue hochwertige Versicherungsschutz in der privaten Kranken- und Pflegeversicherung wichtig, damit der Status als Beamter attraktiv ist und bleibt. Dies gilt es zu erhalten. □

GZ

Kolumne
Alois Rainer

Liebe Leserinnen und Leser,

ein kurzer Blick am Morgen in die aktuelle Zeitung macht einem jeden Tag bewusst: Es ist wieder Wahlkampf! Das Werben der Parteien und Kandidaten um die Stimmen der Wähler hat begonnen und täglich erreichen uns neue Versprechen über mehr Leistungen des Staates und weniger Abgaben des einzelnen Bürgers. Die Liste der Vorschläge ist lang und oft überrascht es mich, wie innovativ Parteien sein können, wenn es um die Verteilung eines vermeintlichen „Überschusses“ geht.

Als Haushaltspolitiker im Deutschen Bundestag stehe ich einigen dieser Anregungen auf-

Keine übertriebenen Versprechungen zu Lasten der Kommunen

geschlossen, anderen eher skeptisch gegenüber. Hintergrund ist kein eiserner Sparzwang, denn die Entwicklung der Staatseinnahmen gibt tatsächlich Spielraum für eine Entlastung der Bürger. Es sind vielmehr die übertriebenen Vorschläge, die mich stutzig machen.

Auf die Nachfrage von Journalisten, woher das Geld für die teuren Versprechen kommen soll, wird meistens auf den „Steuerüberschuss“ bei Bund, Ländern und Kommunen verwiesen. Doch viele der Vorschläge haben Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte. Die kommunal-



freundliche Haltung der aktuellen Bundesregierung darf auch künftig nicht zu gravierenden Mindereinnahmen bzw. hohen Mehrausgaben führen. Hier muss die Kommunalpolitik aufpassen, dass sie nicht am Ende die Leidtragende von teuren Versprechen ist.

Es wäre falsch, die momentane Debatte um Steuererleichterungen und steigende Staatsausgaben als Wahlkampfgetöse abzuwerten und als Kommunalpolitiker nicht zu reagieren.

Die Parteien stehen auch in nächster Zeit erneut zur Wahl

und werden sich an ihren Versprechen messen lassen müssen.

Nach der Bundestagswahl 2017 folgen 2018 die Landtags- und Bezirkstagswahl in Bayern, 2019 die Europawahl, 2020 die Kommunalwahl und im Jahr darauf erneut die Bundestagswahl. Es wird also nicht nur für die Parteien, sondern auch für die bayerischen Kommunen eine heiße Phase werden, denn alle politischen Ebenen treffen Entscheidungen, die Auswirkungen auf die Kommunalpolitik haben.

Mein Rat lautet daher, die Parteien und in erster Linie die Kandidaten vor Ort auf ihre Kenntnisse in der Kommunalpolitik zu prüfen und ihnen eventuelle Probleme bei Wahlversprechen mitzuteilen. Nicht selten werden sich gut gemeinte Vorschläge als vor Ort kontraproduktive Ansätze herausstellen. Auch die kommunalen Spitzenverbände müssen sich in den Zeiten des Wahlkampfes besonders bemerkbar machen. Denn nur wer sich frühzeitig und laut zu Wort meldet, wird später Gehör finden.

Ihr Alois Rainer, MdB

GZ-Interview zur Beihilfeablöseversicherung:

Die Beihilfe – einfach im Handling und Garant für eine umfassende Versorgung

Die Beihilfe ist neben der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und der privaten Krankenversicherung (PKV) die dritte Säule des deutschen Gesundheitswesens. Sie ist die eigenständige Krankenfürsorge der Beamten und begründet sich aus einem besonderen Dienst- und Treueverhältnis mit dem so genannten Dienstherren. Staatliche Arbeitgeber oder Kommunen verpflichten sich beispielsweise, Beamten im Krankheitsfall einen Teil der anfallenden Kosten zu erstatten – ergänzend zur deren Eigenvorsorge. Ein System, das sich bewährt hat und dennoch im aktuellen Bundestags-Wahlkampf mit der Diskussion um eine Einheitsversicherung auf dem Prüfstand steht. Zeit für ein Gespräch mit Andreas Kolb, Vorstandsmitglied der Bayerischen Beamtenkrankenkasse, bundesweiter Marktführer in der Beihilfeablöseversicherung.

GZ: Herr Kolb, was genau ist eine Beihilfe?

Kolb: Vereinfacht gesagt beteiligen sich die Dienstherren, also die Arbeitgeber von Beamten an deren Kosten für Krankheit, Pflege und auch Geburt. Beihilfe ist also eine ergänzende Hilfeleistung für Beamte jenseits der Be-

nen ist es, die Beihilfen selbst abzurechnen und auszusahlen. Das ist mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand und den dazu gehörigen Kosten verbunden.

Die Versicherungskammer Bayern bietet hier einen Rundum-Service an: Die gleichzeitige Auslagerung der kompletten Abwicklung der Beihilfe mit Übernahme der Beihilfeabrechnung und Auszahlung. Die Kommunen sparen sich damit einen erheblichen Teil ihrer Kosten, wie zum Beispiel für Personal, einschließlich der Vorhaltekosten für Urlaubs- oder Krankheitsvertretung, zudem Kosten für Räume, Hard- und Software sowie für die Aus- und Weiterbildung des Personals. Darüber hinaus ist gewährleistet, dass die Vorschriften des Datenschutzes eingehalten werden. Und die Kommunen können das umfassende Know-how eines erfahrenen Beihilfeversicherers in Anspruch nehmen.

GZ: Also ein Full-Service für alle Kommunen?

Kolb: Ja, das ist unser Anspruch. Und gut zwei Drittel aller Kommunen in Bayern haben bereits mit dem Abschluss einer Beihilfeablöseversicherung bei der Bayerischen Beamtenkrankenkasse, der privaten Krankenversicherung des Konzerns Versicherungskammer Bayern, eine kosten- und risikobewusste Entscheidung getroffen. Sie haben ihr Krankheitskostenrisiko damit

Hinweis auf GZ 17

Beamte müssen zur Beihilfe des Dienstherren eine ergänzende eigene Krankenvorsorge abschließen. Deshalb ist die große Mehrheit in einer beihilfeergänzenden Quotenversicherung der PKV versichert. Lesen Sie im zweiten Teil des Interviews, das in GZ 17 am 14. September erscheint, über die Vorteile, Beihilfe und Eigenvorsorge in einer Hand zu bündeln. □

züge. Da Beamte eine gesetzlich geregelte Versicherungsfreiheit haben, also jederzeit in die private Krankenversicherung eintreten können, kommt die Beihilfe als eigenständige Krankenfürsorge aus dem Beamtenrecht zum Tragen. Geregelt wird dies in den jeweils gültigen Beihilfavorschriften auf Länderebene.

GZ: Welchen Service bietet die Versicherungskammer Bayern bei der Beihilfe an?

Kolb: Die Aufgabe der Kommu-

standsetzung als baugeschichtliches Dokument bewahrt und zugleich hochmodern genutzt werden kann.

Fachlich qualifizierte Eigenleistung

Ebenfalls mit der Denkmalschutzmedaille gewürdigt wurden Bürgermeister Leonhard Stork (Gemeinde Thaining), Gertrud Toepfer (Heimatverein Thaining) und Gabriele Klinger (Förderverein Rochlhaus e. V.) für die Instandsetzung des Rochlhauses Thaining (Landkreis Landsberg am Lech). Zum Tag des offenen Denkmals 2015 wurde das Rochlhaus der Öffentlichkeit übergeben: Nach zweijähriger Bauzeit war die Instandsetzung des Denkmals abgeschlossen.

Nach jahrelangem Leerstand hatte die Gemeinde ihr ältestes profanes Gebäude 2003 erworben. Zur Unterstützung der Gemeinde gründete sich der Förderverein Rochlhaus Thaining. Sein Ziel war es, die Instandsetzung durch fachlich qualifizierte Eigenleistung voranzutreiben. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit machte der Verein zudem auf die Arbeiten aufmerksam und sammelte Gelder für die Rettung des bedrohten Denkmals. Begleitet wurde die Instandsetzung zudem vom Heimatverein Thaining.

Die beiden Vereine kümmern sich heute um das denkmalgeschützte Doppelhaus und seine Nutzung. Die gemeinsame Arbeit an der Instandsetzung des Rochlhauses hat in der ganzen Region Vorbildwirkung entfaltet. **DK**

Wer weiter denkt, kauft näher ein!

Aktionsbündnis Tag der Regionen ruft zum Mitmachen auf

Bereits zum 19. Mal sind auch in diesem Jahr alle regional Engagierten in Bayern dazu aufgerufen, sich am bundesweiten Aktionstag Tag der Regionen zu beteiligen. Vom 22. September bis 8. Oktober 2017, mit dem Erntedanktag am 1. Oktober als Höhepunkt, trommeln dann wieder Regionalinitiativen, Kommunen, Vereine genauso wie Handwerks- und Lebensmittelbetriebe unter dem Jahresmotto „Wer weiter denkt, kauft näher ein“ für die Stärken ihrer Regionen und zeigen, wie glaubwürdige Regionalität gelebt werden kann.

Wie sieht fairer, regionaler, saisonaler Konsum aus? Was ist typisch für meine Region? Woher stammen die Produkte und wer stellt sie her? Was hat die Entwicklung der Landschaft in meiner Region mit regionalen Produkten zu tun? Und wie kann ich gezielt kleine und mittelständische Unternehmen in meiner Region unterstützen? In den zwei Wochen um Erntedank präsentiert der Tag der Regionen deutschlandweit an vielen Orten Antworten auf diese Fragen und zeigt die Chancen einer lebendigen Region. Sichtbar werden die bislang jährlich über 1.100 Veranstaltungen auf der Webseite (www.tag-der-regionen.de). Dort können die Aktionen angemeldet und angeschaut werden.

Beteiligen kann man sich mit den unterschiedlichsten Aktionen und Veranstaltungen: einem Hof-

fest, einem regionalen Street Food-Festival, einem Streuobstfest, einem Schaukochen, einem Tag der offenen Tür um regionales Handwerk hautnah zu erleben, einem Diskussionsforum oder einer Aktion mit Kindern, bei der nach dem Motto „vom Feld bis in den Kochtopf“ spielerisch erlernt wird, woher eigentlich unser Essen kommt. Gemeinsam mit möglichst vielen regionalen Akteuren möchte der Aktionstag regionale Produkte, Dienstleistungen und Handwerk sowie regionales Engagement in den Mittelpunkt stellen. Unter dem Motto „Wer weiter denkt, kauft näher ein“ nimmt der Tag der Regionen die Nähe des Verbrauchers zum Produzenten und die Chance, beim täglichen Einkauf Entscheidungen für eine nachhaltige Entwicklung von Regionen zu treffen, in den Fokus. □

Initiative kulturelle Integration:

Zusammenhalt in Vielfalt

Zu einer lebendigen Diskussion, wie wir in einer offenen Gesellschaft leben wollen, laden die von der Initiative kulturelle Integration vorgestellten 15 Thesen „Zusammenhalt in Vielfalt“ ein. Initiatoren der Initiative sind der Deutsche Kulturrat, die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, das Bundesministerium des Innern, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Darüber hinaus gehören u.a. Mitglieder aus der Zivilgesellschaft und den kommunalen Spitzenverbänden der Initiative an.

Die Thesen machen deutlich, dass das Zusammenleben nicht beliebig ist, sondern „Regeln“ folgt, die immer wieder hinterfragt werden müssen. Die Thesen sollen Orientierung geben und vor Ort diskutiert und mit Leben erfüllt werden.

Gelebte Demokratie

„Das Grundgesetz als Grundlage für das Zusammenleben der Menschen in Deutschland muss gelebt werden“, lautet These 1, gefolgt von „Das alltägliche Zusammenleben basiert auf kulturellen Gepflogenheiten“, „Geschlechtergerechtigkeit ist ein Eckpfeiler unseres Zusammenle-

bens“, „Religion gehört auch in den öffentlichen Raum“, „Die Kunst ist frei“, „Demokratische Debatten- und Streitkultur stärkt die Meinungsbildung in einer pluralistischen Gesellschaft“, „Einwanderung und Integration gehören zu unserer Geschichte“, „Die freiheitliche Demokratie verlangt Toleranz und Respekt“ und „Die parlamentarische Demokratie lebt durch Engagement“.

These 10 zufolge ist Bürgerschaftliches Engagement gelebte Demokratie und leistet einen unverzichtbaren Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Viele Bürgerinnen und Bürger engagierten sich ehrenamtlich und freiwillig in Vereinen und Ver-

bänden. Sie übernahmen damit Verantwortung für andere und für die Gesellschaft. Sie setzten sich im Natur- und Umweltschutz, im Sport, in Wohlfahrtsverbänden, in Gewerkschaften, in der Kultur, in Kirchen und Religionsgemeinschaften, in Migrantinnen- und Migrantenorganisationen, in der Kommune und anderswo ein.

Subsidiäres Staatsverständnis

Dieses bürgerschaftliche Engagement sei integraler Bestandteil eines subsidiären Staatsverständnisses, das zunächst die kleinsten gesellschaftlichen Einheiten in die Lage versetzt, aktiv zu werden. Bürgerschaftliches Engagement habe eine integrative Wirkung, denn auch viele Zugewanderte engagierten sich in Vereinen und Verbänden. Bürgerschaftliches Engagement sei aber kein Ersatz für staatliche Leistungen.

„Bildung schafft den Zugang zur Gesellschaft“, heißt es weiter. Sie sei eine entscheidende Voraussetzung für die Entwicklung

der Persönlichkeit und Teilhabe an Gesellschaft und Arbeitswelt. Bildung finde zum einen in formalen Kontexten wie Schule, Betrieb, Hochschule oder Weiterbildung statt, zum anderen in non-formalen wie der Familie, in Vereinen, Kirchen und Gemeinden, den Medien und anderen Zusammenhängen. Sowohl die formale als auch die non-formale Bildung seien für die Persönlichkeitsbildung und die Vorbereitung auf die Teilnahme am Erwerbsleben unerlässlich.

Schlüsselfaktor kulturelle Bildung

Kulturelle Bildung stelle einen Schlüsselfaktor der Integration dar, öffne den Zugang zu Kunst und Kultur und zum gesellschaftlichen Leben schlechthin. Sie gehöre in die Schule und sei in vielfältigen anderen Kontexten – so auch der sozialen Arbeit – zu Hause. Die Bemühungen um kulturelle Integration zielten im Kern auch auf die Verbesserung der Chancen auf kulturelle Bildung.

Ferner weist die Initiative kulturelle Integration darauf hin, dass die deutsche Sprache der Schlüssel zur Teilhabe ist und die Auseinandersetzung mit der Ge-

Erdgasautos sind eine echte Alternative:

Gut! Sicher! Günstig!

Während in Berlin über die Zukunft der Dieselfahrzeuge debattiert wird, hat die Gasindustrie längst ein langjährig erprobtes Konzept vorzuweisen.

Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben betont, „das Erdgasauto ist gut, bezahlbar und sauber! Und was noch wichtiger ist, sofort einsetzbar. Fahrverbote gelten für Erdgasfahrzeuge nicht. Und wenn sie mit Ökogas fahren, erreichen sie fast Zero-Emission.“

Bereits seit über zwanzig Jahren fahren Autos statt mit Benzin oder Dieselmotoren mit CNG (Compressed Natural Gas – komprimiertes Erdgas). Entscheidender Vorteil dieser CNG-Fahrzeuge ist ein wesentlich geringerer Ausstoß an klimaschädlichem CO₂ sowie eine erhebliche Reduktion des NO_x- und Feinstaub-Ausstoßes.

Flächendeckend in Deutschland

Das CNG-Tankstellennetz ist heute in Deutschland und vielen anderen europäischen Ländern flächendeckend vorhanden, so dass CNG-Fahrzeuge die bisher vorrangig auf Mittel- und Langstrecken eingesetzten Dieselfahrzeuge problemlos ersetzen können. Allein in und um Bayerisch Schwaben gibt es momentan sechzig CNG-Tankstellen.

Die Autoindustrie bietet mittlerweile CNG-Fahrzeuge in vielfältigen Varianten an und für jedes CNG-Fahrzeug gibt es eine Steuervergünstigung.

Ökogas erlaubt moderne Mobilität

Das nachhaltige Mobilitätskonzept der erdgas schwaben gmbh geht noch einen Schritt weiter. An den CNG-Tankstellen wird 100% regenerativ erzeugter Kraftstoff in Form von Ökogas angeboten. Langjährige CNG Fahrzeugfahrer sind von der Technologie überzeugt und freuen sich über ihren ganz individuellen Beitrag zum Schutz der Umwelt. So z. B. auch Helmut Kaumeier, der in den vergangenen 18 Jahren bereits über 800.000 km mit CNG-zurückgelegt hat: „Saubere und sicher.“ □

verbessert, aber den Städten fehle der Raum: In verdichteten Räumen sei die Mobilisierung von Bauland schwierig.

„Die Instrumente des Baugesetzbuches – etwa mit der kürzlich neu geschaffenen Kategorie des „urbanen Mischgebiets“ – allein helfen Städten und Gemeinden nicht, um schnell Bauland für Wohnungen zu mobilisieren“, fuhr Gribl fort. Darum müssten weitere Anreize zur Flächenmobilisierung geschaffen werden. Der Bund müsse im Einkommenssteuergesetz befristet Vergünstigungen bei den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft für Grundstücksveräußerungen an Gemeinden vorsehen.

Fehlende Flächen

Gribl: „Städte wollen bauen, aber die Flächen fehlen: Städte und Gemeinden brauchen Handlungsspielräume für eine vorausschauende Flächenbevorratung.“ Sie müssten bereits im Vorfeld formeller städtebaulicher Maßnahmen ein Vorkaufsrecht für

ge Bundesland, das die Kosten der Jugendhilfe für Flüchtlinge teilweise kommunalisiert“. Bei der Betreuung von unbegleiteten jungen Volljährigen erwarteten die Kommunen mit Blick auf die Kostenübernahmeregelung in den anderen Bundesländern eine 100-prozentige Kostenerstattung der Sach- und Zweckausgaben. Die Verständigung über eine Entlastung der Bezirke von 112 Millionen Euro für 2017 und 2018 sei eine erste Linderung. Die Kostenerstattung von 40 Euro (2017) und 30 Euro (2018) pro Tag und Fall sei allerdings viel zu gering bemessen, da die Durchschnittskosten der bayerischen Jugendämter bei rund 110 Euro pro Tag und Fall liegen.

Bau neuer Wohnungen

Zur Integration von Flüchtlingen zählt für die Städte auch der Bau neuer Wohnungen. Hierzu muss nach Gribls Auffassung die staatliche Wohnraumförderung weiter intensiviert werden. Neben der Wohnung für den Einzelnen gehe es auch um das geordnete Wohnumfeld. „Die Begegnung im Alltag ist ein erster Schritt zur Integration. Hierfür müssen Wohnquartiere und Wohngebiete durchmischt sein. Monostrukturen mit Migranten aus bestimmten Regionen oder die Ballung von sozialen Problemfällen können schlechte Auswirkungen in Stadtvierteln nach sich ziehen. Außerdem: Die Konkurrenz um knappen Wohnraum reduziert die Bereitschaft der Aufnahmegesellschaft, der Integration offen gegenüber zu stehen“, bemerkte der Vorsitzende. Nötig sei eine Quartiersentwicklung, die für ausgewogene Durchmischung und einen sozialen Austausch in der Stadt sorgt. Schiefenlagen müssten früh erkannt werden, um bei Problemen oder bei sozialen Spannungen gegenzusteuern.

Hohe Anforderungen wegen Barrierefreiheit

Der Wohnungsbau werde teuer wegen der hohen Anforderungen an Wohnungen bei Barrierefreiheit und energetischen Standards und wegen der Knappheit von Grundstücken, stellte der Verbandschef fest. Dies wirke sich auf die Mietpreise aus. Günstige Wohnungen seien ein knappes Gut. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum spitze sich in vielen bayerischen Städten und Gemeinden zu. Die Finanzmittel für sozialen Wohnungsbau seien

(Fortsetzung von Seite 1) tail konkretisiert und finanziell unterfüttert werden, um praxisgerecht zu wirken. So stellt sich die Frage, ob die Verständigung mit den Automobilfirmen reicht, um den Vorgaben der Rechtsprechung zur Einhaltung der EU-Luftgrenzwerte schnell nachzukommen. Ansonsten ist nicht auszuschließen, dass Gerichte Fahrverbote als letztes Mittel gegen Luftverschmutzung verordnen. Die blaue Plakette wäre dann letztlich ein praktikableres Notfallinstrument als ein sonst drohendes generelles Diesel-Fahrverbot.“

Daueraufgabe Integration

Eine Daueraufgabe bleibt das Thema Integration. Nach Gribls Angaben fehlen Bayerns Städten und Landkreisen fast 550 Millionen Euro, die sie 2015 und 2016 für die Integration von Flüchtlingen aufgewendet haben. Allein den kreisfreien Städten entstanden für 2015 und 2016 ungedeckte Kosten in Höhe von 216,7 Millionen Euro. Gegenüber dem Jahr 2015 (88,6 Millionen Euro) sind bei den kreisfreien Städten die nicht durch Einnahmen gedeckten Ausgaben im Jahr 2016 um rund 45 Prozent (128,1 Millionen Euro) gestiegen. Diese Sonderleistung müsse von Staat und Bund erstattet werden, forderte der Verbandschef. Die Kommunen hätten sich darauf verlassen, dass der Freistaat sie bei den Integrationskosten nicht im Stich lässt.

Städte erwarten Kostenübernahme

„Ohne die Kommunen könnten Bund und Freistaat die Herausforderungen der Integration nicht meistern“, erläuterte der Vorsitzende. Die Städte erwarteten, dass die im Rahmen der Erstunterbringung angefallenen ungedeckten Kosten zeitnah vom Freistaat übernommen werden. Aufgrund ihrer vielfältigen flüchtlingsbedingten Integrationsleistungen benötigten außerdem die Kommunen einen angemessenen Anteil von den auf Bayern entfallenden Bundesintegrationsmitteln von insgesamt rund 930 Millionen Euro. Darüber hinaus müsse sich der Freistaat Bayern auf Bundesebene für eine angemessene Anschlussregelung für die Übernahme der flüchtlingsbedingten Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte durch den Bund einsetzen. Bayern ist laut Gribl „das einzi-

Fakten zum „Diesel“

Vor die Wahl gestellt, ob ein Fahrzeug fünf Liter Diesel oder 12 Liter Super verbraucht, sollte jedem klar sein, dass der Dieselantrieb sauberer ist. Ja, die entweichenden Abgase sind Stickoxide. Wie gefährlich sind sie wirklich?

Seit 2008 ist der Dieselmotorenkraftstoff in der EU schwefelfrei und im Abgas befindet sich kein Schwefeldioxid. Seit 2010 sind Rußfilter in den Innenstädten Pflicht. Neuwagen haben sie seit zehn Jahren serienmäßig. Früher war der Auspuff schwarz, heute kann man den Finger reinstecken und er bleibt sauber. Im Abgas der Dieselaautos befindet sich kein Ruß.

bleiben die Stickoxide (NO_x) übrig. Sie sind gefährlich für die Lunge. Unklar ist aber, ab welcher Dosis Stickoxide für den Menschen gefährlich werden. Die EU legte einen Grenzwert von 40 Mikrogramm NO_x pro Kubikmeter Luft fest, an den sich die deutschen Behörden und Gerichte halten.

Wie kam es zu diesem Grenzwert? Er wurde 2005 von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) festgelegt und von der EU übernommen. Tierversuche ergaben, dass die Atemwege erst ab 8.000 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft geschädigt werden. Dieser Grenzwert gilt für Industriearbeitsplätze, nicht aber für Straßen. Warum nicht?

„Die NO_x-Hysterie entbehrt jeder Grundlage“, heißt es in der Schupelius-Kolumne der BZ. „Der Dieselmotor ist nicht nur sparsamer als der Benzinmotor, sondern auch sauberer, denn der Benzinmotor gibt Feinstaub ab und hat keinen Filter. Der Diesel ist auch dem Elektroantrieb überlegen, denn die Lithium-Ionen-Akkus haben ein großes Umweltproblem.“

„Die Autohersteller haben ganz offensichtlich gelogen und betrogen. Deshalb ist aber der Dieselmotor noch lange kein schlechter Antrieb. Eher im Gegenteil. Er ist der beste.“ □

schichte nie abgeschlossen ist. Zudem sei die Erwerbsarbeit wichtig für Teilhabe, Identifikation und sozialen Zusammenhalt. Die gesellschaftliche Veränderung müsse sich in der Beschäftigtenstruktur widerspiegeln. Das gelte für den öffentlichen Sektor ebenso wie für die Privatwirtschaft.

„Kulturelle Vielfalt ist eine Stärke“ lautet schließlich These 15. Kultur sei identitätsbildend

und leiste einen Beitrag zur Integration. Sie ermögliche die Einbindung in das soziale, wirtschaftliche und kulturelle Gefüge der Gesellschaft. Zugleich werde von Migrantinnen und Migranten erwartet, dass sie sich ihrerseits konstruktiv mit den kulturellen Traditionen, Gepflogenheiten und Werten des aufnehmenden Landes auseinandersetzen und diese nicht nur dulden, sondern respektieren. **DK**

Jobcenter und Breitband ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Daueraufgabe große Chancen beinhaltet, zeigt die Entwicklung im Jobcenter des Kreises Schleswig-Flensburg. Innerhalb von nur zwei Jahren wurde dort ein ganzheitlicher Organisationsentwicklungsprozess eingeführt und in seinen Kernelementen umgesetzt. Tumultmäßig durchgeführte Kundenbefragungen belegten, dass sich die Kundenzufriedenheit in der Zeit des Organisationsentwicklungsprozesses in vielen Bereichen verbessert hat.

Standortfaktor von entscheidender Bedeutung

Mit Blick auf den Breitbandausbau betonte Landkreistagspräsident Landrat Reinhard Sager: „Zu Recht weist die Bundeskanzlerin darauf hin, dass die Digitalisierung für Deutschland als Standortfaktor von entscheidender Bedeutung ist. Dies gilt für Industrie 4.0, für Mittelstand 4.0, aber auch die Digitalisierung im Bereich Gesundheit, Bildung und Verwaltung. Grundlage für all dieses ist eine funktionierende, hochleistungsfähige Breitband-Infrastruktur. Letztlich bedarf es dazu Glasfaser und einer noch stärkeren Förderung durch den Bund als bisher. Außerdem müssen schnellstmöglich die im jetzigen Fördersystem bestehenden strukturellen Hindernisse beseitigt werden.“

Im europaweiten wie auch im OECD-Vergleich liege Deutschland klar auf den hinteren Rängen: „Nur 6,6 % aller Haushalte verfügen über einen Glasfaseranschluss, in den ländlichen Räumen sind es nur 1,4 %. Auch wenn das als Zwischenschritt anzusehende Ziel einer Breitband-Versorgung mit bis zu 50 MBit pro Sekunde bis 2018 erreicht werden sollte, muss der Schritt zur Gigabit-Gesellschaft und damit zum Glasfaser-Ausbau jetzt angegangen werden“, forderte Sager.

Nach wie vor sei zu beobachten, dass aus geschlossenen Fördergebieten gerade die wirtschaft-

lichen Teile herausgepickt würden und ein eigenwirtschaftlicher Ausbau von Unternehmen dann einsetze, wenn eine kommunale Gesamtplanung abgeschlossen, Förderbescheide ausgehändigt und ein in sich geschlossener Bereich ausgebaut werden solle. „Hier ist ein eigenwirtschaftlicher Ausbau, der nicht zuvor in einem Markterkundungsverfahren angekündigt worden ist, kontraproduktiv. Er zerreißt flächendeckende Ausbaugelände und macht den Ausbau des Restgebietes oftmals unwirtschaftlich. Zudem findet gerade bei der Deutschen Telekom – aber auch anderen Unternehmen – nach wie vor ein Ausbau mit der kupferbasierten Vektoring-Technik statt. Dieses verhindert den Ausbau mit Glasfaser. Das gilt es zwingend zu unterbinden“, erläuterte der DLT-Präsident.

Doppelstrategie

Um an dieser Stelle besser zu werden und mehr zu erreichen, schlägt der Deutsche Landkreistag eine Doppelstrategie vor: „Zunächst sollte das Markterkundungsverfahren verbindlicher ausgestaltet werden. Dazu müsste in den Förderprogrammen von Bund und Ländern vorgesehen werden, dass Ausbauankündigungen im Rahmen der Markterkundungsverfahren mit einer verbindlichen, konkreten „Meilenstein“-Planung unterlegt werden.“

In einem zweiten Schritt sollte in besonders schwer zu versorgenden ländlichen Gebieten das exklusive Recht – und damit auch die Verpflichtung – zum Netzausbau zeitlich begrenzt jeweils nur einem Anbieter übertragen werden. „Durch die Vergabe des Wegerechts an nur ein Unternehmen würde ein wirtschaftlicher Anreiz geschaffen, so dass sich Investitionen besser als heute rechnen. Dass das auf der Basis eines fairen, transparenten und diskriminierungsfreien Vergabeverfahrens erfolgen würde, versteht sich von selbst“, unterstrich Sager. **DK**

Der Ergoldsbacher E 58 RS®:

Die Lösung für flach geneigte Dächer

Der Wohnungsmarkt ist der derzeitige Wachstumstreiber für die Bauindustrie. Mehrfamilienhäuser machen dabei im Vergleich zu Ein- oder Zweifamilienhäusern den Großteil des Wachstums aus. Denn vor allem sie schaffen in den Kommunen den dringend benötigten, zusätzlichen Wohnraum – ohne dass unnötig viele Freiflächen versiegelt werden müssen. Mehrfamilienhäuser wurden bisher aus technischen Gründen zumeist mit Flachdächern und nicht mit traditionellen Dächern aus Tondachziegeln gebaut. Die ERLUS AG hat mit dem Ergoldsbacher E 58 RS® jetzt einen Tondachziegel entwickelt, mit dem auch flache Dächer von Mehrfamilienhäusern problemlos eingedeckt werden können.

In der Vergangenheit benötigten mit Dachziegeln eingedekte Steildächer eine bestimmte Dachneigung. Das führte dazu, dass das Haus höher gebaut werden musste als bei einem Flachdach, wenn ähnlich viel Wohnraum im obersten Stock gewonnen werden sollte. Die vorgeschriebenen Bauhöhen ließen diese Alternative oft nicht zu.

Einmalige Kombination

Mit dem E 58 RS® von ERLUS kann ein Steildach auf bis zu 16 Grad Regeldachneigung bzw. 10 Grad Mindestdachneigung gesenkt und damit die Höhe des Hauses deutlich niedriger geplant werden. Dank seiner technisch außergewöhnlichen Formgebung können mit dem E 58 RS® auch Mehrfamilienhäuser mit einem traditionellen Tondachziegel eingedeckt werden. Er bietet als erster Dachziegel der ERLUS E 58-Familie die Möglichkeit, eine moderne, kubische Bauweise mit den Vorzügen

gen eines traditionellen Steildaches zu kombinieren.

Dachneigung entlastet das Haus

In der Anschaffung ist ein Steildach geringfügig teurer als ein Flachdach. Betrachtet man jedoch den gesamten Lebenszyklus, summieren sich beim Flachdach langfristig die Zusatzkosten. Nicht nur eine teure Unterkonstruktion aus Stahlbetondecken und ein aufwändiger Schichten- aufbau werden benötigt, sondern auch die Kosten für Wartung und Instandhaltung sind nicht zu unterschätzen. Selbst hochwertige Abdichtungen müssen im Vergleich zu einem Ziegeldach häufig erneuert werden.

Unproblematischer Austausch

Schwere Schneelasten im Winter, Temperaturspannungen in der Übergangszeit sowie UV-Strahlung und Hagel im Sommer sind zudem eine hohe Be-

lastung für ein Flachdach. Schon die sehr geringe Dachneigung von 10 Grad sorgt dafür, dass Regenwasser abfließt und Schnee keine Schäden anrichtet.

Diese systembedingten Eigenschaften sorgen dafür, dass der Wartungsrhythmus des Steildachs im Vergleich zum Flachdach deutlich länger ist. Innerhalb der durchschnittlichen Lebensdauer eines Hauses von rund 80 Jahren ist es im Regelfall nicht notwendig, das Steildach zu ersetzen, während die Abdichtungen auf dem Flachdach im selben Zeitraum gleich mehrmals einer aufwändigen Erneuerung bedürfen.

Beim geneigten Dach hingegen lassen sich bei Bedarf einzelne Dachziegel ohne großen Aufwand einfach, schnell und unproblematisch ersetzen oder austauschen.

Den Wetterkapriolen trotzen

Trotz all dieser Nachteile gilt das Flachdach häufig als moderner wegen des schlichten und sachlichen Stils. Ein flach geneigtes Dach mit dem E 58 RS® kann einem Haus nun dieselbe Ästhetik verleihen, ohne dabei die Nachteile eines Flachdaches in Kauf nehmen zu müssen.

Die ausgefeilte technische Formgebung des E 58 RS® schützt das Dach z.B. gegen

Wetterextreme wie Schlagregen, während die Unterkonstruktion trocken bleibt. Dafür sorgen die ausgeprägte Profilhöhe der Ringverfaltung, mit dreifachem Kopf- und Seitenfalz. Ein Qualitätsmerkmal, das angesichts des Klimawandels mit immer häufigeren, schweren Unwettern an Bedeutung gewinnt.

Hohe Windsogsicherheit

Aufgrund ihrer besonderen, teilweise auch verfalzten Ausbildung des Vierziegelecks erreichen viele Modelle der ERLUS E 58 Familie eine hohe Windsogsicherheit bei geringem Sturmklammereinsatz. Seit 2011 verfügen alle Modelle serienmäßig über Kerben, in die sich alle ERLUS Universalsturmklammern problemlos einklicken lassen.

Diese Sicherheit gibt es nun auch für flache Dachneigungen ab 10 Grad. Damit hat ERLUS eine noch vorhandene Lücke im E 58-Sortiment geschlossen und neue Möglichkeiten bei der Konzeption für Mehrfamilienhausdächer eröffnet. Nicht zuletzt überzeugt der E 58 RS® durch seine leichte Verarbeitung auf dem Dach: Mit einem Gewicht von lediglich ca. vier Kilogramm ist er auch mit einer Hand verlegbar.

Vielfalt in Form, Farbe und Funktion

Dass der neue E 58 RS® ein typischer E 58 ist, zeigt auch seine Form: harmonische Proportion, klare Kanten in der Verfaltung und die elegante Wölbung der Sichtfläche. Damit reiht er sich optisch und technisch nahtlos in die er-



Der Ergoldsbacher Dachziegel E 58 RS® von ERLUS verbindet erstmals moderne, kubische Architektur mit allen Vorzügen eines klassischen Steildaches und ist auch für Mehrfamilienhäuser geeignet.

folgreiche E 58-Familie ein.

Im Jahr 1958 lief der E 58 zum ersten Mal über die Produktionsbänder im ERLUS Werk im niederbayerischen Ergoldsbach. Seitdem hat das Unternehmen die Produktlinie aus hochwertiger Keramik stetig weiterentwickelt und immer wieder optimiert.

Bei jeder Neuerung achtet ERLUS darauf, diese mit den Vorgängermodellen abzustimmen. So können Verarbeiter auch neue Modelle problemlos bei der Sanierung einsetzen. Da die E 58 Tondachziegel mit

zahlreichen Haustypen und Baustilen harmonieren, ist die dezent geschwungene Linienführung auch beim Neubau nach wie vor zeitlos aktuell.

Sechs Modelle

Ab sofort umfasst die E 58 Serie sechs Modelle: den Klassiker E 58, den E 58 S, den E 58 MAX®, den E 58 SL, den E 58 PLUS® und den E 58 RS®. Den E 58 RS® gibt es in den Farben Rot, Anthrazit, Kupferbraun, Schwarz Matt, Diamantschwarz und Burgund.

ERLUS^e
Qualität aus Deutschland

Unsere Ergoldsbacher Dachziegel sprechen für sich

Der neue **Ergoldsbacher E58 RS®** ist die Lösung für flach geneigte Dächer. Er verbindet moderne Architektur mit den Vorzügen eines Steildaches. Ein Dach mit Tondachziegeln hält sehr lange und ist einfach zu verarbeiten. Wasser kann schnell ablaufen, dadurch ist das Dach regensicher und muss kaum gewartet werden. Dank seiner besonderen technischen Formgebung passt das neue Modell auf flach geneigte Dächer ab 10° Dachneigung. Das erlaubt eine moderne Bauweise, ohne kosten- und wartungsintensive Abdichtarbeiten.

Auch für Wohnraum-Erweiterungen ist der Dachziegel ideal. Werden Gebäude aufgestockt, müssen Bauhöhen eingehalten werden. Oft verlangt das eine flache Dachneigung, die der Ergoldsbacher E 58 RS® zulässt.

Erfolgsmodell Genossenschaften

Historisch krisenfest, wirtschaftlich rentabel und sozial verantwortlich

Berlin – „Die Wohnungsgenossenschaften gehören zu den erfolgreichsten und zugleich stabilsten Unternehmensformen in Deutschland“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, anlässlich des Internationalen Tages der Genossenschaften (International Co-operative Day). „Das traditionsreiche genossenschaftliche Geschäftsmodell hat sich als nachhaltig erwiesen und ist moderner denn je. Die Insolvenzfähigkeit dieser Rechtsform, ist gerade in der heutigen Zeit ein unschätzbbarer Wert, den es zu erhalten gilt.“

Die Besonderheit der Genossenschaften, insbesondere auch der Wohnungsgenossenschaften, gründet in den genossenschaftlichen Prinzipien der Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung. Die Mitglieder der Genossenschaft, d. h. deren Eigentümer, sind zugleich Nutzer der von der Genossenschaft angebotenen Leistungen, im Falle von Wohnungsgenossenschaften also Mieter der genossenschaftlichen Wohnungen.

Tradition und Innovation

Mittlerweile leben 5 Millionen Menschen in Deutschland bei den rund 2.000 im GdW organisierten Wohnungsgenossenschaften. Seit mehr als 150 Jahren bieten sie ihren Bewohnern langfristig attraktive sowie bezahlbare Wohnungen. Fast 4,5 Milliarden Euro haben die Wohnungsgenossen-

schaften im Jahr 2015 in ihren Bestand und den Neubau investiert. „Mit ihrem Geschäftsmodell, das Tradition und Innovation verbindet, beweisen die Wohnungsgenossenschaften immer wieder aufs Neue, dass Wohnen mehr ist, als ein Dach über dem Kopf,“ so der GdW-Präsident.

Die Aufnahme der Genossenschaftsidee mit ihrer über 100-jährigen Tradition in die Liste des immateriellen Weltkulturerbes der UNESCO Ende des vergangenen Jahres unterstreicht, wie wichtig ihre Prinzipien damals wie heute sind. Für aktuelle Herausforderungen, wie eine bürger-nahe Energiewende, ein menschenwürdiges Wohnen im Alter, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder die Nahversorgung im ländlichen Raum bieten Genossenschaften innovative Antworten. □

Initiative Gutes Wohnen:

Zu wenig Tageslicht in Wohngebäuden

Studie zeigt: Gesetzliche Anforderungen zu niedrig

Viele Wohngebäude in Deutschland werden unzureichend mit Tageslicht versorgt. Zu diesem Ergebnis kommt eine von der Initiative Gutes Wohnen in Auftrag gegebene Studie, die in Berlin vorgestellt wurde. Demnach hinken die gesetzlichen Anforderungen an die Tageslichtversorgung von Gebäuden den Empfehlungen von Experten weit hinterher. Als Folge drohen den Bewohnern unter anderem gesundheitliche Beeinträchtigungen.

„Tageslicht ist essentiell für Wohlbefinden und Gesundheit der Menschen“, erklärt Till Reine von der Initiative Gutes Wohnen. Neueste medizinische Erkenntnisse zeigen den hohen Einfluss von Tageslicht auf unsere biologische Uhr und damit auf unsere Gesundheit. Da Menschen bis zu 90 Prozent ihrer Zeit in geschlossenen Räumen verbringen, müssen auch Häuser und Wohnungen ausreichend mit Tageslicht versorgt werden.

„Leider hat die Politik das Thema in der Vergangenheit äußerst stiefmütterlich behandelt. Die ausreichende Versorgung mit Tageslicht muss bei künftigen Planungen und Sanierungen von Wohngebäuden eine deutlich größere Rolle spielen. Auch die gesetzlichen Mindestanforderungen sind nicht mehr zeitgemäß und müssen dringend angepasst werden“, so Reine.

Ernüchterndes Ergebnis

In der Studie des Beratungsunternehmens Ecofys wurde untersucht, ob die geltenden Tageslichtanforderungen aus der sogenannten Musterbauordnung dem aktuellen Stand der Wissenschaft entsprechen. Die Verordnung schreibt vor, dass die Fensterflächen eines Raumes mindestens ein Achtel der Grundfläche betragen müssen. Das Ergebnis der Untersuchung ist ernüchternd: In einem typischen innerstädtischen Mehrfamilienhaus wird somit gerade einmal ein Drittel des von Experten empfohlenen Tageslichts erreicht. Bei einer typischen energetischen Sanierung verschlechtern sich die Werte zusätzlich um fast 30 Prozent. Daher sollten Bauherren bei anstehenden Sanierungsmaßnahmen un-

bedingt auf mangelhafte Tageslichtversorgung hingewiesen werden. Außerdem sind geeignete freiwillige Maßnahmen zur Verbesserung aufzuzeigen. Sonst droht angesichts des Klimaschutzziels der Bundesregierung, bis zum Jahr 2050 nahezu den kompletten Gebäudebestand zu sanieren, eine weitere und flächendeckende Verschlechterung der derzeitigen Situation.

Fensterfläche verdoppeln

Die Autoren der Studie schlagen weiter vor, die vorgeschriebene Fensterfläche für Neubauten zu verdoppeln und auf einen Wert von einem Viertel der Grundfläche zu erhöhen. Dies ist mindestens notwendig, um eine nach wissenschaftlichen Maßstäben akzeptable Tageslichtversorgung zu erreichen. Dass höhere Anforderungen möglich sind, zeigt der Blick ins europäische Ausland. Nach einer Untersuchung des Buildings Performance Institute Europe (BPIE) liegen die Tageslichtanforderungen in vielen europäischen Ländern höher, während Deutschland hier zu den Schlusslichtern gehört.

Politischer Abend

Die Studie von Ecofys wurde im Rahmen eines Politischen Abends vorgestellt, den die Initiative Gutes Wohnen in Berlin ausgerichtet hat. Gemeinsam mit Vertretern der Bundesregierung und Experten aus Forschung, Medizin und Planung diskutierten die Gäste über die gesundheitliche Bedeutung von Tageslicht und über notwendige gesetzliche Änderungen für eine gute Tageslichtversorgung in Wohngebäuden. □



Links vom Eingang in das BauindustrieZentrum Stockdorf soll das Signet „Bayern barrierefrei“ seinen Platz erhalten. Von links: Angelika Schlammerl, Schatzmeisterin Special Olympics Bayern, Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, Ministerialdirektor Michael Höhenberger, Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration. □

BBIV erhält Signet „Bayern barrierefrei – Wir sind dabei“

Der Bayerische Bauindustrieverband hat das Signet „Bayern barrierefrei – Wir sind dabei“ erhalten. Überbracht hat es Ministerialdirektor Michael Höhenberger, Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration.

„Der Bayerische Bauindustrieverband ist ein Multiplikator des barrierefreien Bauens“, hob Hauptgeschäftsführer Thomas Schmid in seiner Begrüßung hervor. „Barrierefreies Bauen verlangt die perfekte Umsetzung der Planung. Das lernen die Bau-Auszubildenden in unseren BauindustrieZentren Stockdorf und Wetzendorf.“

Feiertag der Inklusion

Als „Feiertag der Inklusion“ bezeichnete Ministerialdirektor Michael Höhenberger den Tag der Verleihung des Signets „Bayern barrierefrei“ an die Bayerische Bauindustrie. Der Staat, so Höhenberger, könne zwar Barrierefreiheit vorschreiben. „Zur Umsetzung braucht der Staat aber

Partner.“ Barrierefreiheit beginne in den Köpfen, erklärte Höhenberger. „Inklusion bedeutet Teilhabe von Anfang an.“ Als Musterbeispiel gelungener Inklusion wies er auf die Aktion Special Olympics Bayern – SOBY hin, die der Bayerische Bauindustrieverband als Sponsor unterstützt.

Für Angelika Schlammerl, Schatzmeisterin Special Olympics Bayern, erfordert das Ziel Barrierefreiheit Ideen, Einsatz, Kreativität und vor allem die entsprechenden Fähigkeiten. „Als Baumeister unserer Zukunft kommt den Auszubildenden der Bayerischen Bauindustrie daher eine zentrale Rolle bei der Barrierefreiheit zu. Nur durch Barrierefreiheit gelingt Inklusion“, machte Angelika Schlammerl abschließend deutlich. □

Unterstützer Sparkasse Nürnberg:

Nordgarten im Z-Bau neu belebt

Im Rahmen des Pilotprojekts der Nationalen Stadtentwicklungspolitik „Stadt auf Rädern“, bei dem Anwohner ihren Stadtteil kreativ weiterentwickeln und mitgestalten können, hat das Urban Lab, gemeinnützige Unternehmungsgesellschaft, den Nordgarten im Z-Bau neu belebt. Im Rahmen verschiedener Projekte entstand ein Ort für kreatives und handwerkliches Gestalten mitten in der Südstadt. Unterstützt wurde die Unternehmungsgesellschaft bei der Realisierung von der Sparkasse Nürnberg.

Im Frühjahr 2017 hat das Urban Lab verschiedene Akteure, Anwohner und Institutionen in der Südstadt zu einem Workshop eingeladen. Ziel war, die Gestaltung des Nordgartens im Kulturzentrum Z-Bau auf die Bedürfnisse der Menschen vor Ort abzustimmen. Konzepte wurden erarbeitet und gemeinsam mit den Anwohnern umgesetzt. So entstand eine Mischung verschiedener Projekte: Der Verein errichtete eine offene Graffitiwand, die der Streetartkünstler Leo Heidingsfelder, genannt „Noke“, mit seiner Workshopgruppe gestaltet.

Zudem bietet das Urban Lab Workshops zum Fertigen von Marktständen an. „Der einfache, ursprüngliche Handel fördert das Zusammenleben und den Austausch in der Stadt. Deshalb lernen wir unseren Workshopteilnehmern, wie man schnell und trotzdem kreativ Marktstände für Straßenfeste oder Märkte baut“, so Chris Hermann, Projektleiter des Urban Lab.

Die Dächer der Stände bestehen aus ausgemusterten Werbebannern der Sparkasse Nürnberg, die im Rahmen des Projekts wiederverwendet wurden. Das Kreditinstitut bezuschusst die Marktstände sowie die Graffitiwand mit insgesamt 3.000 Euro. Im Rahmen des

Graffitiprojekts stellt die Sparkasse außerdem eine freie Fläche auf ihrem Grundstück am Lorenzplatz zu Verfügung, die im Sommer durch die Workshopgruppe gestaltet wird.

„Die Entwicklung von Stadtteilen voranzutreiben und Orte der Begegnung zu schaffen ist uns besonders wichtig. Partner wie das Urban Lab, die mit innovativen Projekten Menschen anregen, ihren Stadtteil aktiv mitzugestalten, unterstützen wir gerne“, so Dr. Michael Kläver, stellvertretendes Vorstandsmitglied der Sparkasse Nürnberg. Auch der Leiter des Kulturzentrums Z-Bau, Stefan Zimmermann, freut sich über die neuen Partner: „Der Z-Bau ist ein Begegnungsort für Kulturschaffende verschiedenster Bereiche. Das Urban Lab bereichert unser Angebot mit seinen kreativen Projekten und füllt unseren bisher noch wenig genutzten Nordgarten mit Leben.“ Neben den gestalterischen und handwerklichen Projekten ist außerdem geplant, einen Lehmofen zu bauen und einen Grillplatz zu errichten.

Der Nordgarten im Z-Bau in der Frankenstraße 200 in Nürnberg ist ab Ende September Mittwochs ab 16 Uhr und Samstag ab 13 Uhr öffentlich zugänglich. □

Zahl der Baugenehmigungen in Bayern weiter hoch

Innen- und Bauminister Herrmann zieht Halbjahresbilanz

Die Anzahl der Baugenehmigungen in Bayern bewegt sich nach wie vor auf hohem Niveau. Dies belegen die aktuellen Zahlen des Bayerischen Landesamts für Statistik, wonach im ersten Halbjahr 2017 für 36.058 Wohnungen Baugenehmigungen erteilt oder Genehmigungsfreistellungsverfahren abgeschlossen wurden.

Innen- und Bauminister Joachim Herrmann sieht darin die Fortsetzung des Vorjahrestrends, wenn auch ein geringfügiger Rückgang um 1,9 % gegenüber dem Genehmigungsrekord des vergangenen Jahres zu verzeichnen sei.

Baukindergeld für Familien als wichtiger Impuls

In seiner Halbjahresbilanz verwies Herrmann auf die aktuelle Situation im Bundesgebiet, wo die Zahl der Baugenehmigungen stärker rückläufig sei. Um den hohen Stand im Freistaat zu erhalten, müsse man im Wohnungsbau weiterhin verstärkt aktiv sein und sinnvolle Maßnahmen zur Erleichterung ergreifen. Ganz wichtig sei die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingun-

gen. Von der künftigen Bundesregierung forderte der Bauminister vor allem die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für neue Mietwohnobjekte sowie das Baukindergeld für Familien mit Kindern. Beide Maßnahmen würden kräftige Impulse für mehr Wohnungsbau bringen.

Positiver Trend

Abschließend nahm Herrmann noch zur Entwicklung der Wohnungssituation in Ein- und Zweifamilienhäusern Stellung, wonach im ersten Halbjahr 13.465 Baufreigaben vom statistischen Landesamt ermittelt worden seien. Des weiteren habe es im Geschosswohnungsbau 15.791 Baufreigaben gegeben. Auch hier setze sich der positive Trend des Vorjahres fort. **rm**

Neuer Würzburger Stadtteil Hubland:

Mit staatlichen Fördermitteln zum Wohneigentum

Ein Interview mit Stadtkämmerer Robert Scheller

Die Nachfrage nach Baugrundstücken in Würzburg ist groß, wie die unlängst mit Erfolg durchgeführte Verlosung von 34 Reihen- und Kettenhausbauplätzen am Hubland zeigt. Durch den Immobilienboom der letzten Jahre fragen sich jedoch immer mehr Menschen, ob sie sich den Traum von den eigenen vier Wänden noch leisten können. Dabei hilft der Staat gerade Haushalten mit geringerem bzw. mittlerem Einkommen – insbesondere jungen Familien mit Kindern, dieses Ziel zu erreichen. Die unterschiedlichen Fördermöglichkeiten erläuterte Stadtkämmerer Robert Scheller im Interview.

Welche Fördermöglichkeiten gibt es für Bauherren und Kaufinteressenten in Würzburg?

Robert Scheller: Bei uns im Rathaus können staatliche Fördermittel für selbstgenutzten Wohnraum im Würzburger Stadtgebiet beantragt werden. Dies kann sowohl der Kauf einer Eigentumswohnung als auch der Neubau eines Eigenheimes sein. Das Jahreseinkommen des Haushaltes darf dabei eine bestimmte Grenze nicht überschreiten. Die ist gar nicht mal so niedrig: z.B. darf ein junges Ehepaar mit zwei Kindern etwa 71.000 Euro brutto im Jahr verdienen. Über die genauen Einkommensgrenzen können sich Interessenten jederzeit bei unserer Bewilligungsstelle (0931/37-3290) informieren oder einen Einkommens-Check im Internet unter www.bayernlabo.de/foerderlotse durchführen.

Mit welcher Förderung können Interessenten konkret rechnen?

Robert Scheller: Der Freistaat stellt für den Bau und Kauf von selbstgenutztem Wohnraum zinsgünstige Förderkredite der BayernLabo zur Verfügung, um die Finanzierung des Wunschobjektes zu ermöglichen. Im Bayerischen Wohnungsbauprogramm beträgt dieser 0,5% nominal für 15 Jahre. Zusätzlich kann hier ein einmaliger Kinderzuschuss in Höhe von 2.500 € je Kind beantragt werden. Im Zinsverbilligungsprogramm gibt es mehrere Varianten zwischen 0,75% und 1,99% mit einer Zinsfestschreibung von 10, 15 oder 30 Jahren. Eine Besonderheit bietet die 30jährige Volltilger-Variante, denn bei dieser ist das Darlehen nach 30 Jahren komplett zurückbezahlt, und dies bei dauerhafter Zinssicherheit!

Gibt es weitere Vorteile für die Antragsteller?

Robert Scheller: Ja, ein weiterer Vorteil ist nicht zu unterschätzen: für weitere Baukredite, die z.B. von der Hausbank aufgenommen werden, sinkt das Finanzierungsrisiko, weil die Fördermittel der BayernLabo nachrangig im Grundbuch abgesichert werden. In der Regel wird ein Kreditinstitut dann eher bereit sein, die Finanzierung mitzutragen.

Was müssen Interessenten tun, um die Fördermittel zu bekommen?

Robert Scheller: Interessenten müssen bei der Fachabteilung Wohnungsbauförderung einen Förderantrag mit weiteren Unterlagen, wie z.B. Einkommensnachweise, Baupläne, Eigenkapitalnachweise, einreichen. Für Bauvorhaben außerhalb des Stadtgebietes sind die jeweiligen Landratsämter zuständig. Der Aufwand ist für die Antragsteller dabei weniger hoch als viele vielleicht befürchten, und bei den Formularen sind unsere Mitarbeiter gerne behilflich. Ganz wichtig: erst wenn die Bewilligungsstelle dem Vorhaben zugestimmt hat, darf der erste Spatenstich oder der Notartermin erfolgen.

Wenn es Fördermittel gibt, kann sich dann jeder ein Haus leisten?

Robert Scheller: Etwas eigenes Geld muss man schon mitbringen, etwa 15 % Eigenkapital ist hier die Untergrenze. Da es Höchstbeträge für die Förderung gibt, braucht man außerdem noch von anderer Stelle (Hausbank etc.) Fremdmittel, und zwar mindestens in Höhe von einem Drittel der Gesamtkosten. Wir werden also nicht jeden Traum vom Wohneigentum erfüllen können, aber wir tragen dazu bei, dass mehr Haushalte mit etwas knapperem Budget den Sprung vom Mieter zum Wohneigentümer schaffen. Eine tolle Sache, insbesondere für junge Familien! □

100 Prozent bezahlbares Wohnen ist möglich

Auf der Suche nach dem dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum nutzen mehr und mehr Kommunen ein Bauträgermodell, bei dem ein bestimmter Teil des Wohnraums (meist ca. 30%) nach sozialen Kriterien vergeben wird. Tatsächlich ist damit aber weder der Kommune noch den Mietern geholfen.

Viele Kommunen, insbesondere in den Ballungsräumen, kennen das Problem: der Wohnraum ist knapp, die Mietpreise steigen und steigen. Gleichzeitig ist der teure Verkauf von Baugrund, etwa für Mehrfamilienhäuser, finanziell verlockend, sind die zu erwartenden hohen Einnahmen doch für die Handlungsfähigkeit der Kommune von entscheidender Bedeutung. Der dadurch entstehende Wohnraum ist jedoch meistens kostspielig. Schließlich verrechnen die Projektentwickler den Kaufpreis in die zukünftigen

Mieten. Die so allgemein steigenden Mietpreise kann sich die alteingesessene Bevölkerung, die das Gemein- und Vereinsleben zuvor organisiert hat, häufig nicht mehr leisten und zieht weg. Für die Kommune bedeutet das die schleichende Änderung der Sozialstruktur vor Ort.

Bauträgermodell

Um dem Trend entgegenzuwirken, weichen die Kommunen zunehmend auf ein Bauträgermodell aus. Dabei werden etwa 30

Prozent der Wohnungen nach sozialen Kriterien vergeben. Die übrigen 70 Prozent werden frei vermietet bzw. verkauft. Ein augenscheinlich ausgewogenes Modell, bei dem zum einen die Bürger mit geringerem Einkommen Wohnraum finden und sich die Gemeinde auf der anderen Seite über beträchtliche Einnahmen für den Haushalt freuen darf.

Kernkritik

Ganz so rosig funktioniert das Modell in der Praxis allerdings nicht, wie Dr. Christoph Maier, Geschäftsführer der bauculturproject GmbH, erklärt. „Kommunen, die auf der Suche nach bezahlbarem Wohnraum sind, gewinnen mit dem Modell nichts. Der preiswerte Wohnraum reicht für den Bedarf bei weitem nicht aus. Dafür werden die übrigen Wohnungen umso teurer, schließlich subventionieren diese die günstigeren“, so die Maiers Kernkritik. Aber nicht nur das. Auch die Atmosphäre innerhalb der Immobilie birgt Sprengstoff. „Wenn ein Mieter doppelt so viel zahlt wie sein Nachbar ist Streit vorprogrammiert“, warnt Maier.

Fünf Voraussetzungen

Es gibt allerdings eine Möglichkeit, die sogar 100 Prozent - also für jedermann - bezahlbaren Wohnraum ermöglicht. Dazu müssen fünf Voraussetzungen erfüllt werden. Zunächst muss kostengünstig mit erschwinglicher Ausstattung gebaut werden. Daneben ist eine geschickte Raumaufteilung bzw. Grundstücksgestaltung unumgänglich. Zudem muss sich der Investor mit einer „sozialen“ Rendite zufriedengeben. Ebenfalls darf kein Bauträgergewinn angesetzt werden.

Diese vier Voraussetzungen kann der Entwickler erfüllen. Die fünfte Voraussetzung liegt alleine in der Hand der Kommune. Sie muss gewährleisten, dass der

Baugrund günstig verkauft wird.

Bedarfsgerechter Wohnraum und Gemeinschaftsgedanke im Mittelpunkt

Wie so eine Immobilie aussehen kann, dazu hat Dr. Maier von bauculturproject eine genaue Vorstellung. Zusammen mit seinen Partnern im forum baucultur hat er die „Wohngeneration³“ entwickelt. Im Kern dreht es sich dabei um zwei Punkte. Zum einen wird bedarfsgerechter, 100 Prozent bezahlbarer Wohnraum geschaffen und zum anderen wird besonderer Wert auf das gute Zusammenleben der Mieter verschiedener Generationen, also auf den Gemeinschaftsgedanken, gelegt.

Drei Zielgruppen

Für die Bestimmung des bedarfsgerechten und bezahlbaren Wohnraums wurden drei Zielgruppen definiert. Im Fokus stehen dabei Senioren, Alleinstehende mit ein bis zwei Kinder sowie eine junge Familie mit zwei bis drei Kindern. Deren Wohnbedarf und Budget wurden analysiert und dazu passende, bezahlbare Wohnangebote entwickelt. Der Gemeinschaftsgedanke wird in besonderer Weise vom direkten Austausch der Generationen Senioren, Eltern und Kinder mit wechselseitiger Unterstützung etwa bei der Hausaufgabenbetreuung oder Einkaufsservice getragen. Ein erster Schritt dazu: Die Gründung eines Bewohnervereins, in dem die Bewohner in Eigenregie die Belange des Hauses organisieren.

Rechnung ohne den Wirt

Die Kommunen werden bei der Entwicklung eigener Grundstücksflächen weiterhin vor der Entscheidung stehen, was sie möchten: tatsächlich 100 Prozent bezahlbaren Wohnraum oder hohe Einnahmen durch den Verkauf des Baugrundes? Mit dem vermeintlichen Kompromiss eines Bauträgermodells mit sozialem Feigenblatt macht die Kommune allerdings die Rechnung ohne den Wirt, denn bezahlbarer, bedarfsgerechter Wohnraum in nennenswerter Zahl entsteht so nicht. □

Leipheim:

Mehrgenerationenhaus wird weiter gefördert

Wie der CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Georg Nüßlein mitteilt, wird das Mehrgenerationenhaus in Leipheim weiterhin vom Bund gefördert. Laut Pressemitteilung habe Bundesfamilienministerin Dr. Katarina Barley (SPD) den Abgeordneten informiert, dass der Träger, das Diakonische Werk Neu-Ulm e.V., das Antragsverfahren für das neue Förderprogramm des Bundes erfolgreich durchlaufen habe. Damit stehen für den Generationentreff in Leipheim von 2017 bis 2020 jährlich 40.000 Euro an Zuschüssen zur Verfügung, wovon 30.000 Euro vom Bund und 10.000 Euro von der Stadt Leipheim bzw. vom Freistaat Bayern kommen.

„Das vielfältige Angebot des Diakonischen Werks und der Stadt Leipheim in der Hermann-Köhl-Straße ist damit weiter gesichert“, freut sich Nüßlein. Das dortige Mehrgenerationenhaus in den Räumlichkeiten des Büros Soziale Stadt ist ein Treffpunkt von Alt und Jung: Die ältere Generation hilft der jüngeren, indem sie z.B. Kinder betreut oder aus ihrer Erfahrung heraus mit Rat und Tat zur Seite steht; junge Leute helfen älteren, indem sie z.B. erklären, wie soziale Netzwerke im Internet funktionieren.

Breite Angebotspalette

Die vorwiegend ehrenamtlichen Helfer bieten darüber hinaus eine Migrations- und Sozialberatung, ein Internetcafé, eine Hausaufgabenbetreuung, einen Tagestreff („Offenes Wohnzimmer“), Gruppenarbeit wie Puppentheater, Nähkurse, Brettspiele, Kochkurse und vieles mehr an.

„Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die freiwilligen Helferinnen und Helfer des Mehrgenerationenhauses Leipheim machen es vor, wie bürgerschaftliches Engagement geht: Im Miteinander der Generationen, im Austausch der jeweiligen Erfahrungen und Kenntnisse, im Füreinanderdasein von Alt und Jung.

Viel Herzblut und Einsatzbereitschaft

Dass der neue Förderantrag nun bewilligt ist, haben sich die Initiatoren in Leipheim mehr als verdient. Meinen herzlichen Glückwunsch und aufrechten Dank für so viel Herzblut und Einsatzbereitschaft“, so der CSU-Politiker. **Weitere Informationen zu Mehrgenerationenhäusern im Allgemeinen sind unter www.mehrgenerationenhaeuser.de, zum Mehrgenerationenhaus Leipheim unter www.soziale-stadt-leipheim.de/MGH zu finden.** □



Beim Projekt „Wohngeneration³“ geht es im Kern um zwei Punkte: Zum einen wird bedarfsgerechter, 100 Prozent bezahlbarer Wohnraum geschaffen und zum anderen wird besonderer Wert auf das gute Zusammenleben der Mieter verschiedener Generationen, d. h. auf den Gemeinschaftsgedanken, gelegt. □

Mehr Wohnungsbau durch lokale Kooperation

BBSR-Studie liefert Bestandsaufnahme von Wohnungsbau-Bündnissen in Kommunen

Lokale Bündnisse werden in vielen Kommunen zunehmend als Instrument genutzt, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Über freiwillige Vereinbarungen von Kommunen, Wohnungswirtschaft, Eigentümern und weiteren Partnern gelingt es vielerorts, den Wohnungsbau zu stärken. Das geht aus einer vom Bundesbauministerium und vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) vorgelegten Studie hervor.

Für die Studie führten die Forscher eine Kommunalbefragung in Städten durch, die unter Wachstumsdruck stehen. Insgesamt identifizierten sie knapp 90 Bündnisse. In 15 Städten analysierten die Forscher vertieft lokale und regionale Bündnisse, darunter Metropolen wie Berlin, Hamburg und Frankfurt am Main, aber auch Universitätsstädte wie Münster, Freiburg im Breisgau oder Konstanz.

Mehr lokale Bündnisse

„Wir beobachten, dass die Zahl der lokalen Bündnisse stetig wächst. Die Bündnisse sind dann besonders erfolgreich, wenn sie in den Rathäusern zur Chefsache erklärt werden und möglichst im Ergebnis konkrete bauland- und liegenschaftspolitische Maßnahmen umfassen“, sagt der stellvertretende Leiter des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), Dr. Robert Kaltenbrunner. Die Partner formulieren Ziele und entwickeln gemeinsame Konzepte, um die lokalen wohnungspolitischen Herausforderungen anzugehen. Mit ihren individuellen Ansätzen erreichen sie lokalspezifische Lösungen. „Der Vorteil sind kurze Abstimmungswege, so dass Projekte schneller umgesetzt werden können“, sagt Kaltenbrunner.

Den Bündnissen gehören neben den Stadtverwaltungen, der Wohnungswirtschaft und den privaten Eigentümern Mieter- und Vermietervereine, Architektenkammern, Sozialverbände sowie andere Partner an. Lokale Bündnisse sind unterschiedlich organisiert: Sie reichen vom Erfahrungs- und Informationsaustausch über die gemeinsame Analyse des Wohnungsmarktes und Konzeptentwicklung bis hin zu stark umsetzungsorientierten Bündnissen.

Dauerhafte Kooperationen

„In den Städten sind neue und dauerhafte Kooperationen zwischen privaten Investoren, Bauträgern und kommunale Wohnungsunternehmen entstanden, um bei Neubauvorhaben bezahlbaren Wohnraum für Haushalte aus verschiedenen Einkommensschichten realisieren zu können - sei es im frei finanzierten oder geförderten Wohnungsbau“, so Kaltenbrunner.

Die Studie „Lokale Bündnisse für bezahlbares Wohnen und Bauen in ausgewählten Handlungsfeldern“ kann im BBSR kostenfrei angefordert werden (forschung.wohnen@bbr.bund.de).

Im Internet ist die Veröffentlichung unter www.bbsr.bund.de abrufbar. □

EU-Kommission verklagt Bundesrepublik Deutschland

Bundesingenieurkammer warnt vor Qualitätsverlust beim Planen und Bauen

Die Europäische Kommission hat wegen der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) gegen Deutschland Klage vor dem Europäischen Gerichtshof erhoben. Die Kommission sieht durch die Mindestsätze der Honorarordnung die Niederlassungsfreiheit von Ingenieuren und Architekten sowie den freien Wettbewerb nachhaltig behindert. Ohne die Vorgaben der HOAI würden sich nach ihrer Ansicht mehr ausländische Büros in Deutschland niederlassen, was perspektivisch günstigere Preise für Verbraucher bringen soll.

„Ein Wegfall des Preisrahmens, den die HOAI vorgibt, würde die Qualität beim Planen und Bauen massiv gefährden. Das wiederum hätte vor allem Auswirkungen für die Verbraucher“, betonte der Präsident der Bundesingenieurkammer, Dipl.-Ing. Hans-Ullrich Kammeyer.

Wer beim Planen spart, zahlt beim Bauen drauf

„Jeder weiß, dass für einen zu niedrigen Preis keine hinreichende Qualität geliefert werden kann – das gilt auch für Ingenieurleistungen. Daher befürchten wir, dass nach einem Wegfall der Mindestsätze der HOAI nur noch der Preis darüber entscheidet, was bzw. wie geplant und gebaut wird. Die Qualität wäre dann zweitrangig. Wer beim Planen spart, zahlt hinterher beim Bauen

drauf“, führt Dipl.-Ing. Hans-Ullrich Kammeyer ergänzend aus.

Aus Sicht der Bundesingenieurkammer rüttelt die Kommission mit der Forderung nach Aufgabe der Preisbindung vor allem im Hinblick auf die Mindestsätze an einem Grundpfeiler des bewährten Systems der Freien Berufe. Die Bundesingenieurkammer appelliert daher an die Bundesregierung, sich weiterhin für den Erhalt der HOAI einzusetzen und verweist auf ihre eigens zu diesem Zweck eingerichtete Kampagnenseite hoai.news.

Im Klageverfahren selbst wird die Bundesingenieurkammer im Verbund mit den anderen Kammern und Verbänden die Bundesregierung aktiv unterstützen, u.a. durch die Beibringung eines Rechts- und eines bauökonomischen Gutachtens. □

Kompetenz für Kommunen.
Ein Unternehmen kommunaler Spitzenverbände

KUBUS
KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH

In unserem Büro in München bieten wir folgende Dienstleistungen für Sie an:

- Kalkulation von Kommunalabgaben**
 - Erschließungsbeiträge
 - Straßenausbaubeiträge/wiederkehrende Beiträge
 - Gebühren und Beiträge in der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung
 - Friedhofsgebühren
- Energieausschreibung: Strom und Gas**
- Ausschreibung von Wegenutzungsverträgen für örtliche Strom- & Gasnetze**

■ Unser Kontakt

KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH

Hauptsitz Schwerin
Bertha-von-Suttner-Straße 5, 19061 Schwerin
☎ 0385/30 31-251 ✉ info@kubus-mv.de

Büro München
Germaniastraße 42, 80805 München
☎ 089/44 23 540-0 ✉ bayern@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Landesbausparkasse zieht Bilanz:

Bayern-LBS widersteht Draghis Nullzins-Politik

„Auch eine Zinsspanne unter einem Prozentpunkt ermöglicht uns positive Betriebsergebnisse“

„Auch mit einer Zinsspanne unter einem Prozentpunkt kommen wir aus und können nachhaltig ein positives Betriebsergebnis erzielen.“ Mit dieser in Bankkreisen eher unüblichen, aber durchaus selbstbewussten Feststellung reagierte Franz Wirnhier, Vorstandsvorsitzender der LBS Bayerische Bausparkasse auf die nunmehr seit drei Jahren in der Euro-Zone herrschende Nullzins-Politik, die unter EZB-Präsident Mario Draghi verordnet wurde.

„Diese Politik hat uns voll getroffen. Sie war und ist zwar für die LBS eine gewaltige unternehmerische Herausforderung, doch sie hat das Institut keineswegs in die Knie gezwungen“. Im Gegenteil, die LBS habe ihr Geschäftsmodell so stabilisiert, dass es auch bei extrem niedrigen Zinsen funktioniert. „Wir haben uns für das Zinstal fit gemacht“, stellte Wirnhier in der Bilanzpressekonferenz fest.

Diese hart erkämpfte Stärke ist für den LBS-Chef ein ganz besonderer Erfolg zum Abschluss, denn er geht zum Jahresende in den Ruhestand. Zuvor aber fordert er nochmals ein stärkeres Engagement der Politik bei der Eigenheimförderung und dem Wohnungsbau insgesamt. Weil dem Sparer der Zins genommen worden sei, sei mehr Förderung nötig. Auf Wihnier wird als Vorstandschef Erwin Bumberger folgen.

Die LBS hat sich nach Wihniers Worten so aufgestellt, dass sogar ein dauerhaftes Zinsniveau von 0,5 % – gemessen am zehnjährigen Euro-Midswap-Satz – zu meistern wäre. Das absolute Niedrigzinsniveau war Mitte 2016 erreicht. Im Moment sieht es etwas besser aus, denn der zehnjährige Midswap-Satz hat sich aktuell fast vervierfacht. Der Zins liegt derzeit bei 0,93 %. Dass Zinsen auch wieder steigen können, zeigt sich auch an der zehnjährigen Bundesanleihe. Ihre Rendite hat sich deutlich nach oben gedreht. Gleichzeitig haben sich Baufinanzierungen um etwa einen halben Prozentpunkt verteuert. Derzeit kosten Darlehen1 bis 1,5 %, Spareinlagen werden mit 0,1 % verzinst. „Das alles wäre“, meinte Vorstandsmitglied Helmut Straubinger, „ohne den Druck durch die Niedrigzinspolitik gar nicht zu erreichen gewesen.“

Nach dem tollen Bausparjahr 2015 war 2016 ein Übergangsjahr, in dem das Produktangebot konsequent überarbeitet wurde. Es gibt nur noch halb so viele Tarife

wie zuvor, die aber exakt auf Kunden ausgerichtet seien, die für einen späteren Finanzierungsbedarf Vorsorge treffen wollten oder bereits einen akuten Finanzierungswunsch hätten. Bausparverträge dienten nicht mehr – wie oft früher – als Festgeldanlage. Durch diese Maßnahmen hat die durchschnittliche Bausparsumme den Rekordwert von über 52.000 Euro erreicht. Wihnier: „Vergleicht man in der Zeitreihe dieses Kerngeschäft, war 2016 unser zweitbestes Absatzjahr mit 6,85 Mrd. Euro (+ 22 %). Von Januar bis Juli dieses Jahres gab es ein weiteres Plus um 10,3 %. Anpeilt werden fürs gesamte Jahr 7,7 Mrd. Euro.

Bauspardarlehen

Die Vergabe von Bauspardarlehen ging um 4,8 % auf 192,2 Mio. Euro zurück. Im ersten Halbjahr 2017 gab es ein weiteres Minus von 10,8 %. Fürs Gesamtjahr wird eine Vergabe von 170 Mio. Euro erwartet. Bei den Bauspardarlehen setzt die LBS weiter auf Umstiegsangebote, „die für Kunden mit älteren Verträgen, deren Darlehenszinsen nicht mehr dem heutigen Marktniveau entsprechen, attraktive Finanzierungen möglich machen“.

Den Ausgleich brachte das weiter wachsende Finanzierungsgeschäft. Die Sofortkredite legten um 13,9 % auf 731,2 Mio. Euro zu, und im ersten Halbjahr 2017 um weitere 8,8 %. Anvisiert werden dieses Jahr 755 Mio. Euro. Sehr erfreulich entwickelt haben sich die erst seit Mitte 2016 angebotenen Annuitätendarlehen, über die 73,5 Mio. Euro ausgegeben wurden. Im Gesamt Jahr sollen es 185 Mio. Euro werden.

Als eine ihrer wichtigsten Aufgaben im Zinstief sieht die LSB die Reduzierung der durchschnittlichen Einlagenverzinsung, wozu neue, niedriger verzinsten Tarife, aber auch Anpassungsmaßnahmen in den Ver-

tragsbeständen wie Umstiege, Auszahlungsangebote und Vertragsauflösungen (Vertragskündigungen) beitragen. Auf diese Weise konnte der Zinsaufwand für die Einlagenverzinsung im Berichtsjahr um mehr als 22 Mio. Euro auf 180,4 Mio. Euro gesenkt werden. Ende Dezember 2016 betrug die durchschnittliche Einlagenverzinsung nur noch 1,54 %. Das sind 21 Basispunkte weniger als ein Jahr zuvor. Diese Entwicklung werde im laufenden Jahr weiter gehen.

Auch der Verwaltungsaufwand konnte um 15 % auf 96,3 (2016: 112,7) Mio. Euro gesenkt werden. „Wir haben unter jeden Stein geschaut“, erläuterte Wihnier. Gekürzt wurde an der Werbung, an der Unterstützung des Außenstandes, an Veranstaltungen oder auch am Gebäudemanagement. Man habe sich konsequent auf Kerngeschäft fokussiert, u.a. auf Vertrieb, Kundenservice und effizientere Geschäftsprozesse.

Gespart wurde auch im Personalbereich durch den Abbau von 15 % der Mitarbeiter durch Teilzeitangebote und Fluktuationsnutzung. Reduziert wurde die Belegschaft um (umgerechnet) 60 Vollzeitmitarbeiter auf jetzt noch etwa 600 Vollzeitmitarbeiter.

Betriebsergebnis

All diese Maßnahmen führten zu einem Betriebsergebnis vor Risikoversorge von immerhin 36,3 (Vorjahr: 7,6) Mio. Euro. Dazu trugen neben den genannten Spamaßnahmen (negativ) ein Zinsergebnis von 151,6 (166,9) Mio. Euro und ein Provisionsergebnis von 17,0 (29,8) Mio. Euro bei, positiv aber vor allen Dingen mit etwa 30 Mio. Euro die gesetzliche Änderung des Abzinsungszeitraums für Pensionsrückstellungen. Die Verlängerung von sieben auf zehn Jahre führe zu einer deutlichen Entlastung, die sich allerdings bei der angenommenen Zinsentwicklung in den Folgejahren wieder neutralisieren werde. Deshalb hat die LBS eine Vorsorgereserve von 17,4 Mio. Euro gebildet. Nach Zahlung der Steuern verbleibt ein Jahresüberschuss von 0.

Kleiner Aufwärtstrend bei Zinsen

Bei der Bausparkasse denkt man auch an die Zeit, wenn die Zinsen mal wieder steigen werden. „Wenn nämlich die Zinswende kommt, ist jeder, der heute einen Bausparvertrag abschließt, auf der sicheren Seite, denn ein Anstieg der Zinsen kann erhebliche Auswirkungen auf Baufinanzierungen haben“, weiß Straubinger. Derzeit zeigten die Zinsen einen Aufwärtstrend, wenn auch noch auf niedrigem Niveau. Die Zinssicherung, neben der ausreichenden Eigenkapitalbildung die zweite Voraussetzung für eine nachhaltige Finanzierungskultur, trage wesentlich dazu bei, eine gefährliche Immobilienblase verhindern. Die Bausparkassen trügen maßgeblich dazu bei, dass Immobilienfinanzierungen in Deutschland insgesamt auf einem stabilen Fundament stehen und dramatische Fehlentwicklungen wie am Ende der Nuller-Jahre in den USA oder in Spanien nicht vorstellbar sind. Die Bayern-LBS verfügt über eine extrem niedrige Kreditverlustquote. Die Brutto-kreditverlustquote lag 2016 im Verhältnis zum gesamten Kreditbestand bei unverändert 0,04 %. Wer so viel Erfolg hat, kann

dem Lob nicht entgehen. Nach Feststellung der Zeitschrift „Finanztest“ zählen die Produkte der LBS Bayern zu den attraktivsten am Markt. Mit seinen Kombikrediten gehört das Münchner Institut zu den günstigsten Anbietern bundesweit. Kombikredite verknüpfen einen Bausparvertrag und ein tilgungsfreies Darlehen, mit dem die spätere Auszahlung aus dem Bausparvertrag vorfinanziert wird. Diese Konstruktion sichert die heutigen äußerst niedrigen Zinsen bis zum Ende der Gesamtlaufzeit einer Finanzierung.

Prognose für 2017

Im laufenden Jahr geht man davon aus, dass die Finanzierung über Einmalzahlungen um 15 % gesteigert werden und das Volumen der Bauspardarlehen einigermaßen gehalten werden kann. Da man die Einlagenverzinsung weiter reduzieren will, mit einer leicht höheren Kreditverzinsung rechnet und – wie übrigens schon 2016 – den Zinsertrag eines Spezialfonds von jeweils etwa 10 Mio. Euro nicht abziehen, sondern quasi thesaurieren will, erwartet die Bayern-LBS ein Betriebsergebnis vor Risikoversorge von etwa 30 Mio. Euro und einen Jahresüberschuss von 8 Mio. Euro – trotz der EZB-Nullzinspolitik, die der Bayern-LBS die geringsten Zinsen für Bauspardarlehen in ihrer 85-jährigen Unternehmensgeschichte beschwert hat.

Sehr unzufrieden ist man bei der LBS mit der staatlichen Förderung des Wohnungsbaus und der Eigenheimförderung. Der Staat sollte nicht nur, so Wihnier, mit strengen regulatorischen Auflagen gegen die Folgen der Finanz- und Staatsschuldenkrise vorgehen, er sollte auch für die Verbraucher einen Ausgleich schaffen, deren Sparzinsen durch die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) praktisch abgeschafft wurden. Der Staat, der sich dadurch Milliarden an Schuldzinsen spare, müsse in diesem Umfeld mehr für die Eigenkapitalbildung seiner Bürger tun.

Einkommensgrenze bei Wohnungsbauprämie anheben

Doch das Gegenteil sei der Fall. Wirkungsvolle Förderinstrumente wie die Wohnungsbauprämie seien seit Jahrzehnten nicht an die Entwicklung von Preisen und Einkommen angepasst worden. Viele Durchschnittsverdiener, also die Zielgruppe der Prämie, seien aus der Förderung herausgewachsen. „Deshalb halten wir es für dringend erforderlich, die Einkommensgrenze bei der Wohnungsbauprämie auf mindestens 30.000 Euro für Alleinstehende und 60.000 Euro für Verheiratete anzuheben und die maximal geförderte Sparleistung auf 1.000 bzw. 2.000 Euro zu erhöhen, bei einem einheitlichen Fördersatz von 10 %. Analog sollten die Förderbedingungen für die Arbeitnehmer-Sparzulage angepasst werden“, forderte der LBS-Chef.

Eine kleine Verbesserung gebe es jetzt bei der Altersvorsorge-Förderung, denn die Riester-Grundzulage steigt von 2018 an von 154 auf 175 Euro. Davon profitiere auch Wohn-Riester. Angesichts der niedrigen Kapitalmarktzinsen sei jedoch vor allem eine Senkung oder Abschaffung des Rechnungszinses von 2 % beim Wohnförderkonto nötig, das zur Ermittlung der nachgelagerten Besteuerung im Ruhestand die geförderten Spar- und Tilgungsbeiträge erfasst. Die damit verbundene erhebliche Vereinfachung würde, so Wihnier, eine deutliche Kostensenkung für Wohn-Riester-Kunden bedeuten und einen der ganz großen Kritikpunkte an der Riester-Rente entkräften. **dhg.**

Wohnungspolitische Schwerpunkte zur Bundestagswahl

GZ-Interview mit Dr. Franz Wihnier, Vorstandsvorsitzender der LBS Bayern

GZ: Die Wohnungspolitik zählt zu den zentralen Themen im Bundestagswahlkampf. Welche Rolle spielt dabei Wohneigentum?

Wihnier: Die Förderung der Wohneigentumsbildung hat in den Wahlprogrammen der beiden Volksparteien einen hohen Stellenwert. Das ist erfreulich, denn wir brauchen hier neue Impulse. Wir wissen aus Studien, dass ein Großteil der Mieter lieber in einem eigenen Haus oder einer eigenen Wohnung leben würde. Darüber hinaus hat Wohneigentum eine sehr wichtige gesellschaftliche Funktion: Es stabilisiert die Altersvorsor-

quote seit vielen Jahren bei etwa 45 Prozent herumdümpelt.

GZ: Ein Förderinstrument gibt es schon seit Jahrzehnten: die Wohnungsbauprämie. Kann dieser kleine Sparbonus heute noch etwas bewirken?

Wihnier: Die Wohnungsbauprämie ist grundsätzlich hoch-effizient, weil sie Menschen frühzeitig zum Sparen für Wohneigentum motiviert. Das ist gerade heute von eminenter Bedeutung, weil es auf Sparanlagen kaum noch Zinsen gibt, während die Mieten weiter steigen. Da ist es fatal, dass die Förderbedingungen für die Wohnungsbauprämie seit über 20 Jahren nicht mehr an die Entwicklung von Preisen und Einkommen angepasst wurden. Die Folge: Viele Bürger sind aus der Förderung herausgewachsen, teilweise haben nicht einmal mehr Berufsanfänger einen Anspruch. Die vielerorts stark gestiegenen Immobilienpreise und strenge gesetzliche Anforderungen an die Kreditvergabe erhöhen jedoch die Bedeutung eines frühzeitigen Eigenkapitalaufbaus.

Deshalb halten wir es für dringend erforderlich, die Einkommensgrenze bei der Wohnungsbauprämie auf mindestens 30.000 Euro für Alleinstehende und 60.000 Euro für Verheiratete anzuheben und die maximal geförderte Sparleistung auf 1.000 beziehungsweise 2.000 Euro zu erhöhen, bei einem einheitlichen Fördersatz von 10 Prozent. Analog sollten die Förderbedingungen für die Arbeitnehmer-Sparzulage angepasst werden.

GZ: Es gibt auch noch die Wohnriester-Förderung. Was kann sie beitragen?

Wihnier: Wohnriester ist sehr wirksam. Bei einer Immobilienfinanzierung ermöglicht Riester-Bausparen Vorteile von mehreren zehntausend Euro. Es ist erfreulich, dass die Grundzulage bei der Riester-Förderung ab 2018 von 154 auf 175 Euro ansteigt. Damit wird auch Wohnriester noch attraktiver. Angesichts der niedrigen Kapitalmarktzinsen ist jedoch vor allem eine Senkung oder Abschaffung des Rechnungszinses von zwei Prozent beim Wohnförderkonto nötig, das zur Ermittlung der nachgelagerten Besteuerung im Ruhestand die geförderten Spar- und Tilgungsbeiträge erfasst. Die damit verbundene erhebliche Vereinfachung würde eine deutliche Kostensenkung für Wohnriester-Kunden bedeuten und einen Kritikpunkt an der Riester-Rente entkräften.

GZ: Sie haben auch immer wieder staatliche Impulse für die energetische Sanierung des Wohnungsbestandes angemahnt. Bislang wird hier vor allem auf KfW-Programme gesetzt. Reicht das?

Wihnier: Definitiv: Nein! Bei den derzeit niedrigen Energiekosten sind die bestehenden staatlichen Anreize zu gering. Neben den KfW-Förderprogrammen muss es auch steuerliche Anreize geben. Rund zwei Drittel der Selbstnutzer und der privaten Vermieter stehen heute noch im Arbeitsleben. Für sie sind verbesserte steuerliche Rahmenbedingungen ein starkes Sanierungsmotiv. Die Energiewende in Deutschland ist nur mit höheren Investitionen in den Gebäudebestand zu schaffen. Das muss der Staat viel energischer ankurbeln. **□**



Dr. Franz Wihnier.



ge. Wer eine eigene Immobilie finanziert, diszipliniert sich mehr zum Sparen und verzichtet in den Anfangsjahren auf manche Konsumausgaben, die später, wenn das Eigenheim abbezahlt ist, nachgeholt werden können. Im Alter profitieren Eigentümer von der ersparten Miete. Das bringt Monat für Monat eine starke Entlastung.

GZ: Kann man denn mit mehr Wohneigentum der Wohnungs-

knappheit in vielen Städten begegnen?

Wihnier: Bei jedem neuen Eigenheim entstehen Sockereffekte, die auch die Situation von Mietern verbessern. Denn wer in ein Eigenheim zieht, kommt meist aus einer kleineren gemieteten Wohnung. Diese wird frei für jüngere Haushalte mit niedrigeren Einkommen, die wiederum eine kleinere Wohnung zum Beispiel für Singles und Berufs-einsteiger frei machen. Eine Studie des Forschungsinstituts Empirica hat ergeben: Ein neues Eigenheim verbessert die Wohnsituation von mehr als drei Haushalten.

GZ: Was sollte denn der Staat tun, um die Eigentumsquote spürbar zu erhöhen?

Wihnier: Nach der Bundestagswahl sollte die künftige Regierung das Ziel ausgeben, die Wohneigentumsquote in Deutschland bis 2030 auf über 60 Prozent zu bringen. So viele Mieter wie möglich zu Wohneigentümern machen – das wäre ein lohnenswertes politisches Projekt. Mit spürbaren Verbesserungen der Sparförderung, mit kräftigen Eigenkapitalhilfen und Entlastungen beim Erwerb von Wohneigentum hätte der Staat wirksame Hebel. Die öffentlichen Besitzer größerer Wohnungsbestände sollten systematisch dazu gebracht werden, Wohnungen an ihre Mieter zu verkaufen. Dann könnten wir einen Quantensprung schaffen, nachdem die Wohneigentums-

Förderer des Sparkassen-Verbundes

Früherer LBS-Geschäftsleiter Gerhard Dittler feierte 80. Geburtstag

Gerhard Dittler, ehemaliger Sprecher der Geschäftsleitung der LBS Bayern, feierte im Juni seinen 80. Geburtstag. „Sein großes Engagement über einen Zeitraum von 25 Jahren in der Geschäftsleitung der Bayerischen Landesbausparkasse war stets auf die Förderung des Sparkassen-Verbundes ausgerichtet“, betonte Dr. Franz Wihnier, Sprecher der Geschäftsleitung 5 der LBS Bayern.

„Das Unternehmen hat in dieser Zeit eine überaus erfolgreiche Entwicklung genommen. Während der Bausparsummenbestand 1985 noch bei 21,6 Milliarden Euro lag, hatte er sich bis Jahresende 1999 nahezu verdoppelt auf 41 Milliarden Euro. Die Zahl der LBS-Kunden stieg in dieser Zeit von 900.000 auf mehr 10 als 1,4 Millionen.“

Große Verdienste

Gerhard Dittler hat sich von 1974 an als Mitglied der Geschäftsleitung und von 1985 bis 1999 als deren Sprecher große Verdienste um die LBS Bayern und die Sparkassen-Finanzgruppe erworben, was mit der Verleihung der Bayerischen Sparkassenmedaille in Gold gewürdigt wurde. Unter anderem setzte er sich für die Beibehaltung des Regionalprinzips ein und wirkte so dabei mit, dass 1990 die LBS Ost in den Strukturen des sparkassentypischen Regionalprinzips gegründet wurde. 2002 wurde ihm das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. **□**



„Kultur und Gesundheit sind die Markenzeichen unserer Region“, betont Passaus Landrat Franz Meyer. „Wir sind stolz auf unsere Bäder und dass wir sie in einem sehr guten Zustand halten können.“ Genau das passiert gerade in der Wohlfühl-Therme in Bad Griesbach, wo seit Anfang März der 9,4 Mio. Euro teure Umbau läuft. Meyer hat sich nun vor Ort bei (v. l.) Bürgermeister Jürgen Fundke, Kreisrat und Zweckverbandsmitglied Hans Danner und Werkleiter Dieter Lustinger über den Baufortschritt informiert. □

Spannende Zeitfenster in die römische Geschichte

Auf dem Limeswanderweg und bei Römerfesten wird Vergangenheit lebendig

Heiß brennt die Sonne vom Himmel. Schwert trifft auf Schwert, die sonnegebräunten Gladiatoren schwitzen in der Arena – nein, nicht in Rom, sondern mitten in Bayern, im Naturpark Altmühltal. Vor rund 2000 Jahren verlief der Limes – seit 2005 UNESCO-Welterbe – quer durch die Region; im Hinterland der antiken Grenzmauer entstanden Kastelle und römische Siedlungen. Ausgrabungen und Museen, aber auch historische Feste lassen heute die Kultur der Römer wieder lebendig werden.

Geschichte erleben, Feste feiern und Natur entdecken – der Limeswanderweg im Naturpark Altmühltal verbindet dies auf 115 Kilometern entlang des Raetischen Limes. Unterwegs treffen Wanderer auf die zahlreichen Spuren der römischen Vergangenheit, die das Geschichtserlebnis in der Region so einzigartig machen: wieder freigelegte römi-

freigelegte römische Wehranlage in Bayern einen spannenden Akzent: „Zeitfenster“ lassen hier das römische Lager vor den Augen der Betrachter mit Hilfe von Informationen und Geräuscheffekten wieder auferstehen. Antike Musik und Kulinarik, Handwerksvorführungen, Gladiatorenkämpfe und Mitmachaktionen für Kinder stehen bei den Römer-



Der Erkertshofener Limesturm ist der einzige Nachbau eines steinernen Wachturms in Deutschland. □

sche Thermen, rekonstruierte Wachtürme und teilweise wieder aufgebaute Limeskastelle, wie das teilrekonstruierte Kastell Sablonetum in Ellingen oder die Grundmauern des Kleinkastells Burgus in Burgsalach. Eine erlebnisreiche Station ist die einzige Rekonstruktion eines steinernen Limeswachturms in Bayern am Rande von Erkertshofen bei Titting. In Kipfenberg geht es hinauf zum Römer und Bajuwaren Museum auf der Burg Kipfenberg, wo auch der Infopoint Limes auf wissensdurstige Besucher wartet. In voller Militärmontur marschieren die Römer beim großen Festumzug des Limesfests in Kipfenberg (13. August 2017) auf.

Durch schattige Wälder und das malerische Schambachtal verläuft der Weg, den Spuren der alten Grenzmauer folgend, weiter Richtung Donau, die zu römischer Zeit als „nasser Limes“ die Fortsetzung der Grenzbefestigung bildete. Bevor der Limeswanderweg am Römischen Museum für Kur- und Badewesen in Bad Gögging endet, setzt nach der Überquerung des Flusses das Kastell Abusina als einzige in ihrem Mauerbestand vollständig

tagen (11.-13. August 2017) in Eining unter dem Motto „Salve Abusina“ auf dem Programm. Tipp für Radwanderer: Fast parallel zum Limeswanderweg verläuft der Limes-Radweg – er beginnt ebenfalls in Gunzenhausen, endet aber in Kelheim.

Vereine oder Familien treten im Naturpark Altmühltal sogar in die Fußstapfen der antiken Besatzer und werden zu „Römern auf Zeit“: Gelegenheit zur Zeitreise ins 3. Jahrhundert nach Christus bietet das „Historische Römerlager“. Die Teilnehmer wohnen im originalgetreuen Zeltlager, kochen nach Rezepten der Antike und üben sich in den damaligen Handwerkstechniken (buchbar für Gruppen). Noch ein Anziehungspunkt für Römerfans im Naturpark Altmühltal ist Weißenburg mit dem rekonstruierten Nordtor des Kastells „Biriciana“ und der römischen Thermenanlage. Dort wurde im Frühjahr diesen Jahres das RömerMuseum nach umfangreichen Umbaumaßnahmen und einer Neukonzeption wiedereröffnet. Neben dem berühmten Weißenburger Römerschatz wird in der Ausstellung das Leben am Limes näher gebracht. □

Mammutprojekt von überregionaler Bedeutung:

Spatenstich für Ganzjahresbad Neumarkt

Während finanzielle Engpässe inzwischen zahlreiche Kommunen veranlassen, ihre Schwimmbäder zu schließen, entsteht in Neumarkt i.d.OPf. für rund 40 Millionen Euro ein Ganzjahresbad mit über 1.100 Quadratmeter Wasserfläche, diversen Becken, Wasserrutsche und einer Saunalandschaft. Gemeinsam mit Regierungsvizepräsident Walter Jonas, Landrat Willibald Gailler, Architekt Norbert Diezinger, Stadtwerke-Leiter Dominique Kinzkofer und Projektleiter Peter Stemmer setzte Oberbürgermeister Thomas Thumann kürzlich den symbolischen Spatenstich für dieses „wohl größte Bauprojekt in der Geschichte der Stadt Neumarkt“.

Das neue Ganzjahresbad umfasst neben einem 25-Meter-Sportbecken mit acht Bahnen, Kursbecken, Erlebnisbecken, einem Kinderbeckenbereich mit verschiedenen Attraktionen und einem Solebecken auch eine vielseitige Saunalandschaft mit sechs verschiedenen Saunangeboten sowie den dazu gehörigen Saunabecken und entsprechenden Ruheräumen. Außerdem wird eine Gastronomie für Sauna- und Badegäste eingerichtet.

Bezahlbare Preise

Die Fertigstellung des ersten Bauabschnitts mit den Becken und dem Saunabereich ist für Ende 2019 vorgesehen. Im Anschluss erfolgt der Abriss des noch bestehenden Hallenbades des Landkreises, um an dieser Stelle den Anbau für die Wasserrutsche zu errichten. Der zweite Bauabschnitt soll Anfang 2021 fertiggestellt sein. Bauherr ist die Stadt Neumarkt, die Umsetzung des Ganzjahresbades erfolgt über die Stadtwerke Neumarkt, die das Bad künftig auch gemeinsam mit dem Freibad betreiben wird. Schließlich wolle man ein regionales Bad mit bezahlbaren Eintrittspreisen schaffen, erläuterte OB Thumann.

Er zeigte sich zuversichtlich, „weil ich sehe, dass das Ganz-

jahresbad von einer breiten Mehrheit der Politik und der Bevölkerung mitgetragen wird“. Das neue Bad werde auch überregional seine Wirkung entfalten: „Wir, die Verantwortlichen, die Bürgerinnen und Bürger und die Bewohner in Stadt und Landkreis, dürfen uns auf ein attraktives und schönes Bad freuen, das viel Abwechslung bieten wird und auch mit einer Vielzahl von Angeboten aufwarten kann.“

Positive Ausstrahlung

Landrat Willibald Gailler sprach von einem „sehr guten Tag für Neumarkt“. Das Ganzjahresbad werde auch auf den Landkreis eine sehr positive Ausstrahlung haben. Ausdrücklich lobte er die Zusammenarbeit zwischen Stadt, Landkreis und Stadtwerken.

Höhere Standortqualität

Regierungsvizepräsident Walter Jonas gratulierte Neumarkt zum Neubau: „Das Bad steht Stadt und Landkreis gut zu Gesicht, weil es die Standortqualität erhöht.“ Jonas wünschte der Stadt viel Erfolg bei der Umsetzung dieser Maßnahme. Die Regierung habe diese gerne gefördert, weil hier auch für den Schulsport eine Anlage entsteht. 2,6 Millionen Euro steuert die Regierung bei. **DK**

Bayerns Tourismus legt weiter zu

Nach den im Bayerischen Landesamt für Statistik vorliegenden, vorläufigen Ergebnissen zur Monaterhebung im Tourismus stieg die Zahl der Gästeankünfte in Bayern im ersten Halbjahr 2017 gegenüber dem Vorjahr um 4,1 Prozent auf 16,6 Millionen, die Zahl der Übernachtungen nahm um 2,0 Prozent auf 41,6 Millionen zu. – Im Juni 2017 wuchs die Zahl der Gästeankünfte der 12.000 geöffneten Beherbergungsbetriebe gegenüber dem Vorjahresmonat um 9,9 Prozent auf 3,6 Millionen, die Zahl der Übernachtungen erhöhte sich um 12,4 Prozent auf 9,1 Millionen.

Im Inländerreiseverkehr wuchs die Zahl der Gästeankünfte um 3,5 Prozent (Übernachtungen: +1,8 Prozent), im Ausländerreiseverkehr erhöhte sich die Zahl der Gästeankünfte um 5,8 Prozent (Übernachtungen: +2,7 Prozent).

Von wenigen Ausnahmen abgesehen stieg die Zahl der Gästeankünfte und Übernachtungen aller Betriebsarten. Die Zahl der Gästeankünfte der Campingplätze erhöhte sich in den ersten sechs Monaten 2017 um 21,7 Prozent (Übernachtungen: +20,1 Prozent). Deutliche Zunahmen verzeichneten auch die Ferienzentren, Ferienhäuser und Ferienwohnungen (Gästeankünfte: +12,9 Prozent; Übernachtungen: +5,7 Prozent).

Mehr Gästeankünfte

Die Zahl der Gästeankünfte stieg im ersten Halbjahr 2017 in allen sieben bayerischen Regierungsbezirken. Die Zahl der Übernachtungen nahm in Schwaben, Oberfranken, Oberbayern, Unterfranken, der Oberpfalz und Mittelfranken ebenfalls zu. In Niederbayern blieb sie konstant.

Im Juni 2017 stieg die Zahl der Gästeankünfte der gut 12.000 geöffneten Beherbergungsbetriebe in Bayern gegenüber dem Vorjah-

resmonat um 9,9 Prozent auf rund 3,6 Millionen, die Zahl der Übernachtungen wuchs um 12,4 Prozent auf gut 9,1 Millionen. □



Geringe Wartungskosten und lange Haltbarkeit sind überzeugende Vorteile der LED. □

Hörmann Kommunikation & Netze GmbH:

LED für den Sport

Die Beleuchtungsumstellung von Sporthallen und Flutlichtanlagen auf LED ist in Gemeinden und Städten ein aktuelles Thema. Das in Kirchseon bei München beheimatete Unternehmen Hörmann Kommunikation & Netze GmbH hat bereits zahlreiche Sportstätten umgerüstet und berät herstellerunabhängig.

Die Helligkeit auf Fußballplätzen muss laut DIN im Mittel 75 Lux betragen, bei höherklassigen Vereinen sogar 200 Lux. Johannes Antoni, Geschäftsführer der Hörmann KN GmbH, berichtet über seine Erfahrungen: „Unsere Messungen auf den Fußballplätzen ergeben fast immer ein zu schwaches und vor allem sehr ungleichmäßiges Licht. Viele Vereine haben noch HQL oder HOI Leuchten, die über 70 % mehr Strom verbrauchen als LED-Fluter. Die geringen Wartungskosten und die lange Haltbarkeit sind weitere große Vorteile der LED und müssen unbedingt in jede Amortisationsrechnung mit einfließen.“ Grundsätzlich wird die Qualität des Lichts auf dem Spielfeld durch die Position und die Höhe der Masten, die Bodenbeschaffenheit (Qualität des Rasens) und den Lichteinfluss durch außen (externe Lichtquellen wie Anwohner, Straßenbeleuchtung, Vereinsheim) beeinflusst. „Man muss also schon etwas genauer hinsehen, will man die beste Lichtlösung finden“, betont Antoni.

Alles aus einer Hand

Das Unternehmen bietet von der Beratung über die Montage bis zur Inbetriebnahme alles aus einer Hand an. Bei Bedarf werden auch Tiefbauarbeiten wie Kabelzug, Maststellen, Blitzschutz usw. ausgeführt.

Eine Sporthallenbeleuchtung mit LED ist auf die multifunktionale Nutzung der Halle aus-

gelegt und gewährleistet gute Sehverhältnisse für Sportler und Zuschauer. Einige LED-Hersteller bieten zudem eine tageslichtabhängige Steuerung an, welche die Energiekosten zusätzlich senkt.

Gängig sind neben der Ballwurfsicherheit der Einbau von Präsenzmeldern und eine Steuerung, die es ermöglicht, nur Teilbereiche der Sporthalle zu beleuchten.

Weitere Sportanlagen

Doch nicht nur Fußballplätze werden umgerüstet. Die Hörmann KN GmbH realisiert gerade in der Gemeinde Putzbrunn ein Projekt, bei dem neben den drei Fußballplätzen zwei Tennisplätze und ein Stockschießenplatz mit neuer LED-Beleuchtung versehen werden. Für das Beachvolleyballfeld werden zudem zwei neue Masten gestellt und erdkabelt.

Details zu diesem und weiteren Projekten des Unternehmens finden sich unter www.led-beleuchtungsloesung.de.

Staatliche Förderung

Sowohl in der Außenbeleuchtung als auch für die Sporthallen gibt es Förderprogramme. Die Hörmann KN GmbH unterstützt bei der Antragstellung auf staatliche Investitionszuschüsse und beim Landessportverband.

Das aktuelle Förderantragfenster ist noch bis zum 30.09.2017 geöffnet - das nächste vom 01.01.2018 bis zum 31.03.2018. □

Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung

Wandern und Radfahren mit amtlichen Karten

Neue topographische Karten für Bayern

- Amtliche Topographische Karten 1:25 000
- Umgebungskarten 1:50 000
- Amtliche Topographische Karten 1:100 000

Zur Kartenübersicht
→ www.geodaten.bayern.de
Karten im Buchhandel und online erhältlich.

Ab Januar 2018:

Was sich im Baurecht ändert

Nach einer Überarbeitung hat der Entwurf zur Reform des Bauvertragsrechts im März dieses Jahres den Bundestag passiert. Das Gesetz tritt zum 1. Januar 2018 in Kraft. Hier noch einmal die wesentlichen Änderungen im Überblick.

Die Baubranche ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige Deutschlands. Erstaunlich also, dass das Bauvertragsrecht im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) nur rudimentär geregelt wird. Es ist sehr allgemein gehalten und entspricht absolut nicht den Anforderungen komplexer, auf lange Erfüllungszeit angelegter Bauvorhaben. Wesentliche Abläufe und Verfahren sind im BGB nicht geregelt. Es fehlen klare gesetzliche Vorgaben, beispielsweise für Architekten- und Ingenieurverträge, sowie speziell auf Verbraucherverträge angepasste Regelungen. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, gibt es die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/B) als besonderes Regelwerk für Bau-

verträge. Doch in Verbindung mit der mittlerweile mannigfachen und kaum noch zu überblickenden Rechtsprechung hat sich das Bauvertragsrecht zu einer äußerst komplexen und vielschichtigen Spezialmaterie entwickelt.

Ziel der Reform des Baurechts ist darum, wichtige Vorschriften aus der VOB/B in das BGB zu übernehmen, wesentliche im Bauvertragsrecht bislang nicht vorhandene Regelungen neu aufzunehmen und im Licht des Verbraucherschutzes die bisherigen und neuen Paragraphen speziell auf Verbraucher anzupassen. Die Gesetzesänderungen betreffen also sowohl die allgemeinen Vorschriften als auch die jeweiligen Vertragstypen. Nun hat der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz den ur-

sprünglichen Entwurf in einigen wesentlichen Punkten überarbeitet und wichtige zu beachtende Änderungen und Ergänzungen vorgeschlagen, die ohne Abweichungen durch den Bundestag beschlossen wurden.

Das neue Gesetz enthält eine Vielzahl von Neuregelungen und Änderungen, die von Verbrauchern, Bauunternehmen, Bauträgern, Architekten und Ingenieuren ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens im Januar 2018 beachtet werden müssen.

Fiktive Abnahme

Die neue Regelung in Paragraph 640 Absatz 2 des BGBs wird sprachlich noch einmal verändert. Die Formulierung „unter Angabe von Mängeln“ wird durch „unter Angabe mindestens eines Mangels“ ersetzt. Hierdurch sollen in der Praxis Streitigkeiten über die Zahl der innerhalb der Frist gerügten Mängel vermieden werden. Die Befürchtung war, dass durch die Formulierung Streit über die Abnahmewirkungen entstehen kann, falls sich der Mangelvorbehalt nur auf einen einzigen Mangel bezieht. Rechtlich interessant bleibt weiterhin, ob die Beweislastumkehr eintritt und wann die Verjährung beginnt, wenn die Abnahme wegen eines Mangels verweigert wird, der erkennbar unwesentlich ist oder der nicht vorliegt, dafür aber ein neu aufgetretener anderer Mangel vorliegt.

Kaufrechtliche Mängelhaftung

Grundlegende Änderungen wird es bei den Mängelrechten in sogenannten Leistungsketten geben, einem insbesondere für Handwerker wichtigen Aspekt. Kauft ein Handwerker Material und verbaut dieses bei dem Auftraggeber, entstehen vor allem dann rechtliche Probleme, wenn sich später herausstellt, dass die eingebauten Materialien mangelhaft sind. Abgesehen davon, dass die Kosten für das neue, mangelfreie Material übernommen werden müssen, entsteht oft auch Streit über die zusätzlichen Kosten für den Aus- und Einbau. Bisher kann der Handwerker gegenüber dem Verkäufer Ein- und Ausbaukosten bei der Lieferung einer mangelhaften Sache nur als verschuldensabhängigen Schadenersatzanspruch geltend machen. Das ist ein erheblicher Nachteil für die Handwerker, denn sie schulden im Zug der werkvertraglichen Nacherfüllung den Ausbau und den Einbau des mangelfreien Materials. Der Verkäufer schuldet gegenüber dem Handwerker in der Regel nur die Lieferung einer neuen Kaufsache. Diese zusätzlichen Kosten für den Ein- und Ausbau, auf denen der Handwerker meistens sitzen bleibt, könne immens hoch sein.

Nach der Neuregelung soll der Anspruch des Handwerkers auf Nacherfüllung auch den Ausbau der gekauften mangelhaften und den Einbau der neu zu liefernden Sache umfassen, wenn der Werkunternehmer die gekaufte Sache entsprechend ihrem Verwendungszweck in eine andere Sache eingebaut hat. Der Bundestag hat sich aufgrund der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz sogar noch auf eine Erweiterung dieser Regelung verständigt.

Entscheidend ist, dass der Verkäufer der mangelhaften Sache Ersatz für die Aus- und Einbaukosten auch dann zu leisten hat, wenn das schadhafte Produkt an eine andere Sache angebracht (nicht eingebaut) worden ist. Verwendet ein Maler also beispiels-

weise mangelhafte Farbe, kann er die Kosten der Neulackierung vom Verkäufer zurückverlangen.

Entschärfung des Anordnungsrechts

Dem Besteller/Bauherr steht künftig das Recht zu, dem Unternehmer gegenüber Änderungen unter gewissen Voraussetzungen in Textform anzuordnen. Das Recht des Bestellers, eine solche Änderung anzuordnen, besteht allerdings nach erneuter Gesetzesänderung erst dann, wenn die Parteien nicht binnen 30 Tagen nach Zugang des Änderungsbegehrens eine Einigung erzielen. Während der Auftragnehmer nach VOB/B grundsätzlich verpflichtet ist, Änderungen des Bauentwurfs auszuführen, enthält der Gesetzesentwurf nun eine bislang nicht vorhandene Zumutbarkeitsschwelle. Der Unternehmer ist demnach nur verpflichtet, die Anordnung auszuführen, wenn ihm dies zumutbar ist. Ist dies nicht der Fall, kann er die Ausführung verweigern.

Der Gesetzesentwurf sah zunächst vor, dass das Anordnungsrecht in jedem Fall besteht. Die Einschränkung kommt wiederum den Unternehmen und Handwerkern zugute, die es im Grunde innerhalb der 30-Tages-Frist selbst in der Hand haben, eine Anordnung durch ein entsprechendes Entgegenkommen zu vermeiden.

Einstweiliger Rechtschutz

Das neue Gesetz sieht bei Differenzen über die Anordnung von Leistungsänderungen oder über das Zumutbarkeitskriterium die erleichterte Möglichkeit einer einstweiligen Verfügung vor, um gegebenenfalls Streitigkeiten schneller beilegen zu können. Die besondere Eilbedürftigkeit sollte bisher dann nicht glaubhaft gemacht werden, wenn zuvor ein Einigungsversuch unter Einbeziehung eines Sachverständigen stattgefunden hat. Auf Vorschlag des Rechtsausschusses entfällt diese Regelung teilweise nun wieder. Die vorherige Einbeziehung soll nun doch nicht erforderlich sein. Das stellt in jedem Fall eine Erleichterung für den Erlass einer einstweiligen Verfügung dar, denn die Beiziehung und das Einschalten eines Sachverständigen bedeuten zum einen eine unter Umständen erhebliche Verzögerung und zum anderen weiteres Streit- und Konfliktpotenzial. Nach Auffassung des Ausschusses ist der vor der Anordnung vorgesehene Einigungsversuch ausreichend. Tatsächlich erscheint diese Erleichterung durchaus sinnvoll. Einstweiliger Rechtschutz soll schnell und effektiv sein. Durch eine erneute Beiziehung eines Sachverständigen kann sich dies in die Länge ziehen, zumal die bisherige Regelung auch keinen zeitlichen Rahmen für diese Einigung vorsah.

Landgerichte führen Baukammern ein

Durch die übernommenen Änderungsvorschläge des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz sollen wesentlich die Rechte der Handwerker und Verbraucher gestärkt werden. Die Bundestagsfraktionen haben sich am 15. Februar 2017 zusätzlich darauf geeinigt, dass spezielle Baukammern an den Landgerichten eingeführt werden. Dies wird von der Baupraxis und den auf diesem Gebiet tätigen Rechtsanwälten bereits seit Langem gefordert. Denn Baustreitigkeiten sind umfangreich und erfordern auch von Richtern ein gewisses Spezialwissen.

Der Autor Florian Becker (38) ist seit 2013 Sozius der Kanzlei Behm Pudack Becker Rechtsanwälte in Berlin.

Quelle: Newsletter „Die Immobilien“



Blick auf die derzeit überströmten vier Wehrfelder des Donaukraftwerks Regensburg, das wegen der Modernisierung der 20.000-Volt-Schaltanlage derzeit abgeschaltet ist.

Foto: Jan Kiver, Rhein-Main-Donau AG

Laufwasserkraftwerk Regensburg an der Donau:

20.000-Volt-Schaltanlage komplett erneuert

Schon seit einiger Zeit hören Spaziergänger beim Donaukraftwerk ein vernehmbares Rauschen. Die Donau fließt, für die aktuelle Wasserführung unüblich, statt durch die zwei Kraftwerksturbinen und die zusätzliche Triebwerksturbine über die vier Wehrfelder der Wehranlage des Kraftwerks Regensburg. Die Erzeugung von sauberem regenerativen Wasserkraftstrom muss bis Mitte August pausieren.

Hintergrund des Wehrüberlaufs – so der Fachbegriff – ist der Umbau der 1976 errichteten 20.000-Volt-Schaltanlage. Über sie wird der im Kraftwerk erzeugte Wasserkraftstrom in das 20.000-Volt-Mittelspannungsnetz von REWAG und Bayernwerk, das in weiten Teilen Bayerns das Stromnetz von der 220-/380-Volt-Nieder- bis zur 110.000-Volt-Hochspannungsebene betreibt, eingespeist. Aus Sicherheitsgründen muss bei Wehrüberlauf auch die Bootgasse gesperrt bleiben.

REWAG, Bayernwerk, Uniper und Rhein-Main-Donau AG bitten alle Wassersportler um Verständnis, dass die Bootgasse während der Bauarbeiten nicht benutzt werden kann. Boots- und Kanufahrer können die Bootgasse nach Abschluss der Bauarbeiten wieder uneingeschränkt weiter benutzen. Fachleute der ELA-TEC POWER DISTRIBUTION GmbH sowie der Uniper Anlagenservice GmbH und der Uni-

per Kraftwerke GmbH, die das Donaukraftwerk betreibt, führen die Modernisierungsarbeiten aus, die weitgehend beendet sind. Auf insgesamt zehn Schaltfeldern wurden entsprechend den gewachsenen Anforderungen an ein starkes Stromversorgungsnetz die modernen Netzkomponenten errichtet. Nach der Demontage der alten Anlagenteile wurden an deren Stelle die neuen, modernen Mittelspannungs-Schaltfelder samt Leistungsschaltern und Messwandlern montiert.

Mit der Modernisierung der Schaltanlage ist eine optimale Verfügbarkeit langfristig sichergestellt. Die bestehenden Kabelleitungen der REWAG und des Bayernwerks AG blieben von der Maßnahme unberührt. Die Nutzung der Donaubrücke für den öffentlichen Verkehr ist durch die Arbeiten nicht beeinträchtigt. Rund 350.000 Euro kostet diese umfassende Modernisierungsmaßnahme. □

Stadt München bekämpft Zweckentfremdung:

Neue Meldeplattform geht im Januar 2018 online

Zweckentfremdung von Wohnraum ist kein Kavaliärsdelikt. München macht ernst und richtet gemäß dem Auftrag von CSU und SPD eine online Meldeplattform ein. Der Sozialausschuss hat zu dem die Begleitung durch eine Informationskampagne genehmigt.

München, Berlin, Amsterdam, Barcelona, New York – all diese Großstädte beklagen die massive Zweckentfremdung ihres knappen Wohnraums und der damit verbundenen Eingrenzung des Mietmarktes. Meist werden Apartments an Touristen vermietet, in München oft speziell an sog. Medizintouristen. Wohnenden wie der Arabellapark leidenden außerdem unter dem Lärm der ständig wechselnden Mieter.

Im Amt für Wohnen und Migration kümmern sich Mitarbeitende um Meldungen von Zweckentfremdungen. Wöchentlich gehen ca. 10 bis 15 Anzeigen ein, die oftmals Ortsbesichtigungen und weitergehende Recherchen nach sich ziehen. Zusätzlich zur Meldemöglichkeit per Telefon und E-Mail wird eine Internet-Meldeplattform mit Informationen zur Thematik und einem Online-Meldeformular im Januar 2018 online gehen. Die Verwaltung erwartet einen Anstieg von qualitativ hochwertigen Anzeigen, da die Wahrung der Anonymität zur Senkung der Anzeigehemmschwelle beiträgt.

Diese Anzeigen werden zusammen mit den seit 1972 auf

Karteikarten gesammelten Fällen in eine Datenbank übertragen. Die Mitarbeitenden im Büro und im Außendienst profitieren von der Digitalisierung, was sich auf die Schnelligkeit der Bearbeitung positiv auswirken wird.

„Wir installieren die Meldeplattform nicht, weil wir mehr Bußgeld einnehmen wollen. München braucht jede Wohnung für ihre Einwohnerschaft – Touristen finden bei uns hingegen eine hervorragende Hotelinfrastruktur vor. Unser erklärtes Ziel ist es deshalb, wirksam gegen die Zweckentfremdung vorzugehen. Dabei sind wir auf die Hilfe der Münchnerinnen und Münchner angewiesen. Wir appellieren an alle: Melden Sie uns diese Fälle!“, sagt Stadtrat Marian Offman, Sprecher der CSU-Fraktion im Sozialausschuss.

Eine crossmediale Informationskampagne mit einer wiedererkennbaren Wort-Bild-Marke soll die Öffentlichkeit sensibilisieren und auf die Meldeplattform hinweisen. Zudem findet eine Kooperation und Vernetzung mit Tourismusamt, Kliniken, Vereinen und Verbänden statt. □



Eingerahmt von den beiden Zimmerleuten zeigt unser Bild von links: OB Andreas Starke, Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks, Erzbischof Ludwig Schick und Andreas Schwarz, MdB. □

Richtfest im Kloster

Baufortschritt am Bamberger Michaelsberg

Eines der größten Gerüste, das jemals in Bamberg aufgebaut wurde, steht derzeit am Michaelsberg. Nicht nur die komplette Michaelskirche ist derzeit sowohl außen als auch innen völlig eingerüstet, sondern nahezu alle Fassaden der stadtbildprägenden Klosteranlage. Die Gesamtinstandsetzung der Klosteranlage St. Michael ist die Herausforderung der kommenden Jahre. Als Kostenvolumen werden derzeit rund 50 Mio. Euro angenommen. Im Beisein von Bundesbauministerin Dr. Barbara Hendricks und Erzbischof Ludwig Schick wurde jetzt Richtfest gefeiert.

Oberbürgermeister Andreas Starke sprach den Verantwortlichen für das Jahrhundertbauprojekt größten Respekt aus: „Nicht nur die Arbeiten am Kirchendach und den Kirchtürmen hoch über Bamberg verlangen eine große Portion Mut. Zeitgleich die Sanierung der Kirche zu starten, umfangreiche Fassadensanierungen durchzuführen und noch ein Infozentrum mit Stiftsladen in Angriff zu nehmen, verlangt den Verantwortlichen ebenfalls ein größtes Maß an Sachverstand und Beherrschung.“

Die ehemalige Klosteranlage wird im Rahmen des Bundesprogramms „Nationale Projekte des Städtebaus – Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP)“ restauriert. Sie gilt als eines der Wahrzeichen der dem UNESCO-Welterbe zugehörigen Altstadt Bamberg. Für die Pflege und den Erhalt des Gebäudeensembles ist die Bürgerstiftung Bamberg als Eigentümerin verantwortlich.

Der erste Bauabschnitt, die Instandsetzung der ca. 2800 m² umfassenden Fassadenfläche von Brauerei- und Pfortenflügel ist beinahe abgeschlossen. Neben den eigentlichen Natursteinarbeiten und der Instandsetzung von rund 240 Fenstern, standen dort notwendige Arbeiten an den Dachflächen und die partielle Erhaltung der Entwässerung an. In wenigen Tagen soll das Gerüst dort abgebaut werden. Am Kanzleiflügel, an der Neuen Abtei und an Teilen des Konventbaus haben bereits die Arbeiten des zweiten

Bauabschnitts begonnen, hierbei werden weitere 2.400 m² Natursteinfläche instandgesetzt. Mit dem dritten Bauabschnitt an den Fassaden im Innenhof des Konventbaus und im Konventgarten (rund 2.700 m²), soll bis Ende 2018 die gesamte Maßnahme fertig gestellt sein. Die dann rund 7900 m² Fassadenfläche entsprechen nahezu zwei Fußballfeldern.

Zeitgleich mit der Fassadensanierung hat die statische Instandsetzung der ehemaligen Abteikirche begonnen. Die im Herbst 2015 eingebaute Sicherungsmaßnahme, die wie ein Korsett die Mauern des Langhauses zusammenklammert, hat die geplante und erhoffte „Beruhigung“ der Rissbewegungen erwirkt. Bis Ende 2018 werden alle Bauteile eingerüstet, alle Dachtragwerke instandgesetzt sowie Fassaden, Gewölbe und Mauerwerk statisch gesichert. Zudem werden baubegleitende Natursteinarbeiten, partielle Instandsetzung der Entwässerung, restauratorische Sicherungen sowie umfassende Schutzmaßnahmen der wertvollen Ausstattung erfolgen.

Nach der Wiederherstellung eines stabilen statischen Systems der Kirche sollten in weiteren, noch zu planenden Bauabschnitten alle Fassaden, die gesamte Entwässerung, die Raumschale mit Gewölben, die Ausstattung und Orgel sowie alle Außenanlagen bearbeitet werden. Für St. Michael besteht der Wunsch, diese zum 1000-jährigen Jubiläum 2021 der Öffentlichkeit wieder zugänglich machen zu können. □

Jahrestagung Städtebauförderung in Miltenberg:

Stadt im Fluss, Land am Fluss

Reichlich Gelegenheit zum konstruktiven Austausch bot auch heuer wieder die Regierung von Unterfranken mit ihrer Jahrestagung zur Städtebauförderung. Unter dem Motto „Stadt im Fluss – Land am Fluss“ wurden in Miltenberg Chancen und Gefahren der Lage einer Kommune am Wasser thematisiert. Außerdem gingen Experten auf sich wandelnde Herausforderungen im ländlichen Raum ein.

Wie Unterfrankens Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer hervorhob, ist die Stadt Miltenberg seit 40 Jahren mit in Kürze sechs Sanierungsgebieten Partner in der Städtebauförderung. Die Stadt biete mit ihrer Altstadt ein herausragendes Stadtbild mit einer einzigartigen Grundrissstruktur, einem hohen Anteil an erhaltener historischer Bausubstanz mit einer großen Anzahl an prägenden Einzelbauwerken – „ein Stadtbild also, das es zu erhalten und weiter zu entwickeln gilt“.

Förderbeispiele

Innerhalb dieses hochwertigen Altstadtensembles konnten in verschiedenen Programmen der Städtebauförderung mit Mitteln der EU, des Bundes und des Freistaates Bayern Zuschüsse in Höhe von über 13,5 Mio. Euro bewilligt werden. Als bedeutende Fördermaßnahmen nannte Beinhofer exemplarisch die Umgestaltung der Hauptstraße mit teilweiser Umnutzung zur Fußgängerzone, die Gestaltung des Marktplatzes sowie die Neugestaltung des Engelplatzes, die Sanierung der Miltenburg zum Museum, die Sanierung der ehemaligen Amtskellerei und Erweiterung des Heimatmuseums, umfangreiche Hochwasserschutzmaßnahmen mit städtebaulichen Begleitmaßnahmen sowie aktuell die Entwicklung eines neuen Stadteingangs mit Klettermöglichkeiten im historischen Mainzer Tor, Museumsdepot und Jugendzentrum.

Deutscher Landkreistag:

Keine Änderung des Grundgesetzes für sozialen Wohnungsbau!

Der Deutsche Landkreistag hat den Vorschlag von Bundesbauministerin Barbara Hendricks für eine Grundgesetzänderung beim sozialen Wohnungsbau für die Zeit nach 2019 deutlich kritisiert. Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke sagte: „Wir sollten das Rad der Föderalismusreform nicht wieder zurückdrehen, wonach seit 2006 die Länder die alleinige Verantwortung für die soziale Wohnraumförderung tragen. Deren in letzter Zeit intensivierte Anstrengungen beim Wohnungsbau tragen erste Früchte. Das Letzte, was wir daher in einer solchen Situation brauchen, ist ein ‚Hü und Hott‘ bei den dahinter liegenden rechtlichen und politischen Strukturen, schon gar nicht in Gestalt einer Doppelverantwortlichkeit von Ländern und Bund. Sollten die Länder dauerhaft finanziell mit dieser ihrer Aufgabe überfordert sein, sieht das Grundgesetz eine Anpassung der Umsatzsteerverteilung zwischen Bund und Ländern vor.“

Unbestreitbar ist, dass es in vielen großen Städten, aber auch in wachsenden Landkreisen weiteren Wohnungsbaus bedarf. „Es ist Sache der Länder, an dieser Stelle die Entwicklung zu befördern und ihre Verantwortung kraftvoll auszufüllen. Gleichfalls ist und war es hilfreich, dass der Bund den Ländern über eine Erhöhung der Kompensationsmittel hilft, ihrer Aufgabe der sozialen Wohnraumförderung wirksamer als bisher nachzukommen. Diese Mittel waren und sind aber seit den Absprachen im Rahmen der Föderalismusreform bis 2019 befristet. Es ist somit kein Hexenwerk, dass diese einer Sondersituation geschuldeten Gelder perspektivisch auslaufen und die Länder dann ausschließlich aus eigenen Ressourcen tätig werden müssen“, verdeutlichte Henneke.

Diese klaren Strukturen dürften

Mit all diesen Sanierungsmaßnahmen gelang es, negativen Entwicklungstendenzen gegenüber zu steuern und die Attraktivität der Altstadt vom Miltenberg für Bewohner, Besucher und den Einzelhandel zu steigern, wie Bürgermeister Helmut Demel und



Gastgeber Dr. Paul Beinhofer.

Stadtbaumeister Reinhold Schöpf unter anderem im Rahmen eines Stadtrundgangs anschaulich darlegten. Die Menschen ziehe es nun wieder hin zu den historisch gewachsenen Siedlungsbereichen, wo auch junge Familien ein neues Zuhause finden können. Anstatt neue Baugebiete auszuweisen und so stetig mehr Fläche zu verbrauchen, könnten nun bestehende Gebäude ohne Angst vor dem Hochwasser wieder neu belebt werden.

Regierungspräsident Beinhofer verwies auf die ohnehin hohe Bedeutung und Wertschätzung, die der Städtebauförderung derzeit beigemessen wird. Seit vielen Jahren bewähre sie sich als Instrument, Kommunen bei den Bemühungen um eine nachhaltige Stadt- und Ortssanierung zu unterstützen. Seit Beginn der 1970er Jahre flossen weit mehr als eine halbe Milliarde Euro aus Mitteln des Bundes, des Freistaats Bayern und der Europäischen Union in Sanierungsvorhaben in unterfränkischen Städten und Gemeinden.

Konjunkturmotor

Wissenschaftliche Untersuchungen hätten zudem gezeigt, dass mit jedem Euro aus Städtebaufördermitteln bis zu 10 Euro zusätzlich aus anderen öffentlichen und privaten Quellen aktiviert werden. „Die Städtebauförderung ist somit nicht nur ein Förderer der Innenentwicklung und Baukultur, sondern auch ein direkter Motor der Konjunktur, von dem gerade auch mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe aus der Region profitieren“, unterstrich Beinhofer.

In diesem Zusammenhang rief er alle Förderkommunen dazu auf, die angemeldeten Projekte auch zügig voranzutreiben: „Es muss unser gemeinsames Ziel sein, dass entsprechende Bewilligungsanträge zeitnah gestellt werden, um die zur Verfügung stehenden Mittel durch unser Sachgebiet „Städtebau“ auch in diesem Jahr durch Bescheide binden zu können. Von dieser Bilanz wird es letztendlich abhängig gemacht werden, ob sich eine Mitteleinsatzung in dieser Höhe auch zukünftig rechtfertigen lässt“, hob Beinhofer hervor.

Viele Siedlungsentwicklungen stehen bereits seit Jahrhunderten in einem steten Spannungsfeld zwischen Nutzen und Gefahr eines durchfließenden Gewässers. Nicht zuletzt aufgrund der immer häufiger auftretenden Katastrophen durch Starkregenfälle, verbunden mit Sturzfluten und Hochwasserereignissen, muss

dieses Thema wieder verstärkt in den Fokus des Umgangs mit Grund und Boden, der Versiegelung und damit auch des Städtebaus gerückt werden. Ein Einführungsreferat zu diesem Thema gab Prof. Gerd Aufmkolk aus Nürnberg unter dem Titel „Stadt am Wasser – Stadt im Fluss“, während Rolf-Peter Klar, Sachgebietsleiter „Städtebau“ der Regierung von Niederbayern, über „Städtebauliche Konzepte und Projekte in hochwassergefährdeten Siedlungen in Niederbayern“ informierte.

Auch wenn sich die Bevölkerungszahlen in unterfränkischen Kommunen erfreulicherweise positiver entwickeln als vor einigen Jahren vorausgerechnet, wird die demografische Entwicklung insbesondere in ländlichen Räumen weiter in den Fokus rücken. Da meist überproportional viele ältere Personen in den Ortskernen wohnen, der Wohnungsstandard dort in vielen Gebäuden oftmals geringer ist bzw. hier ein größerer Sanierungsstau entstand, drohen gerade dort weitere Leerstände. Hier gilt es, aktiv zu werden oder zu bleiben, Anpassungsstrategien und Konzepte zu entwickeln, Anreize auch für private Investitionen zu schaffen und dies am Besten in interkommunaler Abstimmung.

Hofheimer Land

Die Gemeindeallianz „Hofheimer Land“ gilt zwischenzeitlich dank ihres integrierten Ansatzes zur konsequenten Innenentwicklung und dank der damit erzielten Erfolge bundesweit als Vorzeigeanthiz, wie Wolfgang Borst, 1. Bürgermeister der Stadt Hofheim i. Ufr. und Vorsitzender der Gemeindeallianz, verdeutlichte.

Sieben Gemeinden mit 53 Ortschaften haben sich im Jahr 2008 im Rahmen eines Programms zur Revitalisierung von innerörtlichen Leerständen (Förderung der Bausubstanz) zusammengetan. Seither hat sich die Allianz zu einer Partnerschaft weiterentwickelt, in der die beteiligten Gemeinden in einem kooperativen

und von Konsens geprägten Arbeitsprozess erfolgreich Strategien zur Sicherung der Lebensqualität entwickeln und gemeinsam umsetzen. Um die Kooperation weiter zu fördern und regionale Schlüsselprojekte zur Sicherung der Innenentwicklung und Daseinsvorsorge umzusetzen, wurde der Kooperationsraum Hofheimer Land im Jahr 2010 in das Förderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“ aufgenommen.

Maßnahmen der Allianz

Seither konnten mehrere ortsbildprägende leer stehende Objekte durch den Umbau zu multifunktionalen Bürgerzentren und -häusern revitalisiert werden. Während in Hofheim ein interkommunales Bürgerzentrum entstand, wurde in weiteren Kommunen der Allianz ein dezentrales Bürgerhäuser-System aufgebaut.

Eine bereits abgeschlossene Maßnahme der Allianz ist der Um- und Ausbau des ehemaligen Finanzamtes der Stadt Hofheim in ein interkommunales Bürgerzentrum. Als ein zentraler Anlaufpunkt für die Bürger zu allen Themen der Allianz befindet sich nicht nur der Sitz des Allianzmanagements in dem Gebäude, sondern auch eine Vielzahl von Beratungseinrichtungen zu den Themen Daseinsvorsorge, Bauen und Siedlungsentwicklung.

Vielfachnutzen im Bürgerzentrum

Das Bürgerzentrum beherbergt zudem den Sitz des Kultur- und Seniorenbüros, die Tourismuszentrale, eine Bücherei, einen modern ausgestatteten Konferenzraum sowie einen Ausstellungsraum zur Allianz in der angrenzenden Remise. Seit 2016 ist auch eine Asylkordinatorin für das Hofheimer Land hier angesiedelt, mit den Arbeitsschwerpunkten Wohnraum- und Arbeitsplatzbeschaffung für die Asylsuchenden der Gemeindeallianz.

Auch mehrere Bausteine des dezentralen Bürgerhäuser-Sy-

stems sind bereits umgesetzt: Durch den Umbau des ehemaligen Schulhauses in Rügheim (Ortsteil von Hofheim) zu einem Bürgerhaus und der alten Kommunalbrauerei zum „Kommunalbrau- und Backhaus Rügheim“ sowie der Umbau eines alten Bauernhauses in Kimmelsbach (Ortsteil von Bundorf) zu einem Jugendhaus und des alten Pfarrhauses in Mechenried (Ortsteil Riedbach) zu einem Bürgerhaus konnten mehrere ortsbildprägende Leerstände wiederbelebt werden.

Ein Projekt mit besonderem gemeinschaftlichem Charakter ist das Schwimmbad. Für Zusammenlegung, Sanierung und Umbau des Hallenbades mit angrenzendem Freibad lobte die Allianz einen Architektenwettbewerb aus. Alle Kommunen des Kooperationsraumes verpflichteten sich in einer gemeinsamen Erklärung, das Schwimmbad finanziell zu unterstützen, um es langfristig betreiben zu können. Das neu entstandene Freibad wurde 2016 eröffnet. Das Hallenbad soll ebenfalls saniert und gemeinsam mit dem Freibad betrieben werden.

Belebung von Leerständen

Einen ganz besonderen Aspekt zur Belebung von Leerständen brachte den Teilnehmern Architekt Alfred Wiener näher. Unter dem Titel „Leerstand nutzen für Kunst und Baukultur“ stellte er hierzu einige, auch außergewöhnliche Beispiele vor.

Näher beleuchtet wurde das Thema „Leerstand und Denkmalpflege“, ein durchaus facettenreiches Spannungsfeld, von Dr. Martin Brandl vom Landesamt für Denkmalpflege im Schloss Seehof. Im Anschluss daran informierte für die Oberste Baubehörde in München der für Unterfranken zuständige Referent Thomas Mühlender über „Aktuelles aus der Städtebauförderung“, ehe Tagungsmoderator Manfred Grüner das aktuelle Themenfeld der Städtebauförderung aus unterfränkischer Sicht ergänzte. **DK**

TV BAYERN
★

LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.

Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region

*** Ab jetzt immer samstags** von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter:
www.tvbayernlive.de



Von rechts: Bezirksrat Markus Scheuermann, Architektin Dipl.-Ing. (FH) Angelika Greßmann (dp Architekten, Regensburg), Burkhard Mayenschein (Geschäftsführer Josef Stanglmeier Bauunternehmung GmbH & Co. KG, Abensberg), Bezirksrat Toni Deller, Oberbürgermeister Alexander Putz, Bezirksstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, Irmgard Kaltenstadler, Leiterin der Sozialverwaltung, Matthias Kopf und Stefan Singer, Referat Bauangelegenheiten des Bezirks, Dipl.-Ing. (FH) Stefan Sabukosek (Geschäftsführer Sehlhoff GmbH Ingenieure + Architekten, Landshut). Bild: Bezirk Niederbayern

Bezirk Niederbayern:

Offizieller Startschuss für Neubau der Sozialverwaltung

Landshut. Nachdem die Mitglieder des Bezirksausschusses im Februar dieses Jahres die Freigabe zur Ausführung erteilten, fiel mit dem Spatenstich am 3. August 2017 der offizielle Startschuss für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes für die Sozialverwaltung des Bezirks Niederbayern.

Im Herbst 2019, so der Zeitplan, soll das 4-geschossige Gebäude in Riegelbauweise fertig sein: mit ca. 200 Büroarbeitsplätzen, 184 Pkw-Stellplätzen und einem Sitzungssaal. „Waren in der Sozialverwaltung 2009 105 Bedienstete beschäftigt, sind es derzeit 155. Und die Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes wie auch die im Raum stehende Übertragung weiterer Aufgaben werden den Personalbedarf weiter erhöhen“, so Bezirksstagspräsident Dr. Olaf Heinrich.

Schon bei der Genehmigung der Vorentwurfsplanung wurde außerdem eine mögliche spätere Aufstockung um ein weiteres Geschoss beschlossen. Von Seiten der Planung und Statik wurden entsprechende Vorkehrungen getroffen, um dies zu einem späteren Zeitpunkt mit minimalen Eingriffen realisieren zu können.

Nutzung regenerativer Energien

Priorität hatten bei der Planung die Energieeffizienz des Gebäudes und die Nutzung regenerativer Energien. Architektin Angelika Greßmann erklärte,

dass der Neubau im KfW 55-Energiestandard errichtet und mit einer Photovoltaikanlage ausgestattet sein wird; die Beheizung erfolgt über eine Wärmepumpe und eine Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung.

Aus Gründen des Hochwasserschutzes ist der Neubau in Landshut-Schönbrunn nicht unterkellert. Der durch den Neubau verlorengegangene Rückhalteraum wurde aber durch die Schaffung von Retentionsflächen auf den angrenzenden Grundstücksflächen ausgeglichen.

Zentrale Lage

Für den Bau des Verwaltungsgebäudes in Landshut-Schönbrunn, in das der Bezirk Niederbayern ca. 19,14 Millionen Euro investiert, sprachen die zentrale Lage sowie die gute Anbindung an den ÖPNV und die Erschließung.

Bezirksstagspräsident Dr. Olaf Heinrich dankte allen am Projekt Beteiligten und schloss mit dem Wunsch „dass der Neubau unfallfrei, im Rahmen des Zeitplans und im Rahmen des Budgets ausgeführt werden kann“. □

Wohnungsantrag geht online

Auf der Internetplattform SOWON (Soziales Wohnen Online) können Wohnungssuchende seit Oktober 2016 nach Wohnungen suchen. In einem nächsten Schritt hat der Sozialausschuss nunmehr die Einführung eines Online-Wohnungsantrags beschlossen. Von der sinnvollen Verwaltungsvereinfachung profitieren Verwaltung und Antragsstellende gleichermaßen, findet die CSU-Fraktion.

Beschleunigter Bearbeitungsprozess

Durch die Umstellung auf eine digitale Antragstellung sparen sich die Wohnungssuchenden den Gang zum Amt für Wohnen und Migration. Zusätzlich werden die Mitarbeitenden entlastet, da die Antragsstellenden ihre Bewerbung nur versenden können, wenn sie alle geforderten Unterlagen beifügen. Die Vollständigkeit der Unterlagen beschleunigt den Bearbeitungsprozess. Um niemanden zu benachteiligen, bleibt die Einreichung eines schriftlichen Antrags weiterhin möglich.

„Vermutlich werden in München rund 9.000 Menschen Ende des Jahres ohne eigene Wohnung sein. Dieses Projekt ist ein weiterer Baustein zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit. Beide Seiten kommen schneller zusammen und wir vermeiden fluktuationsbedingten Leerstand. So stellen wir uns moderne Verwaltung vor“, sagt Stadtrat Marian Offman, Sprecher der CSU-Fraktion im Sozialausschuss. □

Bayerischer Pflegegipfel in Nürnberg:

Professionalität steigern

Unter dem Motto „Wo geht die Reise hin?“ fand in Nürnberg auf Initiative von Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml ein großer bayerischer Pflegegipfel statt. Experten wie der Patienten- und Pflegebeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Hermann Imhof, MdL, Christa Stewens, Staatsministerin a. D., Stiftungsratsvorsitzende des ZQP Berlin sowie Fritz Schösser, MdB a. D. und Vorsitzender des Aufsichtsrates des AOK Bundesverbandes, diskutierten dabei unter Einbeziehung des Publikums über Thesen zu den Themen Pflegeversicherung, häusliche Pflege und Pflegekräfte. Danach konnten die rund 400 Teilnehmer über die Thesen digital abstimmen.

Über die Ergebnisse sprachen anschließend Staatsministerin Huml und Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe auf dem Podium. Erstere warb zunächst für eine enge Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte, um die Pflege auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten. „In 30 Jahren wird sich die Zahl der Pflegebedürftigen voraussichtlich verdoppelt haben. Zudem sorgt der demografische Wandel dafür, dass der steigenden Anzahl an Pflegebedürftigen eine sinkende Anzahl an Erwerbstätigen gegenüberstehen wird.“

Huml zufolge sind sowohl der Staat und die Kommunen als auch Kassen, Träger und Pflegekräfte, Angehörige und Ehrenamtliche gefordert. Zudem werde mehr gesellschaftliche Anerkennung für die Pflege benötigt, „denn das ist eine wichtige Voraussetzung, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken“.

„Klar ist schon jetzt: Für die kommende Legislaturperiode auf Bundesebene hat der Gipfel wichtige Impulse gesetzt. So befürwortet die Mehrheit der Teilnehmer die stärkere Ausrichtung der Leistungen der Pflegeversicherung an dem Pflegebedürftigen und weniger an seinem Wohnort sowie eine Stärkung der Rehabilitation auch in der Pflege“, bilanzierte die Ministerin.

Sie zeigte sich „beruhigt über das klare Votum der Teilnehmer, dass eine Senkung der Anforderungen an die Qualifikation von Pflegekräften kein Weg ist, um der Personalnot zu begegnen. Dies geriet in der Debatte über das Pflegeberufsgesetz in den letzten Monaten etwas in den Hintergrund. Wir werden daher unseren Weg fortsetzen, die Professionalität von Pflegekräften zu steigern.“

Überrascht war Melanie Huml, „dass eine deutliche Mehrheit der Beteiligten sich eine noch stärkere Einmischung des Staates bei der Lohngestaltung bei Pflegekräften wünscht. Offenbar besteht kein Vertrauen in die Tarifvertragsparteien, hier für eine gerechte Entlohnung zu sorgen.“ Als wichtig erachtete sie auch den Wunsch häuslich Pflegenden, dass zur Sicherstellung der Versorgung professionelle Kräfte erweiterte Aufgaben übernehmen sollen. „Bei der Umsetzung des neuen Pflegeberufsgesetzes werden wir dies aufnehmen“, sicherte die Ministerin zu.

Als „sachlich nicht nachvollziehbar“ wertete sie den Umstand, dass sich die Deutsche Stiftung Patientenschutz „ernüchtert“ über den Pflegegipfel geäußert hat. Huml ergänzte mit Blick auf die wiederholten Attacken von Marliese Biederbeck, Geschäftsführerin des Deutschen Berufsverbands für Pflegeberufe, DBfK Südost, Bayern-Mitteldeutschland e.V.: „Ich setze darauf, dass sich in Bayern alle Beteiligten konstruktiv für das Ziel einsetzen, Fortschritte für die Pflegebedürftigen und die Pflegekräfte zu erreichen. Dauerkritik und

die permanente Wiederholung von Maximalforderungen helfen nicht weiter.“

Huml zufolge werden die Erkenntnisse aus den Beratungen die Grundlage für Entscheidungen über die Entwicklung der langfristigen Ziele der bayerischen Pflegepolitik bilden. Dass sie handlungsfähig ist, habe die Politik bereits bewiesen – etwa mit den Pflegestärkungsgesetzen des Bundes und mit Verbesserungen auf Landesebene. Wie die Ministerin hervorhob, „dürfen wir uns aber auf diesen Reformen nicht ausruhen. Vielmehr müssen wir uns jetzt damit befassen, welche Weichen wir für die pflegerische Versorgung in den nächsten Jahrzehnten stellen wollen.“

Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe plädierte für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege. Dazu zählten mehr Personal und eine faire Vergütung. Auch plädierte er für den Aufbau weiterer Kurzzeit- und Tagespflege-Einrichtungen für Pflegebedürftige. Hier müsse das Netz noch ausgebaut werden.

Um pflegende Angehörige bei Urlaub oder Krankheit zu entlasten, sei eine gute „Versorgungslandschaft“ unverzichtbar. Gröhe sprach sich dafür aus, mehr für die Gesundheit der Angehörigen zu tun und ihnen die Pflege bei der Rente besser anzurechnen. Skeptisch äußerte er sich dagegen zum erörterten Verdienstaussgleich für pflegenden Angehörige. DK

Bezirk Niederbayern:

Ausbau der ambulanten psychiatrischen Versorgung

Planung für Psychiatrische Institutsambulanz in Grafenau weit fortgeschritten

Der Bezirk Niederbayern wird die psychiatrische Versorgung weiter ausbauen. Eine Psychiatrische Institutsambulanz (PIA) für Erwachsene ist daher in Grafenau vorgesehen. Die Planungen sind bereits weit fortgeschritten, wie Gerhard Schneider, Krankenhausdirektor des Bezirksklinikums Mainkofen, in der Bezirksausschuss-Sitzung in Straubing bekannt gab. Darüber hinaus ist geplant, PIA-Standorte für Kinder- und Jugendpsychiatrie in Zwiesel und Waldkirchen zu errichten.

Für die PIA-Außenstelle in Grafenau sollen Räumlichkeiten im dortigen Krankenhaus angemietet werden. Gespräche mit dem Eigentümer des Gebäudes wurden bereits geführt. Derzeit wird das medizinische Konzept für die PIA in Grafenau von Ärzten, Therapeuten und der Krankenhausleitung des Bezirksklinikums Mainkofen erarbeitet. „Zusätzlich zu den persönlichen Beratungen und Behandlungen vor Ort wäre auch zu prüfen, inwieweit telemedizinische Angebote miteinbezogen werden können“, so Schneider. „Die endgültige Entscheidung über die Genehmigung der Außenstelle liegt letztlich beim Zulassungsausschuss der kasernenärztlichen Vereinigung“, informierte Stefan Eichmüller, Leiter „Gesundheitseinrichtungen“ beim Bezirk Niederbayern.

Aktuell kommen rund 165 Patienten, die in den Bezirkskliniken für Erwachsenenpsychiatrie



V. l.: Werner Düll (Leiter Kompetenzzentrum Sozialimmobilien DAL Deutsche Anlagen-Leasing GmbH & Co. KG), Martin Weiß (Vorsitzender der Geschäftsführung Sozialteam Management Holding GmbH), Markus Bientreue (Geschäftsführer TERRANUS Asset Management GmbH), Hermann-Josef Thiel (Geschäftsführer TERRANUS Consulting GmbH), Andrea Bastian (Referentin Sparkassenverband Bayern) und Peter Dahlhaus (Regionalleiter DAL Deutsche Anlagen-Leasing GmbH & Co. KG). □

Pflegebranche im Umbruch

Sparkassenverband Bayern und DAL luden zum Dialog ein

Unter dem Motto „Pflegebranche im Umbruch – neue Perspektiven für Bewohner und Betreiber“ fand in der Sparkassenakademie Bayern der Sozialimmobilientag statt. Im Mittelpunkt dieser Veranstaltung, die vom Sparkassenverband Bayern und der DAL Deutsche Anlagen-Leasing GmbH & Co. KG gemeinsam organisiert wurde, standen die gesetzlichen Änderungen in der Pflegebranche und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Pflegeimmobilie.

Neben den Herren Thiel (TERRANUS Consulting GmbH), Bientreue (TERRANUS Asset Management GmbH) und Düll (DAL), die über die Änderung der Pflegegesetze, über Landesheimrechtliche Regelungen und maßgeschneiderte Finanzierungskonzepte referierten, stellte ein Kunde der DAL, Herr Weiß von der Sozialteam Management Holding GmbH, sein Pflegekonzept und seine Unternehmensphilosophie vor. Zudem

berichtete er von seinen positiven Erfahrungen mit der DAL und deren interessanten Finanzierungslösungen.

Neue Perspektiven

Neben 21 Vertretern verschiedener Sparkassen aus Bayern nahmen zahlreiche interessierte Pflegeheimbetreiber und Unternehmer aus der Branche am Sozialimmobilientag in Landshut teil. □

Eine entsprechende Entscheidung hat der Bezirksausschuss bereits im September 2016 getroffen. „Unter anderem soll zusätzlich zur Erwachsenenpsychiatrie eine stationäre Kinder- und Jugendpsychiatrie am BKH Passau entstehen“, berichtete Heinrich. Als Gründe für den Ausbau des BKH Passau und die neuen PIA führte er an: „Die Auslastung der bestehenden Bezirkskliniken ist sehr hoch. Aus Sicht des Bezirks Niederbayern ist es wichtig, heimatnahe psychiatrische Versorgungsmöglichkeiten zu errichten und auch in diesem Bereich die medizinischen Angebote zu dezentralisieren.“

„Mit den neuen PIA-Standorten in Grafenau sowie in Zwiesel und Waldkirchen schließen wir eine große Versorgungslücke im östlichen Niederbayern. Planungen für weitere PIA-Standorte, beispielsweise in Kelheim und im Rottal, werden erfolgen, sobald Erfahrungen mit den neuen Außenstellen vorliegen“, erklärte der Präsident. „Ich bin froh, dass wir mit den Planungen in Grafenau eine weitere, maßgebliche Verbesserung für die Menschen im Bayerischen Wald erreichen können“, so Heinrich. □

Hohe Auslastung

Die bisher vorhandenen Angebote – sowohl im Bereich der Erwachsenen- als auch der Kinder- und Jugendpsychiatrie – sind voll ausgelastet. Daher plant der Bezirk Niederbayern zusätzlich zu den neuen Psychiatrischen Institutsambulanzen im Bayerischen Wald auch das Bezirkskrankenhaus (BKH) Passau auszubauen.



Zum Abschluss des Pilotprojekts „Angekommen – und nun?“ überreichten (im Vordergrund, von links) Claudia Walther (Bertelsmann-Stiftung) und Anne Güller-Frey (IQ-Landesnetzwerk Bayern) einen Modulkoffer an Landrat Anton Klotz, umrahmt von Kathrin Waldmann (hauptamtl. Integrationslotsin), Teresa Daubenmerkl (Bildungskordinatorin Neuzugewanderte), Hans Wiertert-Wehkamp (Prozessmoderator), Daniel Michels (Jobcenter), Reinhard Strehlke (Jobcenter), Miriam Duran (Migrationsbeauftragte), Claudia Ritter (Jugendamt) und Ralph Eichbauer (Abteilung Mensch und Gesellschaft). Bild: Cilia Schramm

Landkreis-Projekt „Angekommen – und nun?“:

Erfolgreicher Abschluss

Sonthofen/Oberallgäu. Anerkannten geflüchteten Menschen in ihrer neuen Heimat Arbeit, Bildung und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen: Darum ging es beim Pilotprojekt „Angekommen – und nun?“ des Landkreises Oberallgäu mit der Bertelsmann-Stiftung. Ein Jahr nach dem Start zogen die Verantwortlichen bei einer Schlusskonferenz im Landratsamt eine positive Bilanz.

Man sei wichtige Schritte weitergekommen – beim Aufbau von Netzwerken ebenso wie in der verwaltungsinternen Koordination, resümierte Ralph Eichbauer, Leiter der Abteilung „Mensch und Gesellschaft“. Rund 100 Akteure hätten sich in einem gemeinschaftlichen Prozess damit befasst, Lösungen im Hinblick auf die Integration zu erarbeiten. Jetzt beginne die eigentliche Arbeit mit der Entwicklung nachhaltiger Strukturen und Integrationsprozesse.

Individuelle Lösungen

Landrat Anton Klotz sagte, der Landkreis wolle nicht nur Verwalter, sondern auch aktiver Gestalter der Gesellschaft sein. Mit der Beteiligung am Bertelsmann-Projekt habe man die Chance gesehen, genau dies zu erreichen. Beispielsweise bei der Arbeitsvermittlung geflüchteter Menschen: Dabei setzt man auf „individuelle Lösungen für individuelle Herausforderungen“, wie Daniel Michels

und Reinhard Strehlke die Arbeit im Jobcenter Oberallgäu umrissen. „Sollten die Flüchtlingszahlen wieder steigen, sind nun alle Beteiligten besser vorbereitet als im Jahr 2015“, betonte Stiftungsbeauftragte Claudia Walther.

Projektbegleitung

Begleitet wurde das Projekt der Bertelsmann Stiftung vom IQ-Landesnetzwerk Bayern (Integration durch Qualifizierung) sowie von einer professionellen Prozessmoderation des „Institutes für soziale Innovation“.

Die operative Projektleitung im Landratsamt übernahmen die Migrationsbeauftragte Miriam Duran und Bildungskordinatorin Teresa Daubenmerkl, die auch den erarbeiteten Aktionsplan mit geplanten und sich bereits in der Umsetzung befindenden Maßnahmen vorstellten. Im Herbst wird dieser Aktionsplan dann auch im großen Rahmen der breiten Öffentlichkeit vorgestellt. cis

Bezirk Mittelfranken:

Goldbach Werkstatt erhält Inklusionspreis

Für ihr Projekt „Selbstverständlich Miteinander, berufliches Tandem“ wird die Goldbach Werkstatt Nürnberg gGmbH mit dem Inklusionspreis des Bezirkes Mittelfranken geehrt. Der mit 5.000 Euro dotierte Preis wurde in diesem Jahr zum ersten Mal ausgelobt. Er soll Projekte oder Angebote würdigen, die die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung nachhaltig und konkret verbessern und einen spürbaren Beitrag zur Teilhabe und zur Inklusion leisten. Insgesamt wurden 41 Vorschläge eingereicht.

Bei dem siegreichen Inklusionsprojekt unterstützen sieben Hauswirtschaftsschüler der Rudolf-Steiner-Schule Nürnberg fünf Beschäftigte der Goldbach Werkstatt Nürnberg dabei, den beruflichen Alltag außerhalb der Werkstatt für Menschen mit Behinderung kennenzulernen.

Solidarische Arbeitsgemeinschaft

Als Rehabilitationseinrichtung und marktorientierte handwerkliche Produktionsstätte versteht die Goldbach Werkstatt ihre Arbeit als Persönlichkeitsentwicklung, die Bildung und Arbeitstherapie über die konkrete Arbeitsleistung verbindet.

Es handelt sich hierbei um eine solidarische Arbeitsgemeinschaft, die im Berufsbildungsbereich, in der Töpferei, Schreinerei, Filzwerkstatt, Weberei und Schneiderei, im Hauswirtschafts- und Dienstleistungsbereich sowie Werkstattladen, Café & Bistro tätig ist.

Ausbildungspartner sind die Kindertagesstätte „Haus für Kinder“ und der Naturkostladen „Bio in Zabo“. Menschen aus unterschiedlichen Lebenswelten können auf diese Weise voneinander und miteinander lernen. Kinder, Eltern, Erzieher sowie Mitarbeiter und Kunden sollen das „berufliche Tandem“ als Kompetenzteam erfahren. DK

Regensburg:

Integration als Querschnittsaufgabe

Expertengespräch im Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Welche Herausforderungen und Chancen die Zuwanderung aus dem Ausland für die Stadt Regensburg mit sich bringt und wie die Wissenschaft die Stadtverwaltung bei ihren Integrationsmaßnahmen unterstützen kann, darüber gab ein Expertengespräch am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) informative Einblicke.

An der Diskussion nahmen Vertreter des Amts für Jugend und Familie der Stadt Regensburg, Experten aus Graz sowie Wissenschaftler des IOS teil. Das Gespräch fand im Rahmen des EU-geförderten Projekts YOUMIG statt, das die Migration junger Menschen im Donauraum erforscht, um Empfehlungen an Stadtverwaltungen auszuarbeiten. In den Blick genommen werden sowohl Auswanderungs- als auch Einwanderungsgemeinden, wobei die meisten Kommunen beides sind.

Gefahr sozialer Spannungen

Die Folgen starker Ab- und Zuwanderung machen sich auf kommunaler Ebene besonders rasch und stark bemerkbar. Während die Einen Kindergärten und Schulen aufgrund der Abwanderung schließen müssen, sehen die Anderen entsprechende Kapazitäten aufgrund von Zuwandern knapp werden. Auch in Bezug auf den lokalen Arbeitsmarkt hat die Migration junger Menschen gravierende Folgen. Wenn diese Prozesse völlig ungesteuert ablaufen, können soziale Spannungen entstehen.

Für Regensburg gilt: Die Stadt entwickelt sich dynamisch. Die Zuwanderung aus dem Ausland ist dabei ein wichtiger Aspekt. Von den rund 160.000 Einwohnern besitzen mehr als 13 Prozent eine ausländische Staatsbürgerschaft, 20 Prozent der deutschen Staatsbürger haben einen Migrationshintergrund.

Essenzielle Beratung

Laut Dr. Volker Sgolik, Leiter des Amtes für Jugend und Familie, bemüht sich die Stadt Regensburg sehr um die Integration ihrer Mitbürger mit Migrationshintergrund. Gemäß dem Prinzip „Unterstützung, wo nötig“ würden Fragen der Schulbildung sowie der sozialen Absicherung erörtert, um eine möglichst reibungslose Eingliederung der Migranten und ihrer Familien in die Stadtgesellschaft zu ermöglichen.

Integration stellt eine wichtige Querschnittsthematik für die gesamte Stadtverwaltung dar und umfasst daher mehrere Ämter. Fungiert etwa das Amt für Integration und Migration auch als Willkommensstelle, so leistet das Amt für Jugend und Familie essenzielle Beratung für Flüchtlinge sowie für Zuwanderer. Innovative Initiativen wie InMigra-Kid, Pur, HAJDE, Jugendsozialarbeiter in Schulen sowie die Stadtteilprojekte sind nahe am Menschen und helfen ihnen bei alltäglichen Problemen, wie der Organisation von Nachhilfe, Behördengängen oder der Entscheidung, in welche Schule die Kinder gehen sollen.

Vertrauen schaffen

Sgolik und die Mitarbeiterinnen des HAJDE-Teams, die Migranten aus Südosteuropa betreuen, unterstrichen die Notwendigkeit eines niedrigschwelligen Zugangs und der Individualität. Schließlich kommen zahlreiche Migranten aus Ländern, in denen die Menschen

kein Vertrauen in staatliche Institutionen haben. In Regensburg erfahren sie zum ersten Mal, dass eine Stadtverwaltung ihnen beim Meistern von Alltagsproblemen hilft.

Aus Sicht von Prof. Ulf Brunnbauer, Wissenschaftlicher Direktor des IOS, ist die Integrationsarbeit der Stadt vorbildlich. Gleichwohl fehle noch eine systematische Zusammenarbeit zwischen Praktikern und Wissenschaftlern im Sinne eines Integrationsmonitorings: „Integrationsprozesse dauern – daher sollten wir genau, auf der Ebene einzelner Straßen beobachten, wie sich die Partizipation von Immigranten an der Stadtgesellschaft und das Zusammenleben im Laufe der Zeit entwickeln. Der Erfolg von Integrationsmaßnahmen zeigt sich manchmal erst eine Generation später“, urteilte Ulf Brunnbauer.

HAJDE-Projekt

Aufgabe der Wissenschaft sei daher, der Politik evidenzbasierte Instrumente für eine erfolgreiche Integrationspolitik in die Hand zu geben, hob die IOS-Forscherin Ekaterina Skoglund hervor. Wichtig sei es, die kulturellen Hintergründe der Migranten zu kennen, um adäquate Formen des Zugangs zu ihnen zu finden. Das HAJDE-Projekt (Betreuungsstelle für zugewanderte Familien aus Südosteuropa) sei hier beispielhaft, zumal Rumänen und Bulgaren mittlerweile zu den zahlenmäßig größten Ausländergruppen in Regensburg zählen. DK

Niederbayerischer Integrationspreis 2017:

Vorbildliche Orte der Begegnung

Drei Projekte, die sich beispielhaft für Migranten und ihre Integration einsetzen, wurden jüngst von Integrationsministerin Emilia Müller und Regierungspräsident Rainer Haselbeck mit dem niederbayerischen Integrationspreis 2017 ausgezeichnet. Das Preisgeld von insgesamt 5.500 Euro hat das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration zur Verfügung gestellt.

Mit einem Preisgeld in Höhe von 2.500 Euro wurde das Theater an der Rott in Eggenfelden mit seinem Projekt „Leute von hier und anderswo“ bedacht. Bürger aus dem Landkreis Rottal-Inn erarbeiten mit Theater-Profis sowie Asylbewerbern und Flüchtlingen ein Theaterstück. Dadurch werden soziale Kontakte geknüpft und das Erlernen der deutschen Sprache gefördert. Ermöglicht wird das Projekt vor allem auch durch ehrenamtliches Engagement, wie beispielsweise durch die Bildung von Fahrgemeinschaften.

Helferkreis Haidmühle

Das Projekt „Multikulturelles Treffen“ des Helferkreises Haidmühle (Preisgeld 1.500 Euro) engagiert sich seit Sommer 2015 stark für die Eingliederung von Asylbewerbern und Flüchtlingen in die Gesellschaft. Der Helferkreis legt dabei sehr großen Wert darauf, auch die einheimische Bevölkerung zum Besuch der Treffen zu motivieren. Zu den bisherigen



Strohhiüttenschule – Grundschule in Talieri. Bild: Kambou

Landkreis Donau-Ries:

Erstes Entwicklungshilfe-Projekt in Burkina Faso

Ausgelöst durch die große Anzahl an Flüchtlingen, die im Jahr 2015 in den Landkreis Donau-Ries kamen und den Besuch von Entwicklungshilfeminister Dr. Gerd Müller in Wemding war Landrat Stefan Rößle klar, dass auch der Landkreis in Hilfsprojekte in den ärmsten Regionen der Welt einsteigen sollte.

Beim Besuch des Botschafters aus Burkina Faso in Rain und Gendingen im Mai haben sich Landrat Stefan Rößle und seine Excellenz Simplicie Honore Guiblia in einem persönlichen Gespräch über kommunale Hilfsprojekte in Burkina Faso unterhalten. Bildung ist dabei ein ganz wichtiger Ansatz, um die Lebenssituation vor Ort für die Menschen zu verbessern, so Landrat Rößle. Burkina Faso kann diesem Bedürfnis seiner Bevölkerung nur bedingt nachkommen. Daher sind die Unterstützung von Bildungseinrichtungen und der Bau von Schulen von zentraler Bedeutung.

In Burkina Faso ist geplant, zunächst am Hotel Maternel eine Außenküche zu errichten. Das Geld hierfür (rund 10.000 Euro) ist inzwischen auf dem Spendenkonto des Landkreises eingegangen. Beim Hotel Maternel handelt es sich um ein Waisenhaus in der Hauptstadt Ouagadougou, das bereits über Spenden aus der Region aufgebaut wurde. Es ist eine Aufnahmeanstalt für Ausgesetzte und in Gefahr gekommene Kinder vom Säuglingsalter bis 15 Jahre. Als nächstes plant der Landkreis

den Bau von zwei Schulen in Burkina Faso, nämlich in Talieri und Boussera. In Talieri soll eine Strohhiüttenschule ersetzt werden durch eine richtig gebaute Schule. Es handelt sich dabei um eine Grundschule. Geplant ist ein Schulgebäude, bestehend u. a. aus drei Schulklassen mit Lagerraum, der auch als Büro dienen sollte. Die Gesamtmaßnahme kostet 55.064 Euro und ist für 188 Schüler gedacht.

In Boussera ist der Bau einer Gesamtschule vorgesehen. Dort gibt es zwei Gesamtschulen. Eine davon verwendet einen Raum des Gemeindeamtes als Klassenraum, die andere ist nur eine Strohhiüttenschule. Geplant ist eine Gesamtschule mit vier Klassenzimmern und einem kleinen Lagerraum. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 50.540 Euro. Die Schule ist für 194 Schüler bestimmt.

Durch die bestehenden Kontakte ist garantiert, dass die Spendengelder vollständig für die Projekte vor Ort verwendet werden. Der Landkreis hat ein eigenes Spendenkonto eingerichtet: IBAN DE 38 7225 0160 0020 0600 00; Stichwort: Spende – Eine Welt. □

amtlichen. Sie sind es, die vor Ort oft erste Ansprechpartner in allen Alltagsangelegenheiten sind. Im Austausch mit Einheimischen lernen Zugewanderte so auch unsere Lebensgewohnheiten kennen. Für eine gute Integration ist es schließlich wichtig, dass sich Einheimische und Flüchtlinge offen begegnen. Ob im Theater, bei organisierten Treffen oder im Sportverein: Die ausgezeichneten Projekte in Niederbayern sind dafür wunderbare Beispiele.“

Mit offenem Herzen

Wie Regierungspräsident Rainer Haselbeck betonte, „hat Niederbayern während der Flüchtlingskrise 2015 Herausragendes geleistet. Doch eine noch weitaus größere Aufgabe ist die Integration derer, die zu uns gekommen sind und auch bleiben dürfen.“ Die diesjährigen Preisträger engagierten sich für diese Herausforderung mit offenem Herzen und beispielhaftem Einsatz.

Freilich, so Haselbeck, erfordert Integration in erster Linie die Bereitschaft der Zuwanderer, mit unserer Gesellschaft zu leben: „Wir können und müssen dabei unterstützen, aber die Anstrengung muss vor allem von den Migranten selbst kommen.“ DK

11. Wissenschaftstag und Ratssitzung der Metropolregion Nürnberg:

Zukunftsfähiger Bildungsstandort

Wahl von Bambergs OB Andreas Starke zum neuen Ratsvorsitzenden

Etwa 900 Teilnehmer nahmen in Bamberg die Chance wahr, sich beim diesjährigen Wissenschaftstag über die aktuelle Lage und Entwicklungsaussichten der Metropolregion Nürnberg zu informieren. Entscheider und Multiplikatoren aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Bildung waren eingeladen, sich auszutauschen und die wissenschaftliche Perspektive auf europäische Themen zu diskutieren.

Nicht nur die Stadt, sondern die gesamte Region Bamberg sei ein extrem zukunftsfähiger Bildungsstandort, zeigten sich Oberbürgermeister Andreas Starke und Landrat Johann Kalb überzeugt.

denen sich Panel 1 in vier Impulsvorträgen widmete. Dabei standen volkswirtschaftliche Fragestellungen genauso im Mittelpunkt wie gesundheitliche und (psycho)soziale.



Bambergers OB Andreas Starke (l.) übernahm das Ruder von Landrat Armin Kroder (Nürnberger Land). Bild: Lara Müller

Dies liege, so Kalb, nicht zuletzt an der fruchtbaren Kooperation zwischen Stadt und Landkreis auf Augenhöhe.

Breit gefächert präsentierte sich das Themenspektrum beim 11. Wissenschaftstag. Arbeitsmarkt, Bildung, Mobilität und Gesundheitssysteme waren die Bereiche,

Bei der Denkmalpflege gilt es, die Vergangenheit möglichst geschickt in die Zukunft zu überführen. In einem weiteren Panel nahmen zwei Diskussionsrunden den Bereich aus unterschiedlichen Blickwinkeln in Augenschein: Erstere beleuchtete nach der Einführung „Laboratorium

Bürgerbeteiligung“ das Prinzip der gesellschaftlichen Teilhabe am Beispiel des Kommunalen Denkmalkonzepts Bayern. „Digital Turn und Handwerk 2020“ wagte einen Blick über die Grenzen des Freistaats: Gäste vom Bundesdenkmalamt Österreich und aus Berlin tauschten sich mit Vertretern aus der Verwaltung, dem Handwerk und der Wirtschaft Oberfrankens aus.

Panel 3 wiederum thematisierte, wie Europa im Spannungsfeld von Identität und Diversität bestehen kann. Fakt ist: Diversität birgt ein enormes Potenzial, auch für Europa. Den Auftakt des Panels bildete ein Beitrag zum Bertelsmann-Vielfaltsmonitor, der den gesellschaftlichen Umgang mit Diversität analysiert. Ausführungen zu „Kulturelle Intelligenz und Global Mindset – Wie lerne ich von und vom Anderen?“ leiteten über zu Überlegungen, wie Diversität als Treibstoff für soziale Innovation und Kulturwandel in Unternehmen wirken kann.

Europa steht am Scheideweg und sieht sich einer offenen Zukunft gegenüber. Spätestens seit dem Brexit-Votum steht fest, dass sich das Rad der Geschichte jederzeit zurückdrehen kann. In einer Diskussionsrunde im Rahmen von Panel 4 erörterten die Teilnehmenden drei zentrale Fragen an die Europäische Union: „Was ist Europa?“, „Was ist das größte Problem Europas?“ und „Wo steht Europa in fünf Jahren?“. Politikwissenschaftler, ein Soziologe und der Honorarpro-

fessor der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Prof. Günter Verheugen als intimer Kenner, näherten sich unter Einbeziehung des Publikums angesichts der Währungs- und Flüchtlingskrise neuen Perspektiven und Lösungsansätzen.

Neben den vier Themenpanels boten Informationsstände im Ausstellungsbereich den Besuchern zudem die Möglichkeit, mehr über die wissenschaftlichen Kompetenzen in der Metropolregion Nürnberg zu erfahren. Hochschulen und ausgewählte Forschungseinrichtungen der Region, aber auch die Sponsoren des Wissenschaftstags informierten hier über wissenschaftliche Kompetenzzentren und unternehmerische Aktivitäten.

Parallel zum 11. Wissenschaftstag versammelte die Ratssitzung der Metropolregion den Großteil der 57 Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte. Einstimmig wurde dabei Bambergers OB Andreas Starke zum Ratsvorsitzenden gewählt. Mit Starke wird in den nächsten drei Jahren erstmals ein Oberfranke die Geschicke der Metropolregion lenken. Als Stellvertreter fungieren Armin Kroder, Landrat des Landkreises Nürnberger Land und Franz Stahl, Bürgermeister von Tirschenreuth.

Dargestellt wurden auf der Sitzung zudem die Fortschritte bei der Mitmachkampagne „Platz für...“. Dabei porträtierte ein abwechslungsreicher Kurzfilm den Landkreis Bamberg, der sich besonders durch Weltoffenheit und Attraktivität für Fachkräfte auszeichnet.

Laut Metropolregion-Geschäftsführerin Dr. Christa Ständer hat die Kampagne seit ihrem Start eine Reichweite von rund 20 Millionen Kontakten erzielt – unter anderem durch drei große Plakataktionen in 30 Städten der Metropolregion. Eine vierte Plakataktion über die gesamte Metropolregion sei gerade angelaufen. Im Oktober werde ein weiterer so genannter Flight folgen. Bislang wurden über die regionalen Medien über 4,5 Millionen Menschen erreicht.

Insgesamt konnten bei „Platz für...“ bis dato zehn Cobranding-Motive realisiert werden, bei denen Unternehmen, Kommunen und weitere Einrichtungen ihre Geschichte mit der Metropolregion Nürnberg erzählen. Weitere sieben Motive werden noch im Jahr 2017 folgen.

Ferner verabschiedeten die Ratsmitglieder den neuen Klimapakt der Metropolregion Nürnberg, der bis 2050 eine Reduzierung der CO2-Emissionen in der gesamten Metropolregion um 80 bis 95 Prozent vorsieht. Er orientiert sich damit an neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen wie das Pariser Klimaprotokoll vom Herbst 2015. Außerdem strebt die Metropolregion Nürnberg an, Modellregion für die Energiewende in Deutschland zu sein.

Der beschlossene Innovationspakt der Metropolregion Nürnberg ist das zentrale Instrument zur Verwirklichung der im „Leitbild für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung“ (WaBe) festgeschriebenen Ziele. Er stärkt die im Leitbild WaBe identifizierten technologischen Kernkompetenzen der Metropolregion und führt diese in den vier Aktionsfeldern „Intelligente Mobilität“, „Nachhaltige Energiesysteme“, „Digitale Gesundheitswirtschaft“ und „Vernetzte Produktion“ zusammen.

Getragen wird der Innovationspakt vom Forum Wirtschaft und Infrastruktur, unterstützt durch die Foren Wissenschaft und Marketing. Partner sind die sieben Kompetenz-Initiativen in der Metropolregion. Organisiert wird der Innovationspakt von der Wirtschaftsförderung Nürnberg und unterstützt von der IHK Nürnberg für Mittelfranken. **DK**

Landkreis Cham:

Preisträger „Landschaft 2017“

Deutsche Stiftung Kulturlandschaft (DSK) würdigt Innovationsfreudigkeit von Wirtschaft und Verwaltung

Der Landkreis Cham ist Preisträger des Stiftungspreises „Landschaft 2017“. Landrat Franz Löffler nahm den Preis im Rahmen einer festlichen Kreistagssitzung aus den Händen von Dr. Helmut Born, dem Vorstandsvorsitzende der Deutschen Stiftung Kulturlandschaft, entgegen.

In seiner Laudatio würdigte Dr. Born die erstaunliche Entwicklung des Landkreises Cham nach dem Fall des Eisernen Vorhangs in Europa. Aus einem Grenzgebiet mit schwacher Infrastruktur, geringem Wirtschaftswachstum und rückläufiger Einwohnerzahl sei heute ein Landkreis mit wettbewerbsfähigen mittelständischen Unternehmen, steigender Bevölkerungszahl und äußerst niedriger Arbeitslosenquote (weniger als drei Prozent) entstanden. Der Pendler-saldo sei mehr als ausgeglichen. Allein über 3.000 tschechische Arbeitskräfte kommen jeden Tag in den Landkreis Cham.

Erstaunliche Entwicklung

„Wirtschaft und Wissenschaft, Bürger und Verwaltung haben konsequent und hartnäckig aus der ehemaligen Grenzlage eine grenzüberschreitende Planungs- und Entwicklungsregion mitten in Europa entstehen lassen“, betonte Born. Das wirtschaftsgetragene Kompetenznetzwerk Mechatronik und der internationale Studiengang „Digitale Produktion“ unterstreichen die erstaunliche Entwicklung des neuen Hochschulstandortes Cham.

Wenn sich der Landkreis nun verpflichtet habe, bis Ende 2019 jeden Haushalt an das Glasfasernetz zu bringen, dann werde die erstaunliche Dynamik gegenüber anderen Städten und Landkreisen deutlich spürbar. Weltoffenheit gepaart mit Heimatverbundenheit und sozial motivierter „Anpackkultur“ schaffe eine regelrechte Aufbruchsstimmung.

Vergleichsstudie

Nach dem Ranking der Regionen Deutschlands der Zeitschrift Focus im Jahre 2016 belegt der Landkreis Cham Platz 139 von 402 Landkreisen und kreisfreien Städten. Einbezogen werden in diese Vergleichsstudie die Indikatoren Wohlstand, Arbeitsplätze, Sicherheit, Preise, Wohnen und Infrastruktur, Alter und Gesundheit.

Besonders die von wettbewerbsfähigen Bauernhöfen geprägte, artenreiche Kulturlandschaft schafft ein attraktives Wohnumfeld. Auch der Tourismus und die Gesundheitswirtschaft als stabile Wirtschaftszweige des Landkreises Cham profitieren davon. „All das“, so Dr. Born an Landrat Franz Löffler, „hat der DSK zusammen mit dem Deutschen Landkreistag die Entscheidung leicht gemacht, den Landkreis Cham mit dem Stiftungspreis ‚Landschaft 2017‘ in Deutschland auszuzeichnen“.

Für gleichwertige Lebensverhältnisse

Landrat Franz Löffler dankte den DSK-Vorständen Dr. Helmut Born und Joachim Felker für die hohe Auszeichnung. Der Kreistag und die Bevölkerung des Landkreises Cham sähen darin eine große Würdigung ihres erfolgreichen Einsatzes für gleichwertige Lebensverhältnisse der Bürger des Landkreises Cham. Der ländliche Raum habe durchaus Chancen, im Wettbewerb mit urbanen Wirtschaftszentren zu bestehen. Ge-

rade die Digitalisierung aller Lebensbereiche schaffe gute Bleibe- und Zukunftsperspektiven auch für junge Menschen auf dem Lande.

Die Stiftung ehrt alle zwei Jahre jeweils einen Landkreis, der durch Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum, gute Infrastruktur und attraktive Arbeitsplätze, also eben nicht von Landflucht und Entleerung gekennzeichnet ist. Die bisherigen Preisträger waren die drei Landkreise Oberschwabens, der Landkreis Ilmenau, die Stadt und der Landkreis Kulmbach sowie der Landkreis Nordfriesland.

Der Preis ist mit einem Preisgeld von 10.000 Euro ausgestattet. Diese sollen – nach entsprechender Kofinanzierung durch den Landkreis Cham – eingesetzt werden, um den öffentlichen Personennahverkehr im Landkreis durch digitale Lösungen über eine gemeinsame App aller Verkehrsträger nutzerfreundlicher zu gestalten. **□**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
 Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
 Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
 Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
 Jakob Döring
 Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
 Lutz Roßmann (Landtag)
 Jörg Kunstmann (KPV)
 Peter Müller
 Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
 Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
 Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
 Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertrieb:
 Constanze von Hassel (verantwortlich)
 Telefon 08171 / 9307-13
 Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 51 vom 01.01.2017
Anzeigenschlusstermine:
 siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
 Theresa von Hassel (verantwortlich)
 Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
 22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
 € 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
 (Abrechnung über eine Adresse)
 € 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
 (Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.
Kündigung:
 zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
 Anne-Marie von Hassel
 Constanze von Hassel
 Theresa von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
 Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
 Postanschrift:
 Postfach 825, 82533 Geretsried
 Paketanschrift:
 Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
 100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH & Co. KG
 Geschäftsführerinnen:
 Anne-Marie von Hassel
 Constanze von Hassel
 Theresa von Hassel
Druck und Auslieferung:
 DZO Druckzentrum Oberfranken
 GmbH & Co. KG
 Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
 Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Räume mit besonderem Handlungsbedarf in Nordostbayern:

Ruf nach stärkerer Förderung

Resolution der Regionalen Planungsverbände Oberfranken-Ost und Oberpfalz-Nord

Eine Resolution zur Förderung der Räume mit besonderem Handlungsbedarf in Nordostbayern haben in einer gemeinsamen Sitzung die Regionalen Planungsverbände Oberfranken-Ost und Oberpfalz-Nord verabschiedet. Sie forderten die Bayerische Staatsregierung und den Bayerischen Landtag auf, den finanziellen Umfang der Stabilisierungshilfen und der Förderinitiative Nordostbayern in den Regionen Oberfranken-Ost und Oberpfalz-Nord zu erhöhen.

Laut Resolution bestehen nach wie vor deutliche Disparitäten zwischen den im LEP dargestellten Fördergebieten. Die räumliche Ausweitung des Förderprogrammes sei anzustreben. Die Schere bei den staatlichen Strukturförderungen dürfe nicht weiter auseinandergehen.

Demografischer Wandel

„In den letzten Jahrzehnten haben sich die Anforderungen an die soziale und kulturelle Infrastruktur durch den demographischen Wandel und andere veränderte Rahmenbedingungen gewandelt. Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung (z.B. Landärzte und Apothekenstandorte), die Diskussion um den Fortbestand von Schulstandorten, Kindergärten und -krippen sowie der notwendige Ausbau von altersgerechten Angeboten sind nur ein Teil der Herausforderungen, denen wir uns in Nordostbayern stellen müssen“, heißt es weiter.

Die Fortschreibung der Regionalplankapitel „Bildungs- und Erziehungswesen, kulturelle Angelegenheiten“ und „Gesundheits- und Sozialwesen“ stelle für die Regionen Oberfranken-Ost und Oberpfalz-Nord eine Möglichkeit dar, praxisnah und von der kommunalen Basis her Ziele und Grundsätze für den Erhalt und den

Ausbau von Einrichtungen sowie Dienstleistungen der sozialen und kulturellen Infrastruktur zu formulieren. Dies jedoch setze eine belastbare Analyse des Ist-Bestandes an Daseinsvorsorgeeinrichtungen und deren Auslastung voraus, um unter Einbeziehung des Bedarfs, der Erreichbarkeiten und demographischer und bevölkerungsstruktureller Faktoren bestehende oder drohende Versorgungslücken identifizieren zu können. Dies wiederum sei nur mit Hilfe eines wissenschaftlichen Gutachtens möglich. „Die Ergebnisse sollen auch den Landkreisen und Kommunen zur Verfügung gestellt werden und bei der Fortschreibung zum „Zentrale-Orte-Kapitel“ der Regionalpläne herangezogen werden“, so die Resolution.

Wegen der engen Verflechtungen der beiden benachbarten Regionen wird die Bayerische Staatsregierung um finanzielle Unterstützung für die Erarbeitung dieses gemeinsamen Gutachtens der beiden Regionalen Planungsverbände Oberfranken-Ost und Oberpfalz-Nord gebeten.

„Neben der infrastrukturellen Ausstattung muss weiterhin der Revitalisierung von Stadt- und Ortskernen ein besonderes Gewicht beigemessen werden“, lautet eine weitere Forderung. Mit der Nordostbayern-Offensive, die sich die Verringerung von Leerständen zum Ziel gesetzt hat,

könne das gelingen.

In Nordostbayern seien viele Kommunen aufgrund objektiver Indikatoren strukturschwach und von der demographischen Entwicklung besonders betroffen. Sie befänden sich unverschuldet in einer finanziellen Notlage. Die im Jahr 2012 im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs eingeführten Stabilisierungshilfen, die auf eine nachhaltige Verringerung der Zins- und Tilgungsleistungen abzielen, verschafften den Kommunen wieder mehr finanzielle Handlungsspielräume. Dieses wirkungsvolle Instrument sei auch in Zukunft dringend erforderlich.

Elektrifizierung und Lärmschutzmaßnahmen

Im Rahmen der Planungsverbands-sitzung forderte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Hans-Peter Friedrich, erneut die Elektrifizierung der Bahnstrecke bis Regensburg sowie im Interesse der Bevölkerung die Umsetzung der notwendigen Lärmschutzmaßnahmen. Hierzu würden demnächst Gespräche mit Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt geführt. In diesem Zusammenhang sei auch der Gedanke einer durchgehenden Elektrifizierung der gesamten Strecke zwischen Regensburg und Leipzig zu diskutieren. Darüber hinaus plädierte Friedrich für die Elektrifizierung der Schienenverbindung bis Nürnberg sowie im Straßenverkehr für eine bessere Anbindung von Schirmding an die A93. **DK**



„Ausgezeichnete Unternehmen im ausgezeichneten Landkreis“

„Der Landkreis Bamberg ist ein Gewinnerlandkreis. Ausschlaggebend hierfür sind unsere Unternehmen“, sagte der Bamberger Landrat Johann Kalb anlässlich der Vergabe des „Großen Preises des Mittelstandes“ der Oskar-Patzelt-Stiftung. „Die Nominierungen sehe ich als Wertschätzung und Dank für dieses Engagement“. Geehrt werden Unternehmen und Institutionen, die sich in den fünf Wettbewerbskriterien Wachstum, Schaffung von Arbeitsplätzen, Innovation, Vertrieb und Engagement für die Region besonders verdient gemacht haben. Auch die Wirtschaftsförderung des Landkreises Bamberg erreichte schon zum fünften Mal in der Rubrik „Kommune des Jahres“ die Jurystufe. Mit ihren Auszeichnungen würdigt die Stiftung das vielfältige Engagement der Wirtschaftsförderung des Landkreises Bamberg als Ansprechpartner für „seine“ Unternehmen. „Die Unternehmensbefragung 2017 hat verdeutlicht, dass unsere Wirtschaftsförderung eine hervorragende Arbeit leistet und ein offenes Ohr für unsere Unternehmen hat. Die heutige Auszeichnung sehe ich auch als Ausdruck dieser Zufriedenheit“, fügte Landrat Kalb voller Stolz hinzu. Von ursprünglich 4.923 Wettbewerbern haben es in diesem Jahr deutschlandweit 839 (davon 204 in Bayern) in die zweite Wettbewerbsebene – die Jurystufe – geschafft. Unser Bild zeigt Landrat Kalb (Bildmitte) im Kreis der ausgezeichneten Firmenvertreter. □

Projekt Museumpädagogik

Das Heimathaus Blindheim, die Umweltbildungsstätte mooseum in Bachingen, der Lehrbienenstand in Holzheim und das Haus der alten ländlichen Gerätschaften in Laugna wollen künftig als außerschulische Lernorte neben den Museen im Landkreis Dillingen im Rahmen des Projekts „Museumpädagogik“ eng mit den Schulen kooperieren und damit die Umwelt-, Heimat- und Naturbildung stärker im Lehrplan verankern.

Das Projekt „Museumpädagogik“ ist Bestandteil des Bildungskonzeptes, für das der Landkreis mit dem Gütesiegel „Bildungsregion in Bayern“ ausgezeichnet wurde.

„Die Museen in unserem Landkreis und die unzähligen außerschulischen Lernorte leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Umsetzung des Bildungsauftrages“, betont Landrat Leo Schrell. Zudem würden sie einen Bezug zur Heimat herstellen, Identifikation schaffen und damit auch zur Lebensqualität für junge Menschen beitragen.

Insgesamt 20 Vertreter der Museen, von Bildungseinrichtungen aller Schularten sowie der genannten außerschulischen Lernorte versammelten sich zur Auftaktveranstaltung im mooseum und erarbeiteten ein Umsetzungskonzept.

Zuvor informierte Daniela Schwarzmeier über die Angebote des Schlosses Höchstadt, Reinhard Kochendörfer über die Besonderheiten des Mineralienmuseums in Lauingen, Sebastian Diederich über die vielfältigen Aktivitäten des mooseum und Günter Hirschmann über den Arbeitskreis Schule/Wirtschaft. □

Afrikanische Delegation in Landshut-Schönbrunn:

Hilfe für Afrikas Innovationszentren

Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich begrüßte Besucher aus vier afrikanischen Ländern

sb. Einen Einblick in Schulungskonzepte und den Unterricht am Agrarbildungszentrum Landshut-Schönbrunn, eine Einrichtung des Bezirks Niederbayern, erhielten 18 afrikanische Besucher. Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich begrüßte die Gäste.

Geleitet wurde die Exkursion von Dr. Maria Gerster-Bentaya von der Universität Hohenheim (Stuttgart). Thomas Mirsch, Ausbilder an der Staatlichen Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, erläuterte den Gästen die Bedeutung und Inhalte methodischer Ausbildung.

Wertschöpfungskette in den Heimatländern

Die Teilnehmer aus Nigeria, Malawi, Kenia und Äthiopien sind Mitarbeiter und Partner des Projekts „Grüne Innovationszentren in der Agrar- und Ernährungswirtschaft“, das von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung durchgeführt wird. Ziel des Vorhabens, das sich auf 13 afrikanische Länder und Indien erstreckt, ist die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion über eine Wertschöpfungskette in den Heimatländern. Ziel des Projekts ist es, insbesondere Jugendlichen und Frauen Einkommensperspektiven zu geben und damit die Lebenssituation der Bevölkerung zu verbessern.

Praxisorientierung vermittelte Schulleiter Christian Beckmann von der Landmaschinenschule gemeinsam mit BGJ-Schülern und Lehrkräften. Einige der zen-

tralen Fragen der Besucher: Welche Bedeutung hat die landwirtschaftliche Ausbildung und Weiterbildung in Deutschland? Welche Beratungsangebote gibt es? Welche Antworten gibt die Wissenschaft im landwirtschaftlichen Bereich?

Breite Palette für grüne Berufe

Großen Informationswert bietet das Agrarbildungszentrum durch seine breite Palette an Schulen im Bereich „grüner Berufe“. Die Bandbreite erstreckt sich von der Beschulung im Berufsgrundschuljahr, der Ausbildung im dualen System, der Schulausbildung zur Hochschulbeziehungswise Fachhochschulreife in den Fachbereichen Agrarwirtschaft, Bio- und Umwelttechnologie sowie Sozialwesen, über die Meisterausbildung im Garten- und Landschaftsbau sowie im ökologischen Landbau bis hin zur Erwachsenenbildung bereits ausgebildeter Landwirte oder sogenannter Quereinsteiger.

Hohe Durchlässigkeit

„Die Bildungsangebote im Agrarbildungszentrum (ABZ) Landshut-Schönbrunn bieten hohe Durchlässigkeit und greifen ineinander – von der Ausbildung über weiterführende Schulen und Weiterbildungen“, so ABZ-Verwaltungsleiter Martin Scholz. □

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Liebe Sabrina, haben Sie denn heuer gar nichts von Ihrem herrlichen, selbstgemachten Obazdn mitgebracht? Wäre zu schade, der gehört doch zu unserem Biergartenbesuch dazu wie die Radieserl und der Radi.“ Mein Chef, der Bürgermeister, beäugte meinen Picknickkorb, ob ich noch etwas rausfischen würde, nachdem die genannte Rohkost und die Bratensülze schon auf dem Biergartentisch lagen.

Wir im Bürgermeisterbüro haben nämlich die schöne Angewohnheit, uns an einem der ersten Augusttage, bevor sich die Mannschaft urlaubsbedingt verkleinert, zu einem Biergartennachmittag zu treffen. In der Stadt gibt es einen schönen großen Biergarten mit noch nicht von irgendeinem neumodischen Viehzeug verseuchten Kastanienbestand und mit einer Selbstbedienungszone. Jeder bringt was mit und der Bür-

Wurscht, ob Obazda oder Obatzer; Hauptsache: er schmeckt!

germeister höchstselbst schleppt die Maßen und die Brezn an.

Klar, dass sich da schon Rituale eingeschlichen haben. Zum Beispiel, dass ich für Rohkost, Sülze und Obazdn zuständig bin. Heuer allerdings fällt der Obazde aus, stattdessen verwöhne ich meine Kollegen mit einer großen Schüssel Käsematsche à la Sabrina.

Die Befürchtung, die Gluthitze der vergangenen Wochen hätte mir aufs Gemüt geschlagen, ist unberechtigt. Auch der unverzüglich vom Chef durchgeführte Geschmackstest hatte das Ergebnis, dass sich das neue Produkt vom Obazdn 2016 nur in einer natürlichen Schwankungsbreite unterschied, die bei selbstgemachten Lebensmitteln unausweichlich ist.

Was ich 2016 noch nicht wusste, jetzt aber aufgrund ausführlicher, auch überregionaler Berichterstattung weiß: Der „Obazda / Obatzer“ unterliegt zur Durchsetzung der Interessen großer Produzenten mittlerweile europaweit dem Schutz als „Geographische Angabe“, darf also nicht mehr einfach unkontrolliert durch Kreti und Pleti hergestellt werden. Man darf ihn deshalb wahrscheinlich auch nicht mehr – wie ich es von meinen Eltern gelernt habe – als „der Obazde“ bezeichnen und beim Wirt mit den Worten „an Obazdn, bittschön“ bestellen, son-



dern wird sich wohl des unter Zugereisten und norddeutschen Touristen beliebten Obazda (mit der Betonung auf der ersten und letzten Silbe) bedienen müssen.

Regionale Herkunftsbezeichnungen sind natürlich gut und sinnvoll, das gilt für den Aischgründer wie den Oberpfälzer Karpfen, das Kulmbacher wie das Münchner Bier. Auch beim Allgäuer Bergkäse ist es ein-

sichtig. Aber das passt halt auf den Obazdn nicht so ganz. Beim Karpfen kann man nachverfolgen, wo er gefangen wurde, der Käse reift im Allgäu und beim Bier weiß man, es wurde in München gebraut, es ist aber Wurscht, ob als Helles, Dunkles, Pils oder Weizen.

Auch für Obazde gibt es ungefähr so viele Rezepte, wie es traditionelle Wirtshäuser und sparsame Hausfrauen gibt. Denn der Ursprung dieser Käsespezialität liegt im Dunkeln der Bierkeller Altbaierens. Es ist nicht mal klar, ob es ihn seit dem 19. Jahrhundert gibt, seit den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts oder erst seit 1958, wie eine launige Anekdote aus Freising besagt. Fest steht nur, es handelt sich um ein Produkt, das dazu dient, aus überreifem Weichkäse, wie er in Deutschland nicht mehr gerne gegessen wird, etwas herzustellen, das pikant und bekömmlich ist. Dazu kann man Camembert nehmen oder wie ich Brie. Angeblich soll es auch Leute geben, die Romadur oder Limburger nehmen, aber die haben sich mir noch nicht vorgestellt. Wahrscheinlich die Firmen, die eine Käsemasse industriell zusammenmischen und dann in Plastikschälchen via Supermarkt als Obatzer vertreiben.

Mein Chef, der Bürgermeister, wusste, dass an einer Lösung für die kleinen Gastwirte gearbeitet wird, damit sie weiter Obazdn selbst herstellen dürfen. Mir legte er Mut zum Ungehorsam nahe und fragte nach meinem Rezept: 500 g sehr reifen Brie mit einem großzügigen Esslöffel Butter, 200 g Frischkäse und 100 g gehackten Zwiebeln gut durchmischen. Großzügig Paprikapulver, ausgiebig Pfeffer und etwas Salz (keinen Kümmel!) und je nach gewünschter Konsistenz vorsichtig dunkles Bier dazugeben. Garnieren kann man mit Zwiebelringen und Schnittlauch. Dazu frische Brezn oder dunkles Brot.

ihre
Sabrina

Rekordauszeichnung für Sicherheit und Umweltschutz

DVGW verleiht 15 Urkunden
an Energie Südbayern und Energienetze Bayern

Die Prüfung des Technischen Sicherheitsmanagements durch den Deutschen Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW) ist in Deutschland alle fünf Jahre u. a. Voraussetzung, um Erdgas Hochdrucksysteme mit über 16 bar Betriebsdruck zu betreiben. „Mit Bravour bestanden“, heißt es für die Ausgezeichneten.

„15 Urkunden als Auszeichnung für eine effiziente Organisation sowie Anlagensicherheit, Umwelt- und Arbeitsschutz zu erhalten ist ein Spitzenresultat. Zugleich ist es eine beeindruckende Bestätigung des Engagements und der Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Unternehmensgruppe“, freute sich Marcus Böske, Geschäftsführer von Energie Südbayern (ESB) anlässlich der DVGW-Jahrestagung in Schweinfurt. Die ESB-Unternehmensgruppe hat bereits die fünfte Überprüfung erfolgreich bestanden.

Anton Erb, Geschäftsführer von Energienetze Bayern: „Auch jetzt haben wir wieder alle Prüfungen ohne jeglichen Handlungsbedarf erfolgreich bestanden, das schafft nicht jeder.“ Jörn Helge Möller, Geschäftsführer der DVGW Landesgruppe Bayern: „Vor 17 Jahren erhielt die damalige Erdgas Südbayern die erste TSM-Urkunde in Deutschland. Und heute sind beide Unternehmen Spitzenreiter in Deutschland: Glückwunsch an Energie Südbayern und Energienetze Bayern!“ Und das sind die Preisträger:

Eine Auszeichnung geht an den Gasnetzbetreiber Energienetze

Bayern GmbH & Co. KG (G 1000 Urkunde)

Zwei Auszeichnungen für die von Energienetze Bayern GmbH & Co. KG betriebseigenen Gasversorgungsunternehmen (G 1000 Urkunden): Gasversorgung Pfaffenhofen a. d. Ilm GmbH & Co. KG und Dingolfing GmbH & Co. KG

Fünf Auszeichnungen für die von Energie Südbayern betriebseigenen Gasversorgungsunternehmen (G1000 Urkunde): Te-

gernseer Erdgasversorgungsgesellschaft mbH u. Co. KG, Gas- und Wärme GmbH Bad Aibling, Gasversorgung Erding GmbH & Co. KG, Energieversorgung Ergolding-Essenbach GmbH, Kommunale Energienetze Inn-Salzach GmbH & Co. KG, Mühlendorf

Eine Auszeichnung für den Betriebsführer Energie Südbayern GmbH der Gasnetze (G 1000 Urkunde)

Eine Auszeichnung für den Betriebsführer Energie Südbayern GmbH der Wassernetze (W 1000 Urkunde)

Fünf Auszeichnungen für die von Energie Südbayern GmbH betriebseigenen Kommunale Wasserversorgungsunternehmen (W 1000 Urkunde): Stadtwerke Burghausen, Stadtwerke Mühlendorf, Gemeinde Emmerring, Markt Schierling sowie Gemeinde Aying.

Informationen: www.esb.de, www.energienetze-bayern.de



Von links: Rainer Dumke, Geschäftsführer Bayernets und Vorsitzender der DVGW Landesgruppe Bayern, Marcus Böske, Geschäftsführer Energie Südbayern, Prof. Dr. Gerald Linke, DVGW-Vorstand (Bund), Anton Erb, Geschäftsführer (technische Führungskraft für Energienetze Bayern), Reinhold Kunz, Leiter Betriebsführer Energie Südbayern (technische Führungskraft für Energie Südbayern) und Jörn Helge Möller, Geschäftsführer der DVGW Landesgruppe Bayern. Bild: DVGW



Im Bild: Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich (rechts außen), Dr. Maria Gerster-Bentaya (erste Reihe sechste von links), Martin Scholz, Verwaltungsleiter des Agrarbildungszentrums Landshut-Schönbrunn (links außen) mit Teilnehmern und Referenten der Exkursion afrikanischer Besucher. Foto: Bezirk Niederbayern

Kreisrat seit der Kreisgebietsreform

Kreisrat Winfried Weinbeer konnte am 24. Juli 2017 auf 45 Jahre kommunalpolitisches Ehrenamt zurückblicken. Landrat Christian Meißner ehrte Winfried Weinbeer als „Kreisrat der Gebietsreform“, da er in der konstituierenden Sitzung nach der Kreisgebietsreform am 24.07.1972 als frisch gewählter Kreisrat vereidigt wurde.

Acht aufeinanderfolgende Kreistagswahlen ist Winfried Weinbeer als Volksvertreter für den Landkreis Lichtenfels im Einsatz. „Das zeugt von Ausdauer und Willenskraft, aber auch Beliebtheit bei den Bürgerinnen und Bürgern, die Dich frei gewählt haben und verdient daher höchsten Respekt“, so Landrat Christian Meißner.

In den 45 Jahren seines Wirkens im Kreistag hat Winfried

Weinbeer mit vier Landräten zusammengearbeitet. Anfangs mit Landrat Helmut G. Walther, anschließend mit Ludwig Schaller und Reinhard Leutner sowie seit fast sechs Jahren nun mit Christian Meißner.

Winfried Weinbeer ist dienstältester Kreisrat des Kreistages von Lichtenfels und dürfte damit auch einer der dienstältesten aktiven Kreisräte Bayerns sein.



Kreisrat Winfried Weinbeer (l.), Landrat Christian Meißner.

Vorschau auf GZ 17

In unserer Ausgabe Nr. 17, die am 14. September 2017 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzen
- Finanzierungsmodelle für öffentliche Aufgaben
- Umwelt- und Abfalltechnik · Recycling
- Garten- und Landschaftsbau · Grünanlagen
- Kommunalfahrzeuge · Dienstfahrzeuge
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV



Landrat Stefan Rößle, Vorsitzender des Wirtschaftsförderverbandes DONAURIES e.V. (l.), und Geschäftsführer Veit Meggle (r.) gratulierten Jürgen Kreutner, Vorsitzender des Musikvereins Fremdingen (2. v. l.), und Festivalorganisator Benjamin Seefried (2. v. r.) zu einem rundum gelungenen Blasmusikfestival.

Bild: Angela Kerle (Wirtschaftsförderverband Donauries)

Fotoaktion von DONAURIES war ein voller Erfolg

Im Heißluftballon über dem Ries schweben – kostenlos und garantiert schwindelfrei. Mit der Greenbox der Marke DONAURIES konnten Besucher des Blasmusikfestivals BLASIUS in Fremdingen Fotos von sich mit Freunden oder Familie im Heißluftballon machen. Diese Aktion der Marke DONAURIES in einem Pavillon auf dem Festivalgelände war gut besucht und schenkte den Besuchern bleibende Erinnerungen an ein rundum gelungenes Wochenende.

Die Marke DONAURIES hatte als Partner und Sponsor den Musikverein Fremdingen dabei unterstützt, das erste Blasmusikfestival in Bayerisch-Schwaben auf die Beine zu stellen. An den drei Tagen nutzte man außerdem die Gelegenheit, die Besucher auf die Freizeitmöglichkeiten und kulturellen Angebote in der Region aufmerksam zu machen. Besonders gut kam bei den Festivalteilnehmern aber die Greenbox an. Viel Spaß waren garantiert, als sich Jung und Alt vor der Fotowand ablichten ließen.

Als Hintergrund standen der Heißluftballon über dem Ries, ein Meteoriteneinschlag, das Dirigentenpult vor einem Massenchor oder die idyllische Harburg zur

Auswahl. In Sekundenschnelle entstanden Fotos mit einzigartigem Unterhaltungswert.

Auch Landrat Stefan Rößle, Vorsitzender des Wirtschaftsförderverbandes DONAURIES e.V., und die Organisatoren des Blasmusikfestivals nahmen ein solches Erinnerungsbild mit nach Hause. „Der Musikverein Fremdingen hat ein tolles Fest auf die Beine gestellt“, erklärte Landrat Rößle. „Wir können stolz sein, dass es in unserer Region so viele engagierte Menschen gibt, die zusammenstehen und gemeinsam den Mut haben, ein solches Projekt umzusetzen. Das ist ein echter Glückstreffer. Und nicht zuletzt auch eine schöne Werbung für unseren Landkreis.“

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Beilage der Firma Hörmann Kommunikation & Netze GmbH bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Endlich Erdgas für die Gemeinde Zangberg

„Es wäre schön, wenn alle Verhandlungen so zielführend und ergebnisorientiert wären, wie die mit Energienetze Bayern“, freut sich Zangbergs 1. Bürgermeisterin Irmgard Wagner. „Jetzt bekommen wir endlich ein Erdgasnetz.“

Den entsprechenden Konzessionsvertrag unterzeichneten Irmgard Wagner und Anton Erb (Geschäftsführer der Energienetze Bayern GmbH & Co. KG) im Rathaus in Oberbergkirchen. Grundlage hierfür war der Beschluss vom 11. Juli 2017 im Gemeinderat.

„Wir erschließen jetzt nicht nur das Neubaugebiet Hausmanning I“, so Anton Erb, „sondern bauen für Zangberg ein Erdgasnetz auf. Denn Erdgas punktet nach wie vor durch eine Kombination aus Wirtschaftlichkeit, Effizienz, Komfort und Klimaschutz!“ Um für die Gesamtschließung des Neubaugebietes „Hausmanning I“ im Zeitplan zu bleiben, wird bereits im August

mit der Verlegung der Erdgasrohre im Neubaugebiet begonnen. Innerhalb von zwei Wochen werden alle notwendigen Aktivitäten abgeschlossen sein.

Parallel dazu laufen die Planungen für den Erdgasanschluss an die bereits vorhandene Erdgashochdruckleitung von Ampfing über Hundham nach Neumarkt St. Veit. Auch die Maßnahmen für die Errichtung der Gasdruckregel- und Messanlage wurden bereits in die Wege geleitet.

Alle Privathaushalte im Ortsbereich Zangberg werden von Energienetze Bayern bis Herbst 2017 angeschrieben. Ziel ist es einen Überblick über den tatsächlichen Bedarf zu erhalten.



Freude bei 1. Bürgermeisterin Irmgard Wagner und Anton Erb, Geschäftsführer der Energienetze Bayern GmbH & Co. KG.

LIEFERANTEN -



NACHWEIS

Absperrpfosten



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de

Abzeichen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Energiedienstleistung



erdgas schwaben

Fahnenmaste + Fahnen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Fahnenmaste + Fahnen



www.fahnen-koessinger.de
Telefon: 09451 / 9313-0

- Fahnen
- Maste
- Roll-Ups
- Bekleidung
- und vieles mehr



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANCE VON HASSEL

Telefon 081 71.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL

Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Gewerbebau



Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de · info@laumer.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Schacht-Ausrüstungen

Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Sitzmöbelhersteller

Das Krenzer-Modularsystem
... clevere Raumkonzepte



Walter Krenzer GmbH & Co KG · Industriestraße 26 · 35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Tel.: 02771/3208-0 · E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de · www.krenzer-sitzmoebel.de

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der BAYERISCHEN Gemeindezeitung
www.gemeindezeitung.de

Weihnachtsbeleuchtung



Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Unser Angebot an Sie

Unsere Elektriker sind bundesweit im Sportumfeld mit folgendem Angebot im Einsatz:

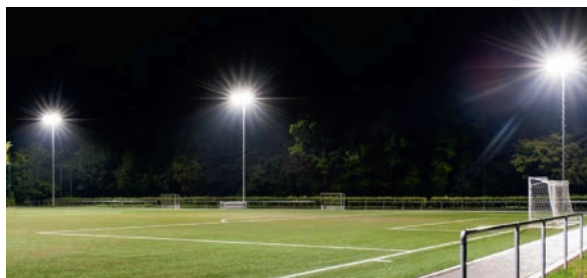
- ✓ Besichtigung mit erster Kostenschätzung
- ✓ Leuchtauswahl und Steuerungsumfang
- ✓ Unterstützung beim Fördermittelantrag
- ✓ Bei Bedarf Tiefbauarbeiten wie Kabelzug, Maststellen, Blitzschutz etc.
- ✓ Demontage und Installation
- ✓ Umbau der Verteiler und Inbetriebnahme
- ✓ Lichtmessungen und Dokumentation

Unsere Expertise

Über 60 Jahre gelten wir bei unseren Kunden als zuverlässiger Partner für technische Dienstleistungen. Speziell auch beim Aufbau Erneuerbarer Energien und bei geregelterm Licht.

Zahlreiche Gebäude, Industriehallen, Straßenleuchten und Sportplätze wurden von uns bereits auf LED umgerüstet.

Dabei beraten wir herstellerunabhängig und fühlen uns nur der jeweils besten Lichtlösung verpflichtet.



Staatliche Förderung

Wir unterstützen Sie bei der Antragstellung auf staatliche Investitionszuschüsse für Energieeffizienz-Maßnahmen im Sport (Bundesministerium für Umwelt und Bau / BMUB).

Auch die Landessportverbände stehen Ihnen in der Regel mit Förderprogrammen zur Seite.

Und vielleicht begeistern Sie mit Ihrer Einsparungsidee auch noch weitere Förderer...



Ihr Ansprechpartner

Frank Stiller

Hörmann Kommunikation & Netze GmbH

Hauptstraße 45-47

D-85614 Kirchseeon

T: 08091 52 232

F: 08091 52 210

E: frank.stiller@hoermann-kn.de

www.hoermann-kn.de

www.led-beleuchtungsloesung.de



Wir unterstützen Sie
**HERSTELLER-
UNABHÄNGIG**

LED für den Sport

Flutlicht · Sporthallen

Flutlichtanlagen

für Fußball, Tennis, Beachvolleyball,
Eisstockschießen usw.

(Schul-)Sporthallen

Nebengebäude

Parkplätze

LED

Beleuchtung

WARUM SIE AUF LED UMSTEIGEN SOLLTEN

Besseres, helleres, gleichmäßigeres Licht,
Einhaltung der geforderten Normen und Einspa-
rung von Energie. Die Beleuchtung mit LED hat
längst die Sportvereine erreicht, auch weil ihre
Technik effizient, wartungsarm und verlässlich ist.



KOSTENEINSPARUNG

Was bisher nur für Profiklubs finanzierbar war,
ist jetzt zu einem Bruchteil der bisherigen Kosten
bezahlbar. Und wird gefördert!



PERFEKTE AUSLEUCHTUNG

Die LED-Technik kann nun auch große Flächen
ausleuchten – zum Beispiel ein Fußballfeld – und
schaltet die Beleuchtung in Sporthallen tages-
lichtabhängig zu.



Flutlichtanlagen Forstinning



Was Sie beachten sollten

Die DIN gibt für eine gute Sportbeleuchtung
Normwerte für Helligkeit, Blendwirkung auf die
Spieler und Gleichmäßigkeit des Lichts vor.

Auf dem Spielfeld selbst wird die Qualität des
Lichts beeinflusst durch:

- ➊ **Position und Höhe der Masten bzw.
Deckenhöhe (im Hallenbereich)**
- ➋ **Bodenbeschaffenheit
(Qualität des Rasens)**
- ➌ **Lichteinfluss durch externe Lichtquellen
wie z.B. Anwohner, Straßenbeleuchtung,
Vereinsheim, andere Sportplätze bzw. im
Hallenbereich das Tageslicht**

Die geringen Wartungskosten und die lange
Haltbarkeit – bitte beziehen Sie diese großen
Vorteile der LED unbedingt in Ihre Amortisa-
tions- oder Vergleichsrechnungen mit ein.



Mehrzweckhalle Putzbrunn



Vorteile LED

- ✓ Besseres, ggf. gesteuertes Licht
- ✓ Einhaltung der geforderten
Verbandsnormen
- ✓ Senkung Ihrer Energiekosten und
CO₂-Emissionen
- ✓ Förderung der Nachhaltigkeit
- ✓ Inanspruchnahme staatlicher Förderungen
- ✓ Rundum-Service inkl. unserer
Fachberatung
- ✓ Wegfall von Transformatoren, aufwendiger
Schutzsteuerung, Leuchtmittelwechsel etc.

**Gerne erstellen wir Ihnen eine
unverbindliche und individuelle
Kostenrechnung für Ihre Sportanlagen!**

